

## **Das Leitbild „Nachhaltige Stadt“**

Florentina Astleithner

Wien, 1999

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Einleitung</b>	1
<b>1 Nachhaltige Entwicklung: Eine Einführung</b>	2
1.1 Zentrale internationale und nationale Dokumente	3
1.1.1 Die Erklärung von Cocoyok (1974) und der Dag-Hammarskjöld-Bericht (1975)	3
1.1.2 Der Brundtland-Bericht (1987)	3
1.1.3 Die Agenda 21 (1992)	4
1.1.4 Der Österreichische Nationale Umweltplan (NUP) (1994)	4
1.1.5 Die Aalborg Charta	5
1.1.5.1 Durch Konsens angenommene Erklärung: Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit	5
1.1.6 Die Habitat-Agenda (1996)	7
1.1.7 Rio+5 Konferenz (Juni 1997)	8
1.1.7.1 Bericht Österreichs an die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (1997)	8
1.2 Wissenschaftliche Konzepte und zentrale Begriffe zur Idee nachhaltiger Entwicklung	9
1.2.1 Metabolismus und Kolonisierung von Natur	9
1.2.2 Umweltberichterstattung	11
1.2.3 Das Konzept des Umweltraums	12
1.2.4 Ökologischer Fußabdruck	13
1.2.5 Bottom-Up - Inseln der Nachhaltigkeit	13
1.2.6 Nachhaltige Entwicklung - Ein Paradoxon?	15
1.2.7 Prozeßhaftigkeit	16
<b>2 Stadtentwicklung: Historische Aspekte und Leitbilder</b>	18
2.1 Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung im 19. Jahrhundert	18
2.1.1 Die veränderte Rolle der Architekten	21
2.2 Ausgewählte Leitbilder des Städtebaus im 20. Jahrhundert	22
2.2.1 Gartenstadt	23
2.2.1.1 Gartenstadt und Nationalsozialismus	28
2.2.2 Die gegliederte und aufgelockerte Stadt	29
2.2.3 Der organische Städtebau und das damit vermittelte Gesellschaftsbild	30
2.2.4 Die funktionelle Stadt	33
2.2.4.1 Die Charta von Athen	35
2.3 Zur Idee der Steuerung der Gesellschaft durch die Stadtplanung	38
<b>3 Nachhaltige Stadtentwicklung: Ein neues Leitbild - Eine moderne Utopie</b>	42
3.1 Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung der Gegenwart	44
3.1.1 Die Bedeutung von Städten in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung	44
3.1.2 Räumliche Situation moderner westeuropäischer Städte und der materielle und energetische Aspekt	46
3.1.3 Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen	49
3.2 Das Leitbild der "Nachhaltigen Stadt"	54
3.2.1 Top-Down vs. Bottom-Up oder: Wer sind die Akteurinnen und Akteure?	54
3.2.2 Ziele und Strategien	59
3.2.2.1 Das Konzept von Eckhart Hahn zum "Ökologischen Stadtumbau" (1992)	61
3.2.3 Umsetzungsschwierigkeiten	66
3.2.4 Resümee mit Blick auf die sozialen Aspekte nachhaltiger Entwicklung	69
<b>4 Zusammenfassung</b>	72
<b>5 Literaturverzeichnis</b>	73

## EINLEITUNG

Nachhaltige Entwicklung ist ein Synonym für eine Gesellschaftsutopie der Gegenwart. Angesichts der ökologischen Grenzen, die menschliche Eingriffe in die Natur erreicht haben, soll eine Entwicklung initiiert werden, die sowohl diese Grenzen berücksichtigt, als auch ein wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht aufrechterhält. Die Diskussion um nachhaltige Entwicklung ist ein vorwiegend wissenschaftlicher und politischer Diskurs, in dem Auseinandersetzungen über den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft in ihrem Bezug zur Natur geführt, und mögliche gesellschaftliche Entwicklungsoptionen überlegt werden.

Moderne westliche Städte spielen bei diesem Prozeß eine wesentliche Rolle. Sie sind nicht nur jene Orte, in denen die BewohnerInnen entscheidend zur Umweltkrise beitragen, sondern auch der vielversprechendste Raum für die notwendigen Innovationen.

Neben technischen Innovationen zur Steigerung der Ressourceneffizienz - die als die gängigste Antwort auf die Umweltprobleme betrachtet werden kann -, wird es eines grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandels bedürfen, um die Entwicklungsdynamik nicht in Selbstzerstörung der menschlichen Kultur(en) münden zu lassen. Ob dieser Wandel gelingt und wodurch bleibt ungewiß. Welche Überlegungen dazu im Rahmen der Stadtplanung angestellt werden, und wie sich diese in einem Leitbild der „nachhaltigen Stadt“ niederschlagen, ist Thema der vorliegenden Arbeit.

Der Entstehungsprozeß der Diplomarbeit war von meiner parallelen Tätigkeit bei einer Wiener Initiative namens Oikodrom - Forum Nachhaltige Stadt - begleitet. Dies hat meinen Blick auf dieses Thema mit Sicherheit geprägt; es war aber auch eine willkommene Hilfestellung, um einen Weg durch die Fülle des Materials zu finden. Oikodrom bemüht sich darum, den Prozeß der Nachhaltigkeit in der Stadt zu fördern - eine Aufgabe, die international noch im Anfangsstadium steckt. Da die Idee nicht nur weitreichende gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Dimensionen umfaßt, sondern bisher auch noch nicht von einer breiten Öffentlichkeit getragen wird, ist es schwierig, Ansatzpunkte zu finden, mit denen sich möglichst viele AkteurInnen identifizieren können. Zudem existieren keine allgemeingültigen Operationalisierungsrichtlinien, die den Weg vorgeben würden. Das heißt, daß es im weitesten Sinne und auf allen Ebenen mögliche Strategien zu verhandeln und auszuprobieren gilt.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Überblick darüber zu gewinnen, was nachhaltige Entwicklung insbesondere in Bezug auf europäische Städte bedeuten kann, welche Ansätze es dazu von welchen AkteurInnen gibt, und worin die Schwierigkeiten liegen, dieses Konzept in der Praxis umzusetzen. Ich habe versucht, sowohl eine „Beobachterperspektive“, als auch eine „problembezogene Perspektive“ einzunehmen, wie dies Brand idealtypisch für mögliche soziologische Herangehensweisen zur Thematisierung von Nachhaltigkeit beschreibt. (vgl. Brand, 1997, S. 29f)

*„Generell steht die Soziologie (nicht anders als die Politik- und Wirtschaftswissenschaften) relativ hilflos vor den praktischen Fragen, die mit der Debatte über die Umsetzung des Leitbilds 'nachhaltiger Entwicklung' aufgeworfen werden. (...) In einer problembezogenen Perspektive werden darüber hinaus die Grenzen der Soziologie als Einzeldisziplin sichtbar.“* (ebd., S. 30f)

Ein großer Teil dieser Arbeit ist von einem historischen Rückblick - vor allem auf frühe Leitbilder im 20. Jahrhundert - geprägt. Dieser Zugang war mir als Einstieg in die Stadtplanung wichtig; zum einen, um ein Gefühl dafür zu bekommen, welche Inhalte Stadtplanung bisher beschäftigt haben, und in welcher Form das Leitbild der nachhaltigen Stadt daran anschließt; zum anderen, um zu erkennen, was das spezifisch Neue an der gegenwärtigen Diskussion ist.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert: das erste Kapitel stellt eine Einführung zur Idee der Nachhaltigkeit dar, wobei anhand offizieller, vorwiegend internationaler Dokumente die Verbreitung des Konzeptes verfolgt und unterschiedliche Zugänge/Begriffe dazu beschrieben werden.

Im zweiten Kapitel stehen verschiedene historische Leitbilder der Stadtentwicklung im Zentrum. Dabei hielt ich es für wichtig, auch einige Rahmenbedingungen anzudeuten, da Leitbilder aus den spezifischen historischen Bedingungen wachsen, die die jeweilige Zeit prägen, und vor allem Antworten auf die jeweils davor liegenden Vorstellungen über und Auswirkungen auf die städtische Entwicklung darstellen. Daraus ergibt sich die Frage nach den Gesellschaftsbildern, die mit den Leitbildern transportiert werden.

Das dritte Kapitel bezieht sich auf das Leitbild der nachhaltigen Stadt. Es soll die Frage geklärt werden, worin heute die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme in der Stadt gesehen, welche Ziele und Strategien diskutiert werden, und welche besonderen Herausforderungen das neue Leitbild an die StadtplanerInnen und alle sonstigen davon betroffenen AkteurInnen stellt.

## 1 NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: EINE EINFÜHRUNG

Der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ ist eine - von mehreren<sup>1</sup> - Übersetzungen von „sustainable development“, die sich im deutschsprachigen Raum weitgehend durchgesetzt hat; diese Übersetzung geht zurück auf die deutsche waldwirtschaftliche Diskussion zu Beginn des 19. Jahrhunderts und deren Prinzip der beständigen langfristigen Waldbewirtschaftung. Das Prinzip besagt, daß nicht mehr Holz gerodet werden soll als nachwächst, um eine kontinuierliche Holzversorgung zu gewährleisten und die übrigen Waldfunktionen zu erhalten. Die Naturwissenschaften, insbesondere die Biologie, haben den Begriff erweitert und auf das ökologische Gleichgewicht in Ökosystemen bezogen. Heute steht der Begriff für die Bemühungen unterschiedlichster AkteurInnen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die Zukunft so zu gestalten, daß Ökonomie, Ökologie und der soziale Frieden auf der ganzen Welt jetzt und in Zukunft gesichert sind.

Dieses Vorhaben wirkt so kurios und utopisch, wie es gleichzeitig unumgänglich zu sein scheint, wenn auch zukünftige Generationen noch die Chance haben sollen, „ihre Bedürfnisse zu befriedigen“. Die globalen Umweltprobleme (Klimawandel, Verdünnung der Ozonschicht, Erschöpfung nicht-erneuerbarer Ressourcen - um nur die plakativsten zu nennen) bedürfen globaler Zusammenarbeit, wenn es auch nur eine leise Hoffnung zu ihrer Lösung geben soll.

*„Wenn man das Ergebnis menschlicher Tätigkeiten aufzeichnet, ergeben sich fast immer exponentielle Wachstumskurven, gleichgültig, ob es sich etwa um den Einsatz von Düngemitteln handelt oder um die Ausbreitung von Städten. (...) Seit Beginn der industriellen Revolution vor 200 Jahren ist exponentielles Wachstum das wichtigste Charakteristikum aller menschlichen Aktivitäten; es wurde nahezu allgemein begrüßt.“* (Meadows, u.a., 1995, S. 35)

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung gründet in der Einsicht, daß die Erde die menschlichen Eingriffe, die exponentiellem Wachstum unterliegen, nicht mehr tragen kann. Es ist in erster Linie eine Antwort auf die durch unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erzeugten Umweltprobleme, thematisiert aber auch als zentralen Punkt Fragen der Verteilungsgerechtigkeit,

und zwar intergenerationell - zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen - als auch intragenerationell - der globalen Verteilung von Lebenschancen und Ressourcen in der Gegenwart. Ein gewichtiger Aspekt liegt im zunehmenden Bevölkerungswachstum in den Ländern des Südens und den Bestrebungen der Regierungen dieser Länder, ein ähnliches Wohlstandsniveau wie im Norden zu erreichen. Die katastrophalen Umweltwirkungen der Lebensweise in Ländern der nördlichen Hemisphäre machen allerdings deutlich, daß der Weg der sogenannten „nachholenden Entwicklung“<sup>2</sup> der Länder des Südens das Gleichgewicht auf der Erde vollends kippen würde. Weder sind ausreichende Ressourcen vorhanden, noch würde die Erde die Umweltbelastung auf einem so hohen Niveau übertragen auf die gesamte Weltbevölkerung verkraften.

Die Einsicht in diese Problematik ist allerdings nichts Neues. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung faßt Aspekte und Ansätze zusammen, die sich seit jeher kritisch mit gesellschaftlicher Entwicklung und ihrer Wirkung auf Umwelt befaßten. Joseph Huber (1995) stellt diesbezüglich fest, daß das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im wesentlichen aus Elementen besteht, die in der umweltpolitischen Diskussion in verschiedenen Ländern an verschiedenen Stellen längst entwickelt worden waren.

*„Es stellt in diesem Sinn eine neue Etappe der fortlaufenden Auseinandersetzungen um die ökologischen Grenzen des industriegesellschaftlichen Wachstums dar, eine neue Etappe auf der Suche nach einem ökologisch und sozial dauerhaft tragfähigen Entwicklungsmodell der modernen Zivilisation.“* (Huber, 1995, S. 14)

Was neu ist, ist die Bezeichnung der Debatte als nachhaltige Entwicklung und der weltweite Diskurs, der in verstärktem Maße dadurch ange-regt zu sein scheint. Es wird immer deutlicher, daß so gravierende Probleme wie Umweltzerstörung, wirtschaftliche Entwicklung, zunehmende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, Armut, Bevölkerungsentwicklung, Frauendiskriminierung, Urbanisierung, Hunger, u.ä., keine isolierten Phänomene sind, sondern Teil eines komplexen und vielfältig vernetzten Gesamtproblems. Der Diskurs um nachhaltige Entwicklung forciert diese Einsicht.

Bisher findet der Diskurs allerdings vorwiegend auf einer wissenschaftlichen und makro-politischen

<sup>1</sup> Synonym verwendet werden: „zukunftsfähige Entwicklung“, „dauerhaft umweltgerechte Entwicklung“, „dauerhafte Entwicklung“, „tragfähige Entwicklung“ oder „Aufrechterhaltbarkeit“.

<sup>2</sup> zu diesem Begriff siehe weiter unter in diesem Kapitel.

Ebene statt. Weite Teile der Bevölkerung haben noch keine Vorstellung von diesem Begriff. Das zeigt sich unter anderem in der Literatur zum Thema, in der häufig darauf verwiesen wird, daß es noch weitgehender Informationskampagnen auf allen Ebenen der Gesellschaft bedarf. Auf der anderen Seite ist aber auch ein inflationärer Gebrauch des Begriffes der nachhaltigen Entwicklung festzustellen, da es sich um ein Konzept handelt, das im Detail noch nicht festgelegt ist, bzw. sich gegen eine solche Festlegung sperrt. Es ist ein weitgehend offener Prozeß, der in weiten Bereichen erst erprobt werden muß und auf dem neue Wege zu beschreiten sind. Gerade diese Offenheit ermöglicht es den unterschiedlichsten Disziplinen und Politikfeldern, den Begriff für sich zu besetzen und zu instrumentalisieren. Deshalb sind Rahmenbedingungen möglichst präzise zu formulieren, die zumindest deutlich machen, was nicht nachhaltig ist und die - wenn möglich - Optionen für nachhaltiges Handeln aufzeigen.

Die Einführung zur Idee der nachhaltigen Entwicklung möchte ich nun über zwei Schienen führen: Zum einen in Form der Darstellung wichtiger internationaler und nationaler Dokumente; zum anderen über die Darstellung zentraler wissenschaftlicher Konzepte.

## 1.1 ZENTRALE INTERNATIONALE UND NATIONALE DOKUMENTE

Am Beginn dieser Arbeit steht ein kurzer Überblick über die meines Erachtens wichtigsten offiziellen Dokumente der Diskussion um nachhaltige Entwicklung - womit der so genannte „Top-Down-Zugang“ zum Problem der nachhaltigen Entwicklung beschrieben wird. Der Schwerpunkt liegt dabei auf jenen Dokumenten und Aspekten, die sich auf nachhaltige Stadtentwicklung beziehen.

### 1.1.1 Die Erklärung von Cocoyok (1974) und der Dag-Hammarskjöld-Bericht (1975)

Um frühe Wurzeln der Idee der nachhaltigen Entwicklung aufzuzeigen, verweise ich hier nur kurz und exemplarisch auf die beiden folgenden Dokumente, die als Vorläufer zum Brundtland-Bericht betrachtet werden können. Die Erklärung von Cocoyok wurde 1974 verabschiedet, nach einem Symposium über „Rohstoffnutzung, Umweltschutz und Entwicklung“, das vom

„United Nations Environment Programme“ und von der „United Nations Conference on Trade and Development“ gemeinsam veranstaltet worden war.

*„Das Problem heute ist nicht Knappheit, sondern wirtschaftliche und soziale Fehlverteilung und Mißbrauch; die mißliche Lage der Menschheit beruht vor allem auf den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und den Verhaltensweisen in den einzelnen Ländern und zwischen ihnen.“* (zitiert nach Harborth, 1993, S. 125)

Die Erklärung wandte sich gegen die Idee der aufholenden Entwicklung und unterstrich die Notwendigkeit, „viele verschiedene Wege zur Entwicklung zu verfolgen“, wobei die „Bedürfnisse zukünftiger Generationen“ bereits mit einbezogen werden sollten.

Das Dag-Hammarskjöld-Projekt, an dessen Durchführung insgesamt etwa 150 Personen aus 48 Ländern aller Weltregionen, 14 UN-Organisationen und 24 Forschungsinstitute beteiligt waren, versuchte die von Maurice Strong vorgegebene Frage zu beantworten: „Können die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden, ohne daß die „äußeren Grenzen“ überschritten werden?“ Der Bericht des Projekts erschien 1975 unter dem Titel: „Was tun?“ und stellte eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Positionen dar, die bereits in der Erklärung von Cocoyok vertreten worden waren.

### 1.1.2 Der Brundtland-Bericht (1987)

Vor zehn Jahren erschien der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung mit dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ (Hauff, 1987). Durch diesen Bericht, der nach der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin und Kommissionsvorsitzenden, Gro Harlem Brundtland, benannt ist, fand der Begriff der nachhaltigen Entwicklung ein weites internationales Echo.<sup>3</sup> Dort wird „dauerhafte Entwicklung“ als eine Entwicklung verstanden, „die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ (ebd., S. XV) Diese Definition ist wohl die häufigst zitierte in dem Zusammenhang. Der Bericht ist das Ergebnis mehrjähriger Arbeit der Kommission, die den Anspruch hatte, „Handlungsempfehlungen (zu

<sup>3</sup> Einen guten Einblick in die Entstehung des Konzepts der „dauerhaften Entwicklung“ bis zum Brundtland-Bericht und eine Analyse des Berichtes selbst liefert Harborth (1991).

erarbeiten), die den Prozeß der dauerhaften Entwicklung einleiten sollten“ (ebd., S. XV). Die Kommission vertritt den Standpunkt, daß die gegenwärtigen globalen Bedrohungen für unsere Erde in erster Linie ihren Ursprung in den Industrieländern haben, daß aber auch die Armut in den Entwicklungsländern eine der Hauptursachen für Umweltzerstörungen ist, und erhob in diesem Sinne die „Forderung nach einem neuen Zeitalter wirtschaftlichen Wachstums“ (ebd., S. XIV). Dahinter steht die Ansicht, daß die Armut in den Ländern der Dritten Welt nur durch vermehrtes wirtschaftliches Wachstum innerhalb dieser Länder und nicht zuletzt auch in den Industriestaaten bekämpft werden kann.

In Kapitel neun des Brundtland-Berichtes unter dem Titel „Die urbane Herausforderung“ wird festgestellt, daß sich die Anzahl der Bevölkerung in den Städten vervielfacht hat, und daß diese Entwicklung sich noch fortsetzt. „In den nur 60 Jahren zwischen 1920 und 1980 ist die städtische Bevölkerung in den Entwicklungsländern um das Zehnfache angewachsen, von etwa 100 Mio. auf fast 1 Milliarde.“ (ebd., S. 232) Wenn auch die Industrieländer mit dem Wachstum der Städte zu kämpfen haben, so verfügen sie doch noch über mehr Mittel und Ressourcen, dieses Problem anzugehen. In den Entwicklungsländern treffen eine Menge unterschiedlicher Probleme aufeinander, die vorwiegend in der enormen Geschwindigkeit der Entwicklung und in dem Handlungsdefizit der darauf nicht eingestellten nationalen Regierungen begründet sind. „An vielen Orten sind die Probleme verbunden mit ungünstigen Strukturen industrieller Entwicklung und den unzusammenhängenden Strategien landwirtschaftlicher und städtischer Entwicklung“ (ebd., S. 238) Die herrschende Rolle, die die Zentren innerhalb der Nationalwirtschaft spielen, ist der Beweggrund für viele, in diese Zentren zu ziehen. Deshalb plädiert die Kommission dafür, „eine ausgeprägte nationale Siedlungsstrategie und -politik zu entwickeln, innerhalb derer innovative, wirksame Lösungen für die Stadtprobleme sich entwickeln und entfalten können.“ (ebd., S. 243) Weiters sei es zentral, örtliche Behörden zu stärken und nicht zuletzt das Selbsthilfepotential der Bevölkerung auszunutzen und zu unterstützen. „Die Regierungen sollten den informellen Sektor mehr unterstützen und seine lebenswichtigen Funktionen für die Stadtentwicklung anerkennen“ (ebd., S. 247)

Der Brundtland-Bericht markiert den Beginn der weltweiten Diskussion um die Idee nachhaltiger Entwicklung.

### 1.1.3 Die Agenda 21 (1992)

Eine große Breitenwirkung erzielte der nächste wichtige Schritt: die „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Über 170 Staaten unterschrieben das umfassende Abschlusdokument, die Agenda 21, und verpflichteten sich damit, in ihren jeweiligen Ländern eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten und zu unterstützen. (Dangschat, 1997, S. 169) Die rechtlich unverbindliche Agenda 21 erläutert in 4 Kapiteln bzw. in vier Teilen (1. Soziale und wirtschaftliche Dimension; 2. Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung; 3. Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen; 4. Möglichkeiten der Umsetzung) Leitlinien und Empfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert. Hervorzuheben ist besonders Punkt drei, da hier erstmals die Bedeutung von Frauen und Jugendlichen, NGOs und anderen wichtigen Gruppen für die Verwirklichung der angestrebten Entwicklung betont wird. Die Agenda 21 stellt heute das politische Basisdokument zur Diskussion um nachhaltige Entwicklung dar. Im Artikel 28 der Agenda ist der Auftrag enthalten, daß Städte und Gemeinden bis 1996 „Lokale Agenda 21“ - Prozesse initiieren sollen. Dieser Prozeß befindet sich allerdings auch 1999 noch weitgehend im Anfangsstadium.

### 1.1.4 Der Österreichische Nationale Umweltplan (NUP) (1994)

Ausgehend von dem Auftrag durch die Agenda 21 erarbeitete die österreichische Bundesregierung den Nationalen Umweltplan, der im Juli 1996 von der Bundesregierung beschlossen und im Frühjahr 1997 vom Nationalrat verabschiedet wurde. In ihm manifestiert sich eine grundsätzlich positive Haltung der Regierung Österreichs dem Konzept nachhaltiger Entwicklung gegenüber. Erstmals waren AkteurInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen offiziell an dem Prozeß beteiligt, was als Novum zwar zu begrüßen ist, von manchen aber auch kritisiert wird, da das endgültige Papier als zu großer Kompromiß zwischen den einzelnen Positionen betrachtet wird. Außerdem bezieht sich der NUP noch ausschließlich auf die Schnittstelle Ökonomie und Ökologie. Offen ist die Integration der sozialen Dimension in die Überlegungen. Auch dieses Dokument ist allerdings rechtsunverbindlich, so daß eine mögliche Umsetzung von dem guten Willen potentieller AkteurInnen abhängt. Es gibt aber auch schon Folgestudien, die sich mit einer möglichen Umsetzung der im

Nationalen Umweltplan beschriebenen Maßnahmen beschäftigen.<sup>4</sup>

### 1.1.5 Die Aalborg Charta (1994)

Diese Charta ist das Ergebnis der „Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden“ in Aalborg, Dänemark, das am 27. Mai 1994 verabschiedet wurde.<sup>5</sup> Sie besteht aus drei Teilen: Teil 1 „Durch Konsens angenommene Erklärung: Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“; Teil 2 „Die Kampagne europäischer zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“; Teil 3 „In „Lokale Agenda 21“- Prozesse eintreten: Kommunale Handlungsprogramme für Zukunftsbeständigkeit.“

Der inhaltlich wichtigste Teil I der Charta ist in 14 Kapitel unterteilt, die im folgenden knapp dargestellt werden:

#### 1.1.5.1 Durch Konsens angenommene Erklärung: Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit

*I.1 Die Rolle der europäischen Städte und Gemeinden:* Städte sind als „Zentren gesellschaftlichen Lebens, als Träger unserer Wirtschaften, Hüter der Kultur, des Erbes und der Traditionen“ die Grundelemente unserer Gesellschaften und Staaten. „Die Städte sind Zentren der Industrie, des Handwerks und Handels, der Bildung und der Verwaltung.“ (Dumreicher, 1995, S. 33)

Die derzeitige städtische Lebensweise, der Lebensstandard der Bevölkerung ist für die vielen Umweltprobleme wesentlich verantwortlich. Dies ist besonders bedeutsam, weil „80 Prozent der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten leben“. Der heutige Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen in den Industriestaaten ist nicht für alle Menschen möglich, ohne das natürliche Kapital zu zerstören.

Menschliches Leben wird ohne dauerhaft und umweltgerecht geprägte Kommunen keinen Bestand haben. Die Kommunalverwaltung ist die bürgernaheste Ebene, wo die Umweltprobleme

wahrgenommen werden, „und trägt gemeinsam mit Regierungen und Verwaltungen auf allen Ebenen Verantwortung für das Wohl von Mensch und Natur.“

*I.2 Die Idee und die Grundsätze der Zukunftsbeständigkeit:* Die Idee der zukunftsbeständigen und umweltgerechten Entwicklung hilft, unseren Lebensstandard mit der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt in Einklang zu bringen. „Wir bemühen uns um soziale Gerechtigkeit, zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt“, d.h. die Erhaltung des natürlichen Kapitals. „Sie erfordert von uns, daß die Verbrauchsrate von erneuerbaren Rohstoff-, Wasser- und Energieressourcen nicht höher ist als die Neubildungsrate, und daß nicht-erneuerbare Ressourcen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können. Es bedeutet auch, daß die Emission von Schadstoffen nicht größer sein darf als die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen.“ (ebd., S. 34) Nachhaltige Umweltnutzung schließt die Erhaltung der Artenvielfalt, der menschlichen Gesundheit sowie der Sicherung von Luft-, Wasser- und Bodenqualität mit ein.

*I.3 Kommunale Strategien für Zukunftsbeständigkeit:* Städte sind die geeignetste Einheit, die zahlreichen Probleme, die unsere moderne Welt schädigen, anzugehen. Jede Stadt muß dabei ihren eigenen Weg finden und die jeweiligen Stärken zur Grundlage ortsangepaßter Strategien machen.

*I.4 Zukunftsbeständigkeit als kreativer, lokaler, gleichgewichtssuchender Prozeß:* Zukunftsbeständigkeit ist „weder eine bloße Vision noch ein unveränderlicher Zustand, sondern ein kreativer, lokaler, auf die Schaffung eines Gleichgewichts abzielender Prozeß, der sich in sämtliche Bereiche der kommunalen Entscheidungsfindung erstreckt.(...) Indem die Verwaltung einer Stadt auf den in einem solchen Prozeß gesammelten Informationen beruht, kann die Stadt als ein organisches Ganzes verstanden werden.“ (ebd., S. 35) Eine gute Informationsgrundlage ist demnach wichtig, damit die Stadt und die Bürger Entschei-

<sup>4</sup> Siehe die Studie „Grundlagen einer integrativen Umsetzung des Nationalen Umweltplans für Österreich“, die vom Österreichischen Institut für Nachhaltige Entwicklung erarbeitet wurde. Information aus: Friends of the Earth, Zeitschrift für Umweltschutz und Menschenrechte, SOL Nr. 80, März 1997.

<sup>5</sup> An der Ausarbeitung des Textes der Charta waren Heidi Dumreicher und Richard S. Levine von Oikodrom - Forum Nachhaltige Stadt maßgebend beteiligt. Heidi Dumreicher zeichnet außerdem für den Bericht verantwortlich, der im Auftrag der Stadt Wien über die „European Conference on Sustainable Cities and Towns“ verfaßt wurde, und in dem der Text der Charta wiedergegeben ist. (Dumreicher, 1995). Vgl. auch Dangschat, 1997, 173ff.

dungen treffen können, die nicht nur die Belange der heutigen Interessensgruppen, sondern auch zukünftiger Generationen berücksichtigen.

**I.5 Problemlösung durch stufenweises Weitervermitteln nach außen.** Städte und Gemeinden können es sich nicht mehr leisten, Probleme in die Umgebung oder in die Zukunft zu verlagern. „Daher müssen alle Probleme und Ungleichgewichte einer Stadt zunächst intern auf lokaler Ebene ausgeglichen oder aber durch eine externe größere Körperschaft auf regionaler oder nationaler Ebene aufgenommen werden“, d.h. daß Städte auf die Zusammenarbeit mit der sie umgebenden Region angewiesen sind.

**I.6 Städtische Wirtschaft auf dem Weg zur Nachhaltigkeit und Zukunftsbeständigkeit.** Der einschränkende Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte ist das natürliche Kapital, in das folglich investiert werden müsse: „1. Investitionen in die Bewahrung des noch vorhandenen natürlichen Kapitals (...); 2. Förderung der Entwicklung des natürlichen Kapitals durch Verringerung der derzeitigen exzessiven Nutzung (...); 3. Investitionen zur Verringerung der Belastung der natürlichen Kapitalbestände (...); 4. Erhöhung der Effizienz von Produkten bis hin zum Endverbraucher (...).“ (ebd., S. 35)

**I.7 Soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für eine Zukunftsbeständigkeit der Stadt.** Die Armen leiden am stärksten unter den Umweltbelastungen. „Die ungleiche Verteilung von Reichtum verursacht zum einen umweltschädliches Verhalten und erschwert zum anderen Verhaltensveränderungen.“ (ebd., S. 36) Die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen sowie Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und Wohnungsversorgung sollen mit dem Umweltschutz integriert werden, wobei es um die Erhöhung der Lebensqualität der Bürger - nicht des Verbrauchs - geht.

Wichtiges Ziel ist die Verminderung der Arbeitslosigkeit, wobei insbesondere solche Unternehmen gefördert werden sollen, deren Geschäftsideen die Nachhaltigkeitsüberlegungen stützen (Langzeitarbeitsplätze, langlebige Produkte).

**I.8 Zukunftsbeständige Flächennutzung** Wirksamer Flächennutzungs- und Bebauungsplanung durch die kommunalen Gebietskörperschaften, die auch die strategische Umweltprüfung sämtlicher Pläne umfaßt, kommt große Bedeutung zu. Um den Mobilitätsbedarf zu verringern gilt es, leistungsfähige öffentliche Verkehrsversorgung und effiziente Energieversorgung bereitzustellen. Dazu sind höhere Bebauungsdichten, Mischnutzung

und ein menschliches Maß bei der Bebauung dienlich. Weiters sollen die Leistungsströme zwischen Stadt und Land ins Gleichgewicht gebracht werden, um zu verhindern, daß die Städte die Ressourcen des Umlandes nur ausbeuten.

**I.9 Zukunftsbeständige Strukturen städtischer Mobilität.** Eine zukunftsbeständige Stadt muß die erzwungene Mobilität unbedingt verringern und die Förderung und Unterstützung von unnötigem Kraftfahrzeuggebrauch beenden. Ökologisch verträglichen Fortbewegungsarten ist Vorrang einzuräumen. Der Verbund von Zufußgehen, Radfahren und öffentlichem Nahverkehr steht im Mittelpunkt der Planungsarbeiten, den motorisierten Individualverkehrsmitteln sollte nur ergänzende Aufgaben zukommen.

**I.10 Verantwortung für das Weltklima.** Die globale Erwärmung aufgrund der Emission von Treibhausgasen ist zu verringern. Genauso wichtig ist der Schutz der globalen Biomasse-Ressourcen, die im Kohlenstoffkreislauf der Erde eine entscheidende Rolle spielen. Der Verbrauch fossiler Brennstoffe ist deutlich zu reduzieren und durch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu ersetzen.

**I.11 Vermeidung der Vergiftung von Ökosystemen.** Weitere Stoffeinträge giftiger und gefährlicher Substanzen in die Luft, das Wasser, den Boden und die Nahrung müssen gestoppt und an der Quelle vermieden werden.

**I.12 Kommunale Selbstverwaltung als Voraussetzung** Städte und Gemeinden sollen im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip das Recht auf kommunale Selbstverwaltung haben. „Die lokale Ebene muß mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet sein, und die kommunalen Gebietskörperschaften müssen über eine solide finanzielle Grundlage verfügen.“ (ebd., S. 37)

**I.13 Bürger als Schlüsselakteure und die Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaft.** Die Städte und Gemeinden verpflichten sich, „mit allen gesellschaftlichen Kräften in unseren Kommunen - den Bürgern, Unternehmen, Interessengruppen - bei der Aufstellung von Lokalen Agenden 21 zusammenzuarbeiten. (...) Wir werden dafür Sorge tragen, daß alle Bürger und interessierten Gruppen Zugang zu Informationen erhalten und es ihnen möglich ist, an den lokalen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Wir bemühen uns um Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (...) nicht nur für die breite Öffentlichkeit, sondern auch für Abgeordnete und Bedienstete der Kommunalverwaltungen.“ (ebd., S. 38)



I.14 *Instrumentarium für eine auf Zukunftsbeständigkeit gerichtete Kommunalverwaltung* „Wir Städte und Gemeinden sichern zu, das gesamte verfügbare politische und planerische Instrumentarium für einen ökosystembezogenen Ansatz kommunaler Verwaltung zu nutzen“, beispielsweise „die Erhebung und Verarbeitung von Umweltdaten; die Umweltplanung; ordnungspolitische, wirtschaftliche und kommunikative Instrumente wie Satzungen, Steuern und Gebühren; Instrumente zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie zur Bürgerbeteiligung“. (ebd., S. 38) Dazu werden unterschiedliche Arten von Indikatoren bedeutsam sein, wie solche der städtischen Umweltqualität, der städtischen Ressourcenströme, der Stadtstrukturen und vor allem der Zukunftsbeständigkeit städtischer Systeme. Insbesondere soll „das örtliche Wirtschaften durch einen umfassenden Prozeß der Suche nach Zukunftsbeständigkeit“ beeinflusst werden, da die bisherigen Maßnahmen und Programme zwar eine gute Grundlage darstellen, aber noch keine Umkehr der unbeständigen Entwicklung der Gesellschaft bewirken.

Die Aalborg-Charta unterstreicht also die wichtige Rolle der europäischen Städte und Gemeinden für die Entwicklung zur Zukunftsbeständigkeit. Sie stellt die Grundlage für die Formulierung von Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung dar.

### 1.1.6 Die Habitat-Agenda (1996)

Eine der letzten großen UN-Weltgipfelkonferenzen<sup>6</sup> vor der Jahrtausendwende war die „Konferenz über das menschliche Siedlungswesen - Habitat II“ in Istanbul vom 3. - 14. Juni 1996.

Zwei zentrale Themen waren auf der Konferenz von Bedeutung: „Adequate shelter for all“ (das Recht auf angemessenes Wohnen für alle) und „Sustainable human settlements development in an urbanizing world“ (nachhaltige Entwicklung menschlicher Siedlungen in einer Welt zunehmender Urbanisierung)<sup>7</sup>. Die Habitat-Konferenz ist Beleg für die internationale Anerkennung der entscheidenden Rolle der Städte für die Zukunft. Habitat II setzte auch ein Zeichen für die Bedeutung der Rolle der lokalen Behörden, indem diese (neben den NGOs) schon im Vorbereitungsprozeß intensiv beteiligt wurden. Unterstrichen wird auch die schwierige Situation für MigrantInnen, Kinder und Jugendliche, indigene Bevölkerungsgruppen, Frauen, Menschen

mit Behinderungen und ältere Menschen, für die das Recht an Mitsprache in Entscheidungsprozessen gefordert wird.

Otto Frey, Mitarbeiter der Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion Wien, Gruppe Planung, der mit der Koordinierung der Wiener Aktivitäten zur Habitat II befaßt war, zieht positive Bilanz. Die „Notwendigkeit der Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, (...) die Stärkung der lokalen Autonomie und die entsprechende finanzielle Ausstattung der lokalen Behörden (...), die verstärkte direkte Kooperation der Städte auf nationaler, regionaler und globaler Ebene, die zukünftig verbesserte und möglicherweise fest verankerte Zusammenarbeit zwischen Vereinten Nationen, den lokalen Behörden, dem privaten Sektor und den NGOs“ (Frey, 1996, S. 68) sind Forderungen der Städte, die in der Habitat II - Agenda Berücksichtigung fanden.

Frey verweist insbesondere auf das „Urban Best Practice and Local Leadership Program (siehe auch Frey, 1997), bei dem Wien von den Vereinten Nationen als zukunftsorientierte Stadt anerkannt und der Stadt angeboten wurde, das zu gründende „Regionale Institut für Europa“ in Wien zu installieren. Die „Best-Practice- Initiative von UNCHS (United Nations Centre for Human Settlements) soll den Austausch von vorbildhaften Lösungsansätzen zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung fördern. „Dabei wurden 600 solcher Lösungen weltweit eingebracht, bewertet, vergleichbar in einem Datensystem erfaßt und daraus zwölf Projekte mit dem „Award of Excellence in Improving the Living Environment“ ausgezeichnet.“ (ebd., S. 69) Die Stadt Wien hat sich daran mit fünf Projekten beteiligt („Stadterneuerung in Wien“, „Frauen-Werkstadt-Wien“, „Stufenplan der Stadt Wien zur Reintegration von Obdachlosen“, „Wiener Luftmeßnetz“ und „Wiener Müllverbrennungsanlage Spittelau“), für die sie zwar keinen Preis erhielt, die aber sowohl in Istanbul als auch in Wien in Form einer Ausstellung präsentiert wurden.

Wien sei bestrebt, „sich als Kompetenzzentrum für Innovation, insbesondere am Sektor „Urban Technologies“, aber auch als eine Stadt mit zukunftsorientierter, nachhaltiger Ausrichtung“ (ebd., S. 71) zu etablieren und möchte die positiven Impulse aus der Konferenz weiterführen.

<sup>6</sup> Neben anderen insbesondere: Rio-Konferenz (1992, siehe oben); Weltkonferenz über Menschenrechte (Wien 1993); Weltbevölkerungskonferenz (Kairo 1994); Weltsozialgipfel (Kopenhagen 1995); 4. Weltfrauenkonferenz (Peking 1995).

<sup>7</sup> siehe Habitat-Agenda im Vorwort: <http://www.undp.org/un/habitat/agenda>

### 1.1.7 Rio+5 Konferenz (Juni 1997)

Fünf Jahre nach der Rio-Konferenz fand in Manhattan/New York die neunzehnte Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (UNGASS: United Nations General Assembly Special Session) statt, mit dem Ziel, die Fortschritte der letzten Jahre zu analysieren und die Vereinbarungen der Agenda 21 erneut zu bekräftigen und rascher voranzutreiben.<sup>8</sup> Die Ergebnisse sind allerdings ernüchternd: die Trends globaler Entwicklung gehen heute noch weniger in Richtung Nachhaltigkeit als 1992. Die Globalisierung schreitet weiter rasch voran, nur wenige schwach entwickelte Länder können davon profitieren, wobei andere noch weiter marginalisiert werden. Die absolute Zahl derjenigen, die in Armut leben, ist weiter gewachsen. Die Schere zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern und den anderen ist in den vergangenen Jahren noch schneller größer geworden. Viele Emissionen - insbesondere von giftigen Substanzen und Treibhausgasen - sowie die Menge der Abfälle nehmen weiter zu, obwohl die Mengen in einigen Industrieländern auch geringer werden. Aber die globalen negativen Trends können von den Bemühungen einiger weniger Länder nicht aufgehalten werden. Mit der Verwendung nicht erneuerbarer Ressourcen sieht es ganz ähnlich aus.

Die Forderungen, die schon in der Agenda 21 aufgestellt wurden, bleiben bestehen und sollen mit größerem Engagement umgesetzt werden: an erster Stelle steht die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums - nicht ohne die ökologischen Kosten miteinzubeziehen. Entwicklung müsse aber auch den sozialen Aspekt mit berücksichtigen, das heißt, Stärkung der Demokratien, Achtung der Menschenrechte, transparente und verantwortliche Regierung und die effektive Einbeziehung aller BürgerInnen. Unterstrichen wird immer wieder, daß die Rolle und Position vor allem von Frauen, aber auch von Kindern und Jugendlichen, indigenen Bevölkerungsgruppen, usw. gestärkt werden müssen, und daß alle ein Recht zur Mitsprache und Entscheidungsfindung haben, das von den Verantwortlichen gefördert werden soll. Zentral ist auch die engere Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Sektoren auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Dazu bedarf es eines großen Spektrums politischer Instrumente, einschließlich Durchführungsbe-

stimmungen, ökonomische Instrumente, der Internalisierung von Umweltkosten in die Marktpreise, länderspezifische Analyse und Informationen bezüglich der sozialen und ökologischen Belastungen.

Die „Commission on Sustainable Development“ (ebd., S. 38ff), ein Forum zur Beobachtung des Implementationsprozesses, sieht sich als Motor, der die Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit vorantreibt. Als weitere Schritte hat sich die Kommission vorgenommen: a) Anstrengungen zu unternehmen, die Beteiligung der Minister und hohen Politikverantwortlichen im Bereich Wirtschaft und Soziales sowie Umwelt und Entwicklung an der Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit zu forcieren; b) weiterhin ein Forum zu bieten für den Austausch nationaler und besonders auch regionaler Erfahrungen und „Best Practices“ auf dem Gebiet nachhaltiger Entwicklung, wobei besondere Aufmerksamkeit den nationalen Umweltberichterstattungssystemen und den Ergebnissen der Untersuchungen über Indikatoren für nachhaltige Entwicklung gewidmet werden soll; c) engere Zusammenarbeit zwischen internationalen Finanz-, Entwicklungs- und Handelsinstitutionen zu etablieren; d) die Auseinandersetzungen mit Vertretern wichtiger Gruppen (WissenschaftlerInnen und ForscherInnen, die sich mit dem Mensch-Natur-Verhältnis beschäftigen; Frauen; Kinder und Jugendliche; Indigene Bevölkerung; NGOs; Ortsbehörden; Wirtschafts- und Industriegruppen) verstärkt zu führen.

#### 1.1.7.1 Bericht Österreichs an die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (1997)

Die österreichische Bundesregierung legte der Kommission einen Bericht vor, in dem die Situation Österreichs im Hinblick auf die in der Agenda 21 festgeschriebenen Prinzipien nachhaltiger Entwicklung dargestellt wird. Er besteht aus zwei Teilen, wobei der erste eine zusammenfassende Darstellung der Dynamik der österreichischen Entwicklung zu den Prinzipien der Agenda 21 ist. Im zweiten Teil wird beispielhaft für die Bereiche Landwirtschaft, Tourismus und Verkehr - in Anlehnung an die Einteilung des NUP - aufgezeigt, was die Forderungen der Agenda 21 für diese in Österreich wichtigen Sektoren bedeutet. (vgl. SUSTAIN, ÖVAF, 1997)

<sup>8</sup> Die Informationen dazu stammen aus einem Online-Dokument des „United Nations Department for Policy Coordination and Sustainable Development (DPCSD): ES5.TXT at gopher.un.org (Gopher), das ich vom Österreichischen Umweltministerium erhalten habe.

Am 11. 3. 1997 hat sich die nationale UNCED-Kommission als österreichischer Rat für Nachhaltigkeit neu konstituiert, um der Forderung nach einem breiten partizipatorischen Prozeß gerecht zu werden. (vgl. ebd., S. 8) Der Bericht zählt eine Reihe von Fortschritten auf, die „insbesondere in der Weiterentwicklung des internationalen Rechtsbestandes für nachhaltige Entwicklung“ liegen (ebd., S. 9). Vorrangig werden in Österreich weitere Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes gesetzt. Auch sei die Einbindung der Bevölkerung erweitert worden und es vertiefte sich die Zusammenarbeit mit NGOs aus dem Umweltbereich. Die globalen Trends in Richtung Umweltzerstörung und damit der Bedrohung menschlichen Lebens auf der Erde bestehen jedoch nach wie vor. Als Ausblick scheint ein neuer Anlauf zur Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung vor allem in folgenden Bereichen notwendig: 1. Eine neue Bildungs- und Informationskampagne zur Nachhaltigkeit; 2. Neue politische Weichenstellungen; 3. Neue Allianzen; 4. Neue Ansätze und Instrumente; 5. Die Entwicklung einer neuen Ethik der Nachhaltigkeit. (ebd., S. 15)

In dem Bericht wird dem NUP wichtige Bedeutung zugesprochen, es wird aber auch darauf hingewiesen, daß „der Nationale Umweltplan durch den sektoralen Ansatz keinen wirklichen Anreiz für den Einstieg von Gemeinden aufzeigt, (wodurch) es notwendig sein (wird), andere Aktivitäten, etwa das Klimabündnis oder die Dorferneuerung als Instrumente einzubauen.“ (ebd., S. 73) Derzeit befindet sich ein Projekt zur „Regionalisierung der NUP-Umsetzung“ in Planung.

Obwohl die österreichische Regierung sich gerne rühmt, zu den in Umweltbelangen fortschrittlichsten Ländern zu zählen, wird dennoch auch ein dringender Handlungsbedarf für die Zukunft festgestellt.

Der relativ kurze Abriss über die wichtigsten offiziellen Dokumente im Prozeß zur Nachhaltigkeit macht deutlich, daß auf internationaler Ebene viel besprochen und konferiert wird, globale Trends bisher dennoch nicht umgekehrt werden konnten, sondern im Gegenteil, die Auswirkungen unserer modernen Wirtschaft weiterhin dazu beitragen, nicht nur die Schere zwischen Arm und

Reich - sowohl international als auch national - zu vergrößern, sondern auch die Umweltbelastungen zu vermehren. Dieser Umstand sollte eigentlich dazu beitragen, die Prämissen und Auswirkungen der globalen Wirtschaft zu hinterfragen. Doch das findet - zumindest auf dieser Ebene - nicht statt.

Obwohl die offiziellen Dokumente und Bemühungen zu kritisieren sind, stellen sie meines Erachtens doch einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung des Themas dar. Sie beinhalten ja nicht zuletzt die Aufforderung an alle gesellschaftlichen AkteurInnen, sich an dem Prozeß zu beteiligen und lassen damit die Chance offen, durchaus auch kritische Beiträge zu leisten.

## **1.2 WISSENSCHAFTLICHE KONZEPTE UND ZENTRALE BEGRIFFE ZUR IDEE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG**

### **1.2.1 Metabolismus und Kolonisierung von Natur**

Diese beiden Begriffe sind Teil eines Konzepts, das einen Rahmen bietet, das Gesellschaft-Natur-Verhältnis an der Schnittstelle von Natur- und Sozialwissenschaften sowohl theoretisch als auch empirisch näher zu beleuchten.<sup>9</sup> Es ist ein anthropozentrisches Konzept, das heißt, daß der Mensch und „wirtschaftliche und soziale Prozesse mit ihren Wirkungen auf Natur“ im Mittelpunkt stehen (Fischer-Kowalski, u.a. 1997, S. 22). Die Sichtweise von Umweltproblemen hat sich verändert.

*„Standen in den siebziger Jahren Immissionsprobleme im Vordergrund der Umweltdiskussion und achtete man in den achtziger Jahren auf Emissionen, so ist die integrierte und reflexive Betrachtung des gesellschaftlichen Stoffwechsels ein Kennzeichen der neunziger Jahre.“* (Fischer-Kowalski, u.a. 1997, S. IX)

Der Fokus ist dabei auf die Austauschbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur gerichtet.

Der Begriff des Metabolismus ist ein geeignetes Bild, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur zu beschreiben, weil sich Menschen aus den unterschiedlichsten Disziplinen darunter

<sup>9</sup> Der Begriff des Metabolismus ist zentraler Bestandteil der internationalen Bemühungen zur Operationalisierung des Konzepts der Nachhaltigkeit. Ich beziehe mich in den folgenden Ausführungen aber in erster Linie auf die Arbeiten der Abteilung „Soziale Ökologie“ des Interuniversitären Instituts für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung und deren Publikation „Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur“ (Fischer-Kowalski, et. al., 1997, Teil 1).

etwas vorstellen können, und damit die Kommunikation über die Grenzen von Wirtschaft, Technik, Naturwissenschaft, Sozialwissenschaft und anderen gesellschaftlichen Systemen hinaus möglich wird. Die Herausforderung interdisziplinärer Zusammenarbeit ist ein wesentliches Moment im Konzept der Nachhaltigkeit. Insbesondere ist es eine Herausforderung für die Soziologie, da sie sich im Zuge ihrer historischen Genese speziell von den Naturwissenschaften abzugrenzen versuchte.

Außerdem wird mit dem Konzept des Metabolismus und der Kolonisierung von Natur ein Modell beschrieben, das die Austauschbeziehungen mit Natur „nicht nur für die industrielle Gesellschaft, sondern für den gesamten Verlauf menschlicher Geschichte auf diesem Planeten, verstanden als Koevolution von sozialen und natürlichen Systemen“ angemessen beschreiben kann. (ebd., S. IX)

Stoffwechsel - als ein Begriff der Biologie - bezeichnet den Stoff- und Energiefluß, den Organismen mit ihrer Umwelt aufrechterhalten, um ihr Überleben und die Reproduktion zu sichern. Übertragen auf Gesellschaften wird ebenso von Material- und Energieflüssen gesprochen, die die sogenannte „Anthroposphäre“ - die gesellschaftlichen Systeme - mit der Biosphäre - den natürlichen Systemen - austauscht. Der Stoffwechsel ist also die minimale Grundbedingung für jegliches Leben ebenso wie für gesellschaftliche Systeme.

Es wird zwischen einem sogenannten „basalen“ und einem „erweiterten Metabolismus“ unterschieden. Vereinfacht gesprochen sind Jäger und Sammler Gesellschaften mit einem „basalen Metabolismus“. Die materiellen Inputs, die der Mensch aus der Natur benötigt, bestehen aus erneuerbaren Ressourcen; die Outputs fügen sich in die Naturkreisläufe ein. Der basale energetische Stoffwechsel basiert in erster Linie auf Sonnenenergie.

Von einem „erweiterten Metabolismus“ wird dann gesprochen, wenn die Gesellschaft auf nicht-erneuerbare Ressourcen (beispielsweise Metalle oder fossile Energieträger) zurückgreift, um letztlich die Erträge natürlicher Ressourcen zu vermehren. Hierbei handelt es sich um die „Kolonisierung natürlicher Systeme“. Die genaue

Definition lautet: Kolonisierung ist „die Kombination gesellschaftlicher Aktivitäten, die gezielt gewisse Parameter natürlicher Systeme verändern und sie in einem Zustand halten, der sich von dem Zustand unterscheidet, in dem sie sich ohne diese Aktivitäten befänden.“ (ebd., S.10) In der Menschheitsgeschichte ist von zwei in diesem Zusammenhang entscheidenden Revolutionen die Rede: der neolithischen und der industriellen Revolution. Beide markieren einen gravierenden Umbruch in Bezug auf die Kolonisierung von Natur. Erstere bezieht sich auf den Übergang von Jäger und Sammler zu Agrargesellschaften; zweite auf den Übergang zu industriellen Gesellschaften, die in ihrem Kern auf der Ausbeutung fossiler Energieträger beruhen. Diese Entwicklung verfeinerte die Techniken der Naturaneignung und erhöhte damit die Lebenschancen beträchtlich. Die gezieltere Ausbeutung natürlicher Ressourcen und deren effizientere Nutzung ermöglichten zudem ein enormes Bevölkerungswachstum. Die Kehrseite davon ist der Umstand, daß im Rahmen eines erweiterten Metabolismus Materialien verwendet werden, die sich nach dem Ausscheiden aus dem gesellschaftlichen System nicht mehr in die natürlichen Kreisläufe einfügen. Dies ist so lange kein Problem, solange es sich um relativ kleine Mengen handelt. Die Entwicklung - insbesondere seit der intensiven Nutzung fossiler Energieträger - hat aber gezeigt, daß der „Absorptionsfähigkeit natürlicher Systeme für die Reststoffe aus der Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen“ (ebd., S. 8) Grenzen gesetzt sind, die wir heute schon erreicht haben.

Was den erweiterten energetischen Metabolismus betrifft, so beginnt er im Verhältnis zum materiellen erweiterten Metabolismus relativ spät, nämlich mit der Nutzung von Kohle, was den Beginn der industriellen Revolution markiert. Durch die Verwendung von Steinkohle<sup>10</sup> war die Entwicklung der Dampfmaschine und schließlich der Eisenbahn möglich, und es begann der Prozeß der rasanten Beschleunigung menschlicher Tätigkeiten, die Entwicklung zur modernen Gesellschaft. Ein zweiter Sprung in dieser Entwicklung erfolgte durch die Verwendung von Erdöl und der damit einhergehenden Mobilisierung der Massen mit Hilfe des Autos.

<sup>10</sup> Zu den Vorbedingungen und der Entwicklung, die zur Entdeckung der Steinkohle und ihrer wachsenden Bedeutung führten und schließlich in die industrielle Revolution mündeten, siehe Sieferle, 1982.

Entscheidend ist also, daß sich durch die Verwendung fossiler Energie der gesellschaftliche Metabolismus stark veränderte. Die Probleme liegen heute vor allem auf der Seite des Outputs menschlicher Gesellschaften, die das Ökosystem zu kippen drohen. Dazu zählt in erster Linie der enorm erhöhte CO<sub>2</sub> - Ausstoß (durch die Verbrennung der fossilen Energieträger), der als wichtigster Verursacher der Klimaveränderungen betrachtet wird. Das Funktionieren der modernen Gesellschaft basiert auf der Ausbeutung von Ressourcen, die über Jahrtausende entstanden sind und nicht unendlich zur Verfügung stehen bzw. auch nicht die Chance haben, sich in einem kurzen Zeitraum zu regenerieren. Unzählige technische Errungenschaften und in weiterer Folge das Bevölkerungswachstum auf der Erde und auch unser derzeitiger relativer Wohlstand wären in der Form nicht möglich gewesen, hätten wir nicht gelernt, diese neuen Energieträger zu nutzen. Heute sind aber nicht nur diese Ressourcen bald erschöpft, sondern die ungeahnten Nebenfolgen werden wirksam.

Probleme in Bezug auf die Nachhaltigkeit von Gesellschaften können also sowohl auf der Input- als auch auf der Outputseite auftreten: zum einen zwang der Mangel an Nahrungsmitteln die Menschen zu Erfindungen, die die Ausbeutung der Ressourcen immer weiter zu optimieren versuchten (das ist zumindest ein Erklärungsansatz dafür, wie es zur neolithischen Revolution kam); auf der anderen Seite sind die Kolonisierungsstrategien derart „optimiert“ worden, daß nun weniger der Mangel an Ressourcen bedrohlich ist, als vielmehr die Schäden, die durch die Massen an gesellschaftlichen Abfällen und Emissionen entstehen. Diese Dialektik im Verhältnis von Kolonisierung und Nachhaltigkeit besteht auch heute, indem „die Antwort auf die Erkenntnis ökologischer Grenzen für den gesellschaftlichen Metabolismus (...) erneut in einem Versuch ihrer Überwindung durch neue Kolonisierungsstrategien zu bestehen“ scheint. (ebd., S. 12)

Das Konzept der Kolonisierung faßt Gesellschaft als Akteur auf, „der absichtsvoll die ihn umgebende Natur umgestaltet, in ablaufende Naturprozesse eingreift und damit durchaus langfristig wirksame Veränderungen auslöst.“ (ebd., S. 23)

### 1.2.2 Umweltberichterstattung

Um das dynamische Verhältnis zwischen Anthroposphäre und Biosphäre beschreiben und in weiterer Folge daraus Strategien einer nachhaltigen Entwicklung ableiten zu können, bedarf

es zu allererst, den Zustand der Umwelt in Beziehung zu menschlichen Aktivitäten abzubilden. „Umweltberichterstattung“ oder „Umweltinformation“ bemühen sich deshalb darum, ein System von Umweltindikatoren zu erarbeiten, das eine Meßgröße darstellt, an die folgende Anforderungen zu stellen sind: Indikatoren sollen einfach (verständlich), eindeutig, anerkannt (Stand der Wissenschaft), wo dies geht quantitativ meßbar, in Zeitreihen verfügbar, problemadäquat und, wenn möglich, regionalisierbar sein. (Gerhold, 1994, S. 595)

Der Aufbau von Umweltindikatoren wird auf internationaler Ebene sehr forciert. Ein wichtiger Aspekt ist auch die internationale Kompatibilität. Als Modellrahmen hat sich das von der OECD entwickelte Pressure-State-Response-Modell durchgesetzt.

*„Ziel ist es, ausgehend von einem bestimmten definierten Umweltproblem die dafür hauptverantwortlichen sozioökonomischen Aktivitäten zu identifizieren und mit Hilfe von geeigneten Pressure-Indikatoren zu beschreiben, sodann den Zustand der betroffenen Medien mit Hilfe von State-Indikatoren und schließlich die vom Gesellschaftssystem als Antwort auf diesen Zustand gesetzten Maßnahmen in Form von Response-Indikatoren darzustellen.“* (ebd., S. 594)

Die Entwicklung der Umweltberichterstattung befindet sich noch in den Anfängen. In Deutschland und Japan werden nationale Materialbilanzen bereits in der amtlichen Statistik eingesetzt. In Österreich wird darüber noch diskutiert. Allerdings gibt es bereits umfassende Vorarbeiten, wie die Materialflußrechnung Österreich, die im Oktober 1996 vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie herausgegeben wurde.

In den Studien selbst werden einige Probleme dieser Vorgehensweise benannt. Ein zentrales Dilemma besteht beispielsweise in dem Anspruch, möglichst einfache und eine eng begrenzte Liste an Indikatoren zu verwenden und mit ihnen einen anschaulichen Überblick zu liefern, der einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Auf der anderen Seite soll ein breit gefächertes systematisch angelegtes Indikatorensystem entwickelt werden, um den Zusammenhang zwischen menschlichen Aktivitäten und ihren Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme möglichst detailliert und umfangreich zu beschreiben, und damit die ökologischen Grundanforderungen an ein Indikatorensystem um so besser zu erfüllen. (vgl. Bund/Misereor, 1996, S. 41)

Der Versuch der Eingliederung solcher Indikatorensysteme in gängige statistische Erhebungsverfahren - wie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung - wirft das Problem auf, einerseits an die bestehenden Systeme anzuschließen und möglichst mit schon vorhandenen Daten zu arbeiten, damit der Aufwand vertretbar bleibt, andererseits sich auch bewußt zu sein, daß die gängigen monetären Statistiken größere Lücken aufweisen, bzw. auch überhaupt Erweiterungen bedürfen. Die vom BMUJF in Auftrag gegebene Studie zur Integration einer jährlich aktualisierten nationalen Materialflußrechnung für Österreich in die amtliche Statistik kommt zu dem Schluß, daß dies ohne erheblichen Mehraufwand machbar sei. Dies ist eine wichtige Maßnahme zur Etablierung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, die der laufenden Verknüpfung von Umwelt- mit Wirtschaftsdaten dient.

### 1.2.3 Das Konzept des Umweltraums

Studien, wie „Sustainable Netherlands“ (Institut für sozialökologische Forschung, 1994); „Zukunftsfähiges Deutschland“ (Bund/Misereor, 1996) und „Action Plan „Sustainable Austria“ - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Österreich“ (Kosz, 1994) versuchten, mit Hilfe des Konzepts des Umweltraumes darzustellen, wie groß die Eingriffe von Industriegesellschaften in die Natur sind. Es handelt sich also ebenfalls um einen Versuch, das Mensch-Natur-Verhältnis quantitativ abzubilden, und in weiterer Folge überprüfen zu können, ob Strategien nachhaltiger Entwicklung Erfolge zeigen. Das Konzept des Umweltraums wurde ursprünglich in den Niederlanden entwickelt.

*„Der Umweltraum bezeichnet den Raum, den die Menschen in der natürlichen Umwelt benutzen können, ohne wesentliche Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen.“ (Bund/Misereor, 1996, S. 27)*

*„Der Umweltraum wird auf unterschiedliche Weise bestimmt: Der weltweite Umweltraum ist definiert durch die ökologischen Schranken, die durch die natürlichen Systeme hinsichtlich globaler Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeit vorgegeben sind. Dieser Umweltraum besteht also aus einem Bündel unterschiedlichster Parameter; d.h. daß Maßzahlen für den Ver- und Gebrauch von Ressourcen, die Entlassung von Schadstoffen und den Eingriffen in Lebensprozesse, die globale Auswirkungen haben, vorgegeben werden.“ (Kosz, 1994, S. 13)*

Ausgehend von vorab festgelegten Nachhaltigkeitskriterien im jeweils gültigen räumlichen Kontext wird ein Umweltraum definiert, der die maximal mögliche Menge an Ressourceninanspruchnahme angibt. Diese global oder kontinental definierten Umwelträume liefern den Ausgangspunkt, von dem aus ein Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen berechnet wird, aus dem dann Reduktionsziele abgeleitet werden.

Oben genannte Studien haben versucht, den Pro-Kopf-Umweltraum zu bestimmen, der einem Menschen zusteht, unter der Voraussetzung gerechter globaler Verteilung. Das Konzept des Umweltraumes ist ein ökologisches Nutzungskonzept. Es ist ein Operationalisierungsversuch für die Idee der nachhaltigen Entwicklung. Ein entscheidender Aspekt liegt darin, daß sowohl zukünftige Generationen als auch innerhalb einer Generation alle Menschen auf der Erde die gleichen Rechte haben, Natur in Anspruch zu nehmen, ohne sie zu übernutzen.

Alle diese Studien kommen zu dem Schluß, daß der Verbrauch an Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Wasser, Fläche, etc.) in den untersuchten Industrieländern um ein Vielfaches zu hoch ist und enden mit Forderungen, wie beispielsweise einer Reduktion der Verwendung nicht-erneuerbarer Ressourcen um 80 - 90 %. Inwieweit sich solche Forderungen tatsächlich umsetzen ließen, ist Gegenstand weitergehender Überlegungen. Sie zielen auf die Erkenntnis ab, daß sich eine derartige Reduktion nur unter Bedingungen eines gesamtgesellschaftlichen Wandels durchzusetzen vermag. Wie dieser Wandel zu bewerkstelligen sei, bzw. ob er sich aus bestimmten gesellschaftlichen Dynamiken vielleicht auch „von selbst“ ergeben könnte - wenn beispielsweise die nicht-erneuerbaren Ressourcen tatsächlich ausgehen oder die Kaufkraft soweit sinkt, daß sich die Bevölkerung den gegenwärtigen Wohlstand nicht mehr leisten kann - bleibt weitgehend offen.

Sich dieser Problematik bewußt, wollen die genannten Untersuchungen vor allem eines leisten: die Begrenztheit der Umweltressourcen bewußt machen, den derzeitigen Stoff- und Energieverbrauch transparent darstellen und sowohl die Lebensstile der Menschen als auch die technologischen Möglichkeiten derart verändern, daß die konsumierten Materialmengen insgesamt verringert werden.

### 1.2.4 Ökologischer Fußabdruck

Der ökologische Fußabdruck ist ein ähnliches Konzept wie das des Umweltraumes; es liefert ein „Planungswerkzeug, das helfen soll, die Kritik an der Zukunftsfähigkeit unserer Lebensweise in gemeinsames Handeln umzumünzen.“ (Wackernagel, 1997, S. 16) Dieses Konzept haben William Rees, Professor an der Schule für Regional- und Kommunalplanung der University of British Columbia (Vancouver/Kanada) und sein Mitarbeiter Mathis Wackernagel entwickelt. Der ökologische Fußabdruck mißt den Naturverbrauch der Menschen, indem die Energie- und Materialflüsse in einer Wirtschaftseinheit geschätzt und in Wasser- und Landflächen umgerechnet werden, die nötig sind, um diese Flüsse aufrecht zu erhalten.

Es handelt sich also um ein Rechenverfahren, das in ausdrucksstarke Bilder umgesetzt werden kann, und damit den Umstand des übermäßigen Verbrauchs von Ressourcen und der Überbeanspruchung des Umweltraumes als solchen leichter verständlich und vermittelbar macht.

Dieses Verfahren ist ein Modell, den Naturverbrauch abzubilden, was nur als Annäherung an die realen Verhältnisse geschehen kann, da kein Modell in der Lage ist, alle Faktoren mitzuberechnen. Der individuelle und der nationale ökologische Fußabdruck hängen außerdem stark ab vom Einkommen, den Preisen, den Kaufgewohnheiten und den vorherrschenden Technologien. Die Methode erfaßt die Naturbelastung durch eine Bevölkerung, indem sie deren gesamten Verbrauch analysiert.

Die ökologische Gesamtlast der Menschen wird erkennbar im Produkt aus Bevölkerungszahl mal Pro-Kopf-Verbrauch. Dieses Produkt wird in eine biologisch produktive Fläche umgerechnet. Da die Autoren zur Vereinfachung der Methode eher günstigere Vorannahmen treffen, als die Realität bietet (z.B. daß das erforderliche Land in der Forst- oder Landwirtschaft nachhaltig genutzt wird) ist das Ergebnis eine Unterschätzung des wirklichen Flächenverbrauchs der Menschen.

Trotzdem machen die Berechnungen die Situation sehr deutlich. In Österreich verbraucht eine Person durchschnittlich 5,63 ha Land, die lokal verfügbare Kapazität beträgt 4,84 ha/Person. Die global verfügbare Kapazität (inklusive des Fußabdruckes im Meer) ergibt lediglich 2 ha/Person. Seit Anfang dieses Jahrhunderts hat die ökologische Fläche pro

Kopf stark abgenommen: statt 5 Hektar Landfläche zu Beginn dieses Jahrhunderts sind es heute nur mehr 1,45 Hektar. (vgl. Wackernagel, 1997, S. 107ff) Die 25 reichen Länder der Erde mit weniger als 20 Prozent der Weltbevölkerung haben einen ökologischen Fußabdruck von der Größe der weltweit verfügbaren biologisch produktiven Fläche. (ebd., S. 117) Der Fußabdruck der Menschheit ist also größer als das verfügbare Land auf unserem Planeten, das heißt, daß das Naturkapital abgebaut wird, wir also den Kapitalstock angreifen.

### 1.2.5 Bottom-Up - Inseln der Nachhaltigkeit

Neben den bisher dargestellten Ansätzen und Arbeiten im Prozeß zur Nachhaltigkeit gibt es auch unzählige Bemühungen „von unten“, von Einzelpersonen, BürgerInneninitiativen, NGOs, Umweltorganisationen, Volkshochschulen, usw., die auch als Bottom-Up-Strategien bezeichnet werden.

Strategien dieser Art sind vielfältigster Natur und müssen nicht unbedingt mit dem Stichwort „Nachhaltigkeit“ versehen sein (vgl. Agenda 21 - Broschüre). Sie sind oft auf sehr spezifische, regionale Probleme bezogen und es fehlt ihnen an Breitenwirkung. Auf der anderen Seite bietet gerade der Bezug auf den regionalen Raum und die unmittelbare Nähe zum Problem eine genaue Kenntnis der Situation, die um so gezieltere Eingriffe möglich macht. Die beteiligten Personen sind die ExpertInnen auf diesem Gebiet und damit auch hoch motiviert. Derartige Initiativen sind ebenso ein wichtiger Schritt, um dem Ziel nachhaltiger Entwicklung näher zu kommen. NGOs oder Einzelpersonen sind unabhängiger und können so vielleicht eher unkonventionelle, innovative Aktionen setzen. Nichtsdestotrotz bedarf es auch gesamtgesellschaftlicher Leitbilder, mit denen sich weite Teile der Gesellschaft identifizieren können und die die Kommunikation über traditionelle Systemgrenzen hinweg ermöglichen.

Wallner, Narodoslawsky und Moser (1996), Wissenschaftler der Grazer Technischen Universität, arbeiten an dem Konzept „Inseln der Nachhaltigkeit“, das einen Versuch darstellt, einen Bottom-Up Ansatz im Hinblick auf konkrete Umsetzungsversuche theoretisch zu formulieren. Der Ansatz geht von vier Arbeitshypothesen aus: „1) Anthropogene Materialflüsse dürfen die lokalen Aufnahmekapazitäten nicht überschreiten und sollten kleiner sein, als die natürlichen Schwankungen geogener Flüsse. 2) Anthropogene Materialströme dürfen die Qualität und die Quantität globaler Stoffkreisläufe nicht ver-

ändern. 3) Erneuerbare Ressourcen sollen nur soweit genutzt werden, daß ihre natürliche Regenerationsrate nicht überschritten wird. 4) Die natürliche Vielfalt der Arten und Landschaften soll erhalten oder verbessert werden.“ (ebd., S. 1746) Außerdem sind für den Prozeß der Nachhaltigkeit Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen, interregionale Verbindungen und trade-offs, Wiederverwendbarkeit von Produkten und Abfällen, Unsicherheiten im Hinblick auf Langzeitentwicklungen und die Integration von Ökonomie und Ökologie von zentraler Bedeutung.

Ein Weg zur Nachhaltigkeit auf globaler Ebene könnte demnach darin bestehen, daß Regionen ihre Tragfähigkeitsgrenzen nicht überschreiten, und damit in Form von „Inseln der Nachhaltigkeit“ Kristallisationspunkte bilden, von denen ausgehend das Prinzip der Nachhaltigkeit sich global verbreiten kann. Um solche Nachhaltigkeitsinseln entstehen zu lassen und definieren zu können, was diese ausmacht, bedarf es allerdings noch genauerer Kenntnisse der menschlichen Einflüsse auf die Regionen.

Die Autoren versuchen mit Hilfe der Systemtheorie darzustellen, in welcher Weise eine Region und deren Interaktion mit der Anthroposphäre als Systeme beschrieben werden können, und welche Konsequenzen diese Einsichten in Bezug zur Nachhaltigkeit fordern. Sie kommen zu dem Schluß, daß der Weg zu regionaler Nachhaltigkeit ein Prozeß ist, der Folgendes beinhalten muß: Die Region als Kristallisationspunkt nachhaltiger Entwicklung hat dynamisch definierte Systemgrenzen; es handelt sich um ein Netzwerk höchster Komplexität, dessen einzelne Subsysteme in intensivem Austausch stehen; interne Kommunikation<sup>11</sup> hat höchsten Stellenwert; ihre lokalen Potentiale werden unter Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit voll ausgeschöpft; die Stoffflüsse durch die Region werden im Unterschied zu den Stoffflüssen der Umgebung minimiert, und statt dessen werden die internen Stoffkreisläufe optimiert; die Region sucht eine Balance zwischen interner und externer Kommunikation (das heißt, daß weder die voranschreitende Globalisierung der Wirtschaft, noch völlige Subsistenz oder wirtschaftliche Autarkie wünschenswerte Ziele sind); nachhaltige Regionen bemühen sich um ein ausgewogenes Verhält-

nis zwischen ökonomischer Vielfalt und Überfluß, indem sie sowohl große als auch mittlere und kleine Unternehmen beherbergen, und auch unterschiedliche Industriebranchen, Land- und Forstwirtschaft; dadurch sollen solche Inseln der Nachhaltigkeit für eine bestimmte Zeit stabil sein und eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber Störungen aus der Umwelt und dem außerhalb der Region befindlichen ökonomischen System aufweisen.

Der Veränderungsprozeß einer Region hin zu einer Insel der Nachhaltigkeit findet nicht in einem Schritt statt, sondern in mehreren Stufen. Am Beginn steht der Versuch, regionale ökonomische Netzwerke zu gründen, indem beispielsweise Abfälle aus einer Industriebranche als Rohmaterial für eine andere dienen. Auf einer allgemeineren Ebene geht es um das Bemühen, die Kommunikation innerhalb einer Region zwischen den unterschiedlichsten Akteuren zu intensivieren, um zu vernetzten Handlungen zu gelangen. Das Ergebnis einer solchen Entwicklung kann eine Region sein, die zwar innerhalb ihrer Grenzen nachhaltig wirtschaftet, aber immer noch Produkte oder Dienstleistungen importiert, die in nicht-nachhaltigen Zusammenhängen entstanden sind. Das bedeutet, daß die Region immer noch auf Kosten ihrer Umgebung lebt, indem sie nicht-nachhaltige Prozesse auslagert.

Eine wirkliche Insel der Nachhaltigkeit verzichtet weitgehend auf nicht-nachhaltige Dienstleistungen. Eine solche Insel kann zu einem Ausgangspunkt werden, von dem aus Nachhaltigkeit sich weiter verbreitet, da jede Region - egal in welcher Weise sie wirtschaftet - Auswirkungen auf andere Regionen oder Systeme hat, indem sie diese stört. Wallner, Narodoslawsky und Moser formulieren die Hoffnung, daß solche Inseln der Nachhaltigkeit als Entwicklungszellen fungieren können, die - unter bestimmten Bedingungen, wie sie in dem fortschreitenden Paradigmenwechsel von einem mechanistischen zu einem holistischen Weltbild bereits anklingen - der Idee der Nachhaltigkeit auf globaler Ebene zum Durchbruch verhelfen. (vgl. ebd., S. 1775)

Die Autoren stellen fest, daß die Verwirklichung der Vision sowohl eines nachhaltigen sozio-ökonomischen Systems als auch von Inseln der Nachhaltigkeit noch weit entfernt ist, daß es aber

<sup>11</sup> Die Autoren erweitern den Begriff der Kommunikation auf alle Formen des Austausches mit der Umwelt sowohl innerhalb des Systems als auch nach außen. Die Medien des Austausches können Materialien, Energie, Information, Kultur, Kapital und auch Menschen sein. (vgl. ebd., S. 1769)



bereits Anzeichen für erste Schritte in diese Richtung gibt. Als Beispiel verweisen sie auf die Trier-Region in Deutschland; die Region Güssing in Österreich; und die Basaisa Region im ägyptischen Nil-Delta. Die Autoren selbst engagieren sich im Projekt „ÖKOFIT“. Dieses Projekt bezieht sich auf die „Ökologische Region Feldbach mit Integrierten Technologien“ und versucht dort, neue Formen von Netzwerken zu initiieren, wie zum Beispiel die Kombination von Schlachthäusern, Zuchtfarmen und dem Energiesystem der Region in Bezug auf die Produktion von Biogas.

### 1.2.6 Nachhaltige Entwicklung - ein Paradoxon?

Bisher herrscht in der Wissenschaft und auch in der Soziologie ein Begriff von „Entwicklung“ vor, der eine spezifische Deutung von Veränderungsprozessen impliziert. „Soziale Veränderung wird konzipiert erstens als natürlich, zweitens als gerichtet, drittens als immanent, viertens als kontinuierlich, fünftens als notwendig und sechstens als hervorgehend aus gleichbleibenden Ursachen.“ (Robert Nisbet, 1969, S. 166ff; zit. nach Wehling, 1997) Entwicklung wird als linear - zu höheren Stufen fortschreitend - betrachtet und ist außerdem eng mit quantitativem Wachstum verknüpft. Auf Entwicklungsländer bezogen, wird dann von einer nötigen „nachholenden Entwicklung“ gesprochen insbesondere in Bezug auf wirtschaftliches Wachstum zur Bekämpfung der Armut. (vgl. Brundtland-Report)

Maria Mies (1995) entlarvt die Idee der „nachholenden Entwicklung“ eindeutig als Mythos, der zu „einer globalen Ideologie geworden“ (ebd., S. 89) ist, und der aufrechterhalten wird, um die Länder des Südens weiter in Abhängigkeit zu halten, auszubeuten und die Kosten unseres Wohlstandes sowohl auf die Menschen als auch auf den Naturraum dieser Länder abzuwälzen. Das Gefälle, bei dem die eine Seite „es schon geschafft hat“, die andere Seite noch einige Anstrengungen zu investieren hat, um es auch zu schaffen, bezieht sich aber nicht nur auf Industrie- und Entwicklungsländer, sondern auch auf Gegensätze wie Weiß - Farbig, Mann - Frau, Stadt - Land usw. Maria Mies zeigt auf, was auf der Hand liegt: die Entwicklungsländer, Frauen, Bauern, Farbigen können nicht „aufholen“, weil die Verteilung der Rollen sowohl systemimmanent sind, als auch zu dessen Aufrechterhaltung notwendig. Zum einen wird die Zeit nie reichen, denn die Industrieländer

entwickeln sich ja auch immer weiter, womit der Abstand konstant bleibt, da bei dieser Form der Entwicklung theoretisch keine Grenzen existieren. Zum anderen, und das ist das Hauptargument, basiert diese Ideologie auf Gewalt, mit der ressourcenreiche Länder (Frauen, Bauern, MigrantInnen, ...) kolonisiert und ausgebeutet werden. Doch die Erde ist begrenzt, es fehlt also weiterer Raum, den sich die Ausgebeuteten aneignen könnten, um eine ähnliche Entwicklung zu vollbringen und nicht zuletzt fehlt den Kolonisierten die Macht, eine solche Herrschaft auszuüben. Mies argumentiert weiter, daß der Lebensstandard der modernen Industriegesellschaften noch nicht einmal für alle auf der Erde wünschenswert ist, da der Preis hoch ist für den stets steigenden Lebensstandard: „das psychische Elend, die Einsamkeit, die Ängste, die Süchte und Abhängigkeiten, das Unglück und der Verlust an Identität“ (ebd., S. 91).

Nachhaltige Entwicklung erhebt im Gegenteil den Anspruch gleicher Verteilung der Ressourcen und Möglichkeiten. Sie öffnet den Blick dafür, daß Entwicklung im evolutionären, linearen und technologischen Sinn die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit weit überschreiten würde, würde nicht versucht werden, neue Perspektiven auf gesellschaftliche Veränderungen zu werfen. Demnach sprengt sustainable development das tradierte Bedeutungsfeld von „Entwicklung“ vor allem in zwei Richtungen auf:

*„Nachhaltige Entwicklung kann nicht als immanent konzipiert werden, da hierbei nicht nur endogene gesellschaftliche Potentiale entfaltet, sondern diese auch mit natürlichen Entwicklungsmöglichkeiten (und -grenzen) verknüpft werden müssen. Ebenso wenig ist nachhaltige Entwicklung als gerichtet, kontinuierlich und notwendig vorstellbar: sie kann Strukturbrüche mit einschließen und stellt einen offenen und kontingenten Prozeß dar, in dem Gesellschaften immer wieder versuchen müssen, ihre Dynamik mit der Stabilisierung ihrer natürlichen Grundlagen in Einklang zu bringen.“* (Wehling, 1997, S. 42)

Nachhaltige Entwicklung beschreibt demzufolge keinen „Entwicklungsprozeß“ (im herkömmlichen Sinn von Entwicklung), sondern eine Konstellation gesellschaftlicher und ökologischer Veränderungen, für die die Soziologie bisher keine Begrifflichkeit besitzt. Wehling plädiert dafür, nachhaltige Entwicklung als einen „Analyse-, Handlungs- und Konflikt-Rahmen (zu betrachten), innerhalb dessen unterschiedliche Gesellschaften jeweils eigene Entwicklungspfade definieren, einschlagen und erproben“ (ebd., S.40).

Von nachhaltiger Entwicklung zu sprechen, kann also irreführend sein, solange diese Vorstellung von Entwicklung in modernen Gesellschaften dominiert, bzw. auch das Fundament der kapitalistischen Marktwirtschaft ausmacht. Die internationalen Anstrengungen zum Diskurs um Nachhaltigkeit sind erst durch genau diese Entwicklung und ihre Folgen notwendig oder auch möglich geworden.

Auch Christoph Spehr thematisiert den Machtaspekt in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung kritisch. Er geht sogar so weit, zu sagen, daß die Auseinandersetzungen um Nachhaltigkeit im Grunde nur der Versuch der Herrschenden sei, das ins Wanken geratene System der Dominanz und Ausbeutung zu konsolidieren.

In seinem Buch „Die Ökofalle“ (1996) erläutert er seine Ansicht, der zu Folge der gängige Diskurs um Nachhaltigkeit weit weniger Ausdruck einer ökologischen als vielmehr einer sozialen Krise sei. Die herrschenden Machteliten - vor allem die Akteure der globalen Wirtschaft - bedienten sich dieses Diskurses, um ihre Herrschaft zu sichern. Die „Ökofalle“ besteht für Spehr in dem Umstand, daß ökologische Verhältnisse ohne Bezug auf den Herrschaftscharakter von Gesellschaften betrachtet werden. (vgl. ebd., S. 154) Die Ausdehnung der globalen Wirtschaft ist für ihn kein Weg, die ökologisch-soziale Krise zu lindern, sondern im Gegenteil, sie stabilisiert das Gefälle zwischen Norden und Süden nur weiter, worauf bisher auch alle Anzeichen hindeuten. Sein Weg aus der Krise besteht darin, die Interventionsmacht des Nordens zu verringern, das hieße aber auch, das Zurückdrängen des globalen Sektors im eigenen Land, um der lokalen Wirtschaft eine Chance zu geben.

Wie auch immer die Intentionen der unterschiedlichen AkteurInnen aussehen mögen, ich vertrete den Standpunkt, daß der Diskurs um „nachhaltige Entwicklung“ die Grenzen des Wachstums, und damit die Grenzen moderner Industriegesellschaften und der kapitalistischen Marktwirtschaft auf einer neuen - globalen - Ebene verdeutlicht. Ich sehe darin auch eine Chance, an der Gestaltung der Zukunft teilzunehmen. Es wird allerdings keine Rezepte geben, die die Situation von heute auf morgen verändern. Im Gegenteil: um einer lebenswerten Zukunft entgegen zu

gehen, wird es mühsamer Prozesse bedürfen, in denen Vieles neu auszuverhandeln sein wird - im Kleinen wie im Großen. Deshalb schlage ich vor, statt von nachhaltiger Entwicklung, von einem Weg zur Nachhaltigkeit zu sprechen. Wann immer der Begriff der nachhaltigen Entwicklung verwendet wird, ist es jedenfalls wichtig, dabei mit zu bedenken, daß sich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit auch das herkömmliche Bild von Entwicklung verändern wird.

### 1.2.7 Prozeßhaftigkeit

Der Diskurs um nachhaltige Entwicklung eröffnet die Möglichkeit, traditionelle, wissenschaftliche Paradigmen und auch Methoden grundsätzlich in Frage zu stellen. Die zunehmende Komplexität moderner Gesellschaften, und die von ihr erzeugten nicht kalkulierbaren Unsicherheiten und Risiken drängen auf neue Strategien, um mit den Unbestimmtheiten der Zukunft umzugehen. Dies erfordert neue Herangehensweisen an die selbstgemachten Probleme und an die Forschung zu deren Lösung. Das lineare Denken hat sich erübrigt, mehr noch, es hat sich selbst als ein zentraler Problemverursacher entlarvt. Damit werden auch traditionelle Problemlösungsstrategien hinfällig. Es bedarf Strategien, „die ermöglichen, die Zukunft für bestimmte Entwicklungen offen zu halten. Solche Optionen sind selbst unbestimmt und unbestimmbar. Sie sind als Prozesse, nicht als Endzustände oder visionäre Utopien zu denken, selbst wenn Zukunftsbilder immer ein unabdingbarer Bestandteil des Prozeßdenkens bleiben mögen.“ (Nowotny, 1996, S. 159)

Dies verweist auf einen weiteren zentralen Aspekt: Die Geschichte ist reich an Sozialutopien - insbesondere was Stadtmodelle betrifft - die einen statischen Endzustand proklamieren. Dabei wird der dynamische Aspekt der Gesellschaft zugunsten mehr oder weniger konkreter entwickelter Gesellschaftsordnungen weitgehend ausgeblendet.<sup>12</sup>

In der Soziologie hat Comte die Dichotomie von Statik und Dynamik eingeführt, wobei er - in einer Analogie zur Physik - die beiden Aspekte als getrennte postuliert, die mit unterschiedlichen Methoden zu analysieren seien und so zwei verschiedene Zweige der Soziologie begründen soll-

<sup>12</sup> Vgl. beispielsweise Howards Modell der Gartenstadt (Kap. 2), in dem insofern ein statisches Modell von Städten entworfen wird, als deren Wachstum an konkreten Grenzen Halt macht. Darüber hinaus gehender Bedarf soll in Form der Gründung neuer Gartenstädte gedeckt werden. Ziel ist, daß letztendlich jede menschliche Siedlung aufgrund des Erfolges der Pionierstädte zu einer Gartenstadt wird. Weder ökologische noch andere Grenzen sind in dem Modell angedacht, das zu der Zeit von den „unendlichen Schätzen“ des Planeten ausgeht. (Howard, 1968, S. 136)

ten. Comte drückte diese Dichotomie zugleich in politisch-kulturellen Begriffen als Verhältnis von „Ordnung“ und „Fortschritt“ aus. (vgl. Wehling, 1997, S. 43) Diese Sichtweise ist bis heute aktuell, allerdings erwies und erweist sich „die separate Behandlung der beiden Dimensionen (...) gegenüber der gesellschaftlichen Realität als unangemessen.“ (ebd.) Für die Soziologie charakteristisch ist, daß dieser Gegensatz bislang fast ausschließlich als innergesellschaftliches Verhältnis thematisiert, nicht aber auf das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur bezogen und in seiner Verschränkung mit ihr erkannt worden ist. Richtet man den Blick auf die ungeheure Dynamik des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses, wie sie sich besonders rasch in den letzten 200 Jahren abgespielt hat, wird die Vorstellung eines stabilen, gesellschaftlichen Zustandes obsolet. Es hat sich gezeigt, daß soziale Utopien nicht zu realisieren sind, weil „das stofflich-energetisch-industrielle System offensichtlich eine Eigendynamik besitzt, die sich jenseits der kulturellen-politischen Organisationsformen vollzieht, von diesen vielleicht gestört, nicht aber gesteuert wird. Das System scheint eine eigentümliche evolutionäre Selbständigkeit gewonnen zu haben, die Willens- und Entscheidungsprozessen unzugänglich bleibt.“ (Sieferle, 1997, S. 159)

Da ein permanent wachsendes System eine physikalische Unmöglichkeit ist, kann „Wachstum“ prinzipiell nur ein Übergangsphänomen sein; das heißt, daß wir uns in einem stetigen Transformationsprozeß befinden. Daher existiert, Sieferle folgend, eine „Industriegesellschaft“ im Sinne einer dauerhaften sozialen, ökonomischen oder politischen Struktur überhaupt noch nicht.

*„Was immer wir in den letzten zweihundert Jahren beobachtet haben mögen, was immer Gegenstand soziologischer oder ökonomischer Theoriebildung gewesen sein mag, es hatte lediglich den Charakter eines Schnitts durch einen hochdynamischen Prozeß, der prinzipiell nicht von Dauer sein kann. Was man für die Strukturanalyse einer Gesellschaft gehalten hat, waren nichts als Momentaufnahmen von Wandlungsprozessen, deren scheinbare Stabilität sich der Täuschung verdankt, daß man die kurze lebensweltliche Zeit des Beobachters mit der länger angelegten Dauer der Systemzeit verwechselt hat. Die Merkmale des Zustandes aber, auf welchen dieser Prozeß einschwenken wird, lassen sich aus den beobachteten Ordnungsmustern der Prozessualität selbst nicht ableiten.“* (ebd., S. 160)

Sieferle geht sogar so weit, die Idee der „Moderne“

- als einer stabilen, auf Dauer angelegten Industriegesellschaft - ins Reich der Fiktion zu verweisen. Seines Erachtens bleibt der Begriff völlig inhaltsleer angesichts der Tatsache, daß modern „der jeweilige Status quo sowie die Überwindung dieses Status quo zugleich (ist); es ist das, was geschieht, und zugleich das, was geschehen soll. Da man aber kein Wissen davon besitzen kann, wohin sich dieser Prozeß bewegt, ist 'modern' schlechthin alles, und das bedeutet: nichts.“ (ebd., S. 162) Das Denken unter der Begrifflichkeit der Moderne bedeutet ein Festhalten an dem alten Fortschrittsglauben. Da aber der Endzustand der Entwicklung offen bleiben muß, können sämtliche Orientierungsanstrengungen immer nur in Hinblick auf die Vergangenheit vorgenommen werden, von der sich der Prozeß wegbewegt. „Die Zukunft dagegen bleibt prinzipiell offen und entzieht sich jeder Beschreibung.“ (ebd., S. 161)

Solche Denkmuster sind allerdings recht verbreitet. Die Sehnsucht nach Stabilität scheint sehr groß zu sein. Zumindest existiert eine gewisse Erwartungshaltung in diese Richtung. In Diskussionen über mögliche Strategien auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist oft zu beobachten, daß die teilnehmenden AkteurInnen sich handfeste Ziele und Programme wünschen, deren Anwendung zu konkreten Ergebnissen führt, die sich am besten auch noch messen lassen. Doch dies ist nur ein (wichtiger) Teil, der mit herkömmlichen Methoden noch relativ einfach zu bewerkstelligen ist. Woran es mangelt und was es zu entwickeln und zu erproben gilt, sind neue Kommunikations- und Handlungsformen, die Teil eines stetigen Prozesses und damit auch ständig revidierbar sein müssen.

*„Wo eine Vorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklung nicht möglich, geschweige denn beherrschbar ist, gewinnt der lokale, variable, zeitliche und räumliche Kontext an Bedeutung. Die Vielzahl multipler Endperspektiven gewinnt Vorrang vor einer universellen oder generalisierbaren Exoperspektive. In einem Meer an Instabilität entstehen kleine Inseln von relativer Stabilität, die sich in einem emergenten, selbstorganisierenden Prozeß untereinander verbinden.“* (Nowotny, 1996, S. 160)

In dem Zitat von Helga Nowotny ist auch der Verweis auf die Bedeutung des lokalen Kontextes und die Dimensionen Raum und Zeit enthalten, die besonders in Bezug auf Stadtentwicklung eine wichtige Rolle spielen.

## 2 STADTENTWICKLUNG: HISTORISCHE ASPEKTE UND LEITBILDER

Das Leitbild der „nachhaltigen Stadt“ hat seine Wurzeln nicht nur in der Geschichte des Begriffes der Nachhaltigkeit, sondern auch und vor allem in der Stadtentwicklung der letzten 200 Jahre, als Antwort auf die im Zuge dieser Entwicklung entstandenen Probleme. Der rasante Wandel und vor allem das Wachstum der Städte infolge der Industrialisierung ist schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts Gegenstand vielfältiger Kritik. Insbesondere in London und Paris, die Europas erste Millionenstädte waren, regte sich sehr früh so etwas wie Großstadtfeindlichkeit und parallel dazu wurden Konzepte und Modelle entworfen, wie die Übel der Großstadt zu bewältigen wären. Solche Überlegungen schlugen sich in Sozial- und Stadtutopien nieder.

Ziel dieses Kapitels ist es, historische Leitbilder als Hintergrund für das Leitbild der nachhaltigen Stadt zu untersuchen, um herauszufinden, wo dieses anschließt, und was es von den historischen Leitbildern unterscheidet. Welche Mißstände beschreiben und bekämpfen die Leitbilder zu Beginn des Jahrhunderts? Welche Lösungsvorschläge werden dafür geboten? Und welche Vorstellungen von Gesellschaft lassen sich dahinter erkennen? Nicht zuletzt geht es um die Frage, welche Konsequenzen diese Leitbilder nach sich zogen, bzw. ob sich die formulierten Absichten verwirklichen ließen?

Idealvorstellungen von Stadt gibt es zumindest seit der Antike. Auch im zwanzigsten Jahrhundert sind eine Unzahl von Leitbildern formuliert und diskutiert worden. Dabei spielen das Leitbild der „Gartenstadt“ und das der „funktionellen Stadt“ eine besondere Rolle, weil sie anscheinend erheblichen Einfluß auf die Stadtentwicklung hatten - und bis heute viel Beachtung finden, bzw. den politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen entgegenkamen. Die Idee der Gartenstadt korrespondierte beispielsweise mit dem Wunsch nach einem „Eigenheim im Grünen“ - ein Wunsch, der heute noch von vielen gehegt wird. Die „funktionelle Stadt“ orientierte sich an einer fordistischen Betriebsorganisation und verstärkte die zunehmende Funktionstrennung.

Zuvor werden einige grundsätzliche Aspekte der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts dargestellt, da diese den Rahmen für die darauf folgende Stadtkritik darstellen.

### 2.1 RAHMENBEDINGUNGEN DER STADTENTWICKLUNG IM 19. JAHRHUNDERT

Ich gehe von der These aus, daß städtische Strukturen gesellschaftliche Strukturen und deren Machtverhältnisse abbilden. So formuliert Hoffmann-Axthelm, daß die Stadtstruktur „die materielle Seite, das gebaute Gehäuse sozialer Bindungen“ ist. (1993, S. 192) Demnach läßt sich das „Artefakt Stadt“ als Ausdruck politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse lesen. Städtebauliche Leitbilder sind Versuche, Wunschvorstellungen von Gesellschaft in gebaute Strukturen zu übersetzen. Sie stehen in engem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Visionen einer bestimmten Epoche.

Seit Beginn der industriellen Revolution haben sich sowohl das Stadtbild, als auch deren Funktionen drastisch gewandelt. Viele Bedingungen des modernen Städtebaus ergaben sich durch die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen im 19. Jahrhundert, deren Relikte bis in unsere Zeit wirken. Eines der markantesten Merkmale dieser Veränderungen ist die enorme Geschwindigkeit, in der sie sich vollziehen. Zentrales Moment der Entwicklung ist die moderne Marktwirtschaft, die die Ausformung der Städte entscheidend mitbestimmt. Die Entstehung des Kapitalismus hat sich über lange Zeit vorbereitet; durch die Industrialisierung konnte er sich aufgrund neuer Energieformen und damit einhergehender neuer Massenproduktionsformen voll entwickeln. Die Dynamik der neuen Wirtschaftsordnung verwandelte die hierarchisch gegliederte Ständeordnung in eine von widersprüchlichen ökonomischen Interessen geprägte Klassengesellschaft mit neuen bürgerlichen Schichten und einem anwachsenden Industrieproletariat.

Das 19. Jahrhundert ist politisch durch den liberalen Rechtsstaat geprägt, der die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft als Träger eines ökonomischen Strukturwandels vertritt, und „der die merkantilistische, auf Subsistenz und der Institution des „Ganzen Hauses“ gründende Wirtschaft in eine dynamische Industriegesellschaft verwandelte. „Den politischen Naturrechts- und Vertragstheorien entsprach dabei auf wirtschaftlicher Ebene die Theorie des freien Marktes“, wie sie insbesondere von Adam Smith im ausgehenden 18. Jahrhundert formuliert

wurde. (Böhme, 1996, S. 71) Ökonomen empfahlen ganz im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus, den öffentlichen Einfluß, auch in der Stadt- und Bauplanung, einzuschränken. Daraus resultierte die Freiheit der privaten Unternehmer im Immobilienbereich, wodurch der Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet wurde.

*„Nicht nur der Besitz an Grund und Boden wurde zu einem bürgerlichen Herrschaftsinstrument, sondern auch dessen räumliche Differenzierung im Stadtgebiet und seine schichtenspezifische Zuteilung. Die Stadtorganisation wurde nun gleichfalls verändert, so daß das zu ökonomischer und politischer Macht gelangte Bürgertum Stadtnutzungsschemata durchsetzen konnte, die einmal eroberte Privilegien in der materiellen Umwelt der Städte verankerten.“* (Reinborn, 1996, S. 24f)

In dieser „liberalen Stadt“ überlagerten sich private und öffentliche Initiativen, die weder umfassend geplant noch aufeinander abgestimmt waren, so daß als Ergebnis eine ungeordnete und unbewohnbare Umgebung entstand.

*„Die unternehmerische Freiheit des Einzelnen, die als Grundvoraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Industriegesellschaft galt, erwies sich als ungeeignet, um die mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbundenen Veränderungen im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus in geordnete Bahnen lenken zu können. Die ärmeren Teile der Bevölkerung waren von den schlechten Lebensbedingungen in den Industriestädten am stärksten und unmittelbarsten betroffen, aber auch die höheren Gesellschaftsschichten konnten sich ihnen nicht völlig entziehen.“* (Benevolo, 1983, S. 803)

Dieser soziale und ökonomische Wandel schuf ein radikal verändertes Bild der Stadt. (vgl. Reinborn, 1996, S. 26) Sie verlor ihre politisch begründete Einheit und Identität und ihren Charakter als bürgerliches Gemeinwesen. Nach der Revolution von 1848 entwickelte die siegreiche Bourgeoisie ein neues Modell der Stadtplanung. Die absolute unternehmerische Freiheit wurde durch Eingriffe der staatlichen Verwaltungsorgane eingeschränkt, die Bauvorschriften erließen und öffentliche Baumaßnahmen durchführten. Innerhalb der nun etwas enger gesteckten Grenzen hatte der einzelne Bauherr jedoch weiterhin völlige Freiheit. Nach dem neuen Modell anerkannten sowohl die öffentliche Verwaltung als auch die privaten Grundstücksbesitzer die Verfügungsgewalt des anderen in dessen jeweiligem Bereich mit genau festgelegten Grenzen. Die Verwaltung verfügte nun über so-

viel Grund und Boden, wie für die städtische Infrastruktur benötigt wurde. Alle Grundstücke, die durch diese städtische Infrastruktur urbanisiert, d.h. bebaubar gemacht wurden, standen ihren Besitzern zur freien Verfügung, die dadurch vom Zuwachs an Wertsteigerung profitierten. Weiters wurde die Nutzung der einzelnen Grundstücke vom jeweiligen privaten oder öffentlichen Besitzer festgelegt, wobei die Straßenfronten die Grenzlinien zwischen den öffentlichen und den privaten Bereichen waren und die Grundstruktur der Stadt bestimmten.

Die Bauweise in dieser „post-liberalen Stadt“ basierte auf einem „Fluchtlinienplan“, nach dem die Gebäude grundsätzlich in zwei verschiedenen Positionen stehen konnten: direkt an der Straßenfront oder abgelegen von der Straße. Ersteres war am besten geeignet für die Gebäude im Stadtkern, dem Zentrum des Handels, weil dies Straßen die Funktion von Korridoren für den Verkehr hatten und den im Parterre befindlichen Geschäften als Zugang dienten. Die in den oberen Stockwerken gelegenen Wohnungen und Büros mußten sich diesem primär an den Anforderungen des Verkehrs und des Handels ausgerichteten Schema unterwerfen und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen. Die weniger dichte Bauweise - abgelegen von der Straße - bot angenehmeres Wohnen, war aber nur am Stadtrand möglich. Beides war ökonomisch, denn die Bebauung mit geringerer Dichte (z.B. Villen) für Wohlhabende war teuer, und die weniger kostspielige Bebauung für untere Schichten war dafür mehrstöckig und von hoher Dichte. Da die Zahl der Wohnhäuser der einen oder anderen Art derartig zunahm, war in der Stadt selbst für ausgedehntere Gebäudekomplexe oder Industrieanlagen und Lagerhäuser, die ständig vergrößert werden mußten, kein Platz mehr. Diese Elemente wurden in einem dritten, konzentrisch um die Stadt verlaufenden Bereich angesiedelt. Dieser vorstädtische Bereich stellte eine Mischung aus Stadt und Land dar und wurde immer weiter zurückgedrängt, je mehr sich die Stadt ausdehnte.

Aufgrund des stetig zunehmenden Flächenmangels begannen die Akteure in der „post-liberalen“ Stadt die aus früheren Zeiten stammenden Stadtanlagen zu zerstören. Aus den ursprünglichen Straßen machten sie Durchgangsstraßen und schafften die Bereiche ab, die früher sowohl öffentlich als auch privat genutzt wurden.

Historisch waren allerdings nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Umstände maßgebend für die städtische Entwicklung. Unter der Perspektive der jeweils zur Verfügung stehenden Energieform lassen sich verschiedene Arten von Gesellschaften und deren Metabolismus unterscheiden.<sup>13</sup> Die Art des gesellschaftlichen Metabolismus hat Auswirkungen auf die Gestaltung der Landschaft und der Städte. Die vor etwa 5000 Jahren sich durchsetzende agrarische Zivilisation bedingte ein gegenüber Jäger- und Sammlergesellschaften starkes Bevölkerungswachstum, das zum Aufbau hierarchischer Strukturen beitrug. (vgl. Sieferle, 1997, S. 99f) Die Basis der agrarischen Zivilisation war die bäuerliche Bevölkerung, die mindestens 80% der Gesellschaft ausmachte. Daneben entstand ein städtischer und gewerblicher Sektor, der in der Regel auf die Bedürfnisse der herrschenden Klasse zugeschnitten war. Städte, die im Laufe der Entwicklung der Agrargesellschaften entstanden, waren häufig der Sitz des Herrschaftsapparates, der aus den Überschüssen der bäuerlichen Wirtschaft getragen wurde.

Die agri-kulturelle Stadt war von dem geprägt, was wir heute „Urbanität“ nennen. Sie vereinte unterschiedlichste Funktionen in sich, die eng mit dem Herrschaftssystem in Verbindung standen. Sie besaß fast immer eine militärische Festung und ein religiöses Verehrungszentrum; als Verwaltungszentrum bot die Residenzstadt Beschäftigung für eine Vielzahl von Menschen, die mit Vorratshaltung, Tributerhebung, Rüstung, Rechtspflege und Archivierung befaßt sind. In der Stadt wohnten Aristokraten, die die Nähe zum Hof suchten. Nahrungsmittel und Rohstoffe, die vom Land in die Stadt fließen, wurden dort weiterverarbeitet und konsumiert. Es siedelten sich zahlreiche Dienstleistungsberufe an, Handwerker, Tagelöhner, Künstler, Ärzte und Händler, die die Masse der städtischen Bevölkerung bildeten. (vgl. ebd., S. 108ff) Dadurch entstand ein reges und buntes Stadtleben auf einer sehr geringen Fläche, das durchaus nicht nur so rosig war, wie wir uns das heute gerne vorstellen. Aufgrund der unhygienischen Lebensbedingungen und der kurzen Übertragungswege für Krankheitserreger lag die Sterblichkeit dauerhaft über der Geburtenrate. Deshalb waren vorindustrielle Städte eine Art „Bevölkerungssenke“, die in der Lage war, ländlichen „Bevölkerungsüberschuß“ aufzunehmen, der in den Städten gleichsam „verschwand“. (vgl. ebd. S. 132)

In der Agri-Kulturlandschaft bildeten sich

menschliche Siedlungen in einer unnachahmlichen ästhetischen Individualität heraus. Obwohl die Hochkultur dazu neigte, sich universell auszubreiten, waren Architektur und Städtebau doch sehr regional geprägt. Ein Grund dafür war, daß zum überwiegenden Teil mit regional verfügbaren Materialien gebaut wurde, und daß sich regionale, handwerkliche Traditionen entwickelten, deren Stile nicht beliebig manipuliert werden konnten.

*„Selbst die idealen Planungsstädte rational geprägter agrarischer Zivilisation gewannen deshalb eine naturwüchsige Individualität, die sie untrennbar mit der umgebenden Landschaft verband. Sie können heute als Zeugnisse dafür gelesen werden, daß das Strukturprinzip der Agrargesellschaft, ihre Dezentralität, Insularität und Nichtverallgemeinerbarkeit sich selbst auf solchen Gebieten durchsetzte, wo ihm ein starker uniformierender Wille entgegen gesetzt wurde.“* (ebd. S. 123f)

Bis heute gilt das Bild der mittelalterlichen Stadt und das in ihr imaginierte Leben als Idealbild für Stadt überhaupt. Noch bestehende, historische Stadtteile dienen der Bevölkerung als wichtiges identitätsstiftendes Moment. Nicht umsonst gibt es seit Beginn des 20. Jahrhunderts Bestrebungen, im Sinne eines Heimat- und Denkmalschutzes diese historische Bausubstanz zu erhalten. Die Merkmale mittelalterlicher Städte wie Kleinteiligkeit und Differenziertheit, aber auch die Wiederholung der baulichen Strukturen und Elemente, führen zu Raumfolgen mit einem Wechsel von Enge und Weite und zur Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit.

*„Die Einheit von Form und Material, die Integration der Details in einen Gestaltrahmen und die Geschlossenheit von Form und Funktion sind (...) keineswegs Zufallsprodukte, sondern (...) Ergebnis eines Regelwerkes.“* (Reinborn, 1996, S. 12)

Die kompakte Stadtanlage als Ausdruck einer gegliederten Gemeinschaft beruht auf der sozialen Ordnung der damaligen Gesellschaft, die sowohl durch innere Notwendigkeiten und Zwänge, als auch durch äußeren Druck geprägt war. Heide Berndt ist der Ansicht, daß die Verklärung der mittelalterlichen Stadt als Ideal eines „organisch gewachsenen, harmonischen Gebildes“ sich weniger auf die ästhetischen Vorzüge bezieht, als auf die zu Wunschbildern ästhetisierten gesellschaftlichen Ordnungsverhältnisse; verklärt werde also die mittelalterliche hierarchische Ständeorganisation. (vgl. Berndt, 1968, S. 55f)

<sup>13</sup> vgl. den Abschnitt über "Metabolismus und Kolonisierung von Natur" in Kapitel 1.

Die mittelalterliche Funktionsmischung auf engstem Raum wurde das Opfer einer räumlichen Ausdifferenzierung der menschlichen Funktionsbereiche. Durch zunehmend arbeitsteilige Wirtschaftsprozesse kam es zu Spezialisierungen und damit zu Funktionstrennungen, die auch durch neue technische Möglichkeiten forciert wurden. Vor allem die Entwicklung neuer Verkehrsmittel, die zunehmend für immer breitere Bevölkerungsschichten zur Verfügung standen, ermöglichte die räumliche Ausdehnung der Städte. Im Gegensatz zum Städtebau unserer Zeit handelte es sich aber im 19. Jahrhundert immer noch um baulich gefaßte, und damit räumlich mehr oder weniger geschlossene Stadträume. Größere Unterbrechungen im Stadtbild oder gar lockere Bauweise waren Hinweise auf den Stadtrand und den Übergang zur freien Landschaft.

Die nach der industriellen Revolution entstandenen veränderten Stadtstrukturen verdanken ihre Existenz - unter anderem - einem grundsätzlichen Wandel der Systembedingungen, und zwar der Nutzung von fossilen Ressourcen als Energieträger. Erst mit Hilfe des massiven Einsatzes von Steinkohle im 19., Erdöl und Erdgas im 20. Jahrhundert entfaltete sich das, was üblicherweise als Industrialisierung oder Modernisierung bezeichnet wird. Durch diesen Wandel des Energiesystems, der mit einer spezifischen ökonomischen und sozialen Dynamik einherging, kam es zu einer Phase von außerordentlichem Wachstum der Wirtschaft, das von einem eben solchen Wachstum der Bevölkerungszahl, des Pro-Kopf-Verbrauchs, des Stoffumsatzes und der Umweltverschmutzung begleitet war. „Explosiver Wandel, Wachstum und Transformationen sind zur Signatur eines ganzen Zeitalters geworden.“ (Sieferle, 1997, S. 150)

Zu Beginn formierten sich die Industrieanlagen noch in relativer Nähe zu den Förderstätten und bildeten damit eindrucksvolle Ausnahmen in einer sonst noch weitgehend von Landwirtschaft geprägten Landschaft. Durch die industrielle Massenproduktion wurde nun eine große Menge standardisierter Waren erzeugt, die mit Hilfe der Eisenbahn zunehmend flächendeckend verteilt werden konnten. Damit wurden traditionelle Herstellungsmethoden nach und nach obsolet, was zu gravierenden Veränderungen hin zu einer ästhetischen Nivellierung vor allem auch im Bauwesen führte. Zunächst wurden die Stile

beliebig. (vgl. ebd. S. 184) Im frühen 20. Jahrhundert formierten sich schließlich zwei Gegenbewegungen zu dieser Tendenz der stilistischen Verflüssigung und Pluralisierung: einerseits der Historismus und Denkmal- und Heimatschutz, und andererseits der architektonische Funktionalismus. Diese beiden Richtungen haben ihre Wurzeln in zwei deutlich unterscheidbaren Tendenzen im städtebaulichen Denken des 19. Jahrhunderts, nämlich in einem „retrospektiv-konservativem“ und in einem „optimistisch-progressiven“ Denkansatz. Solche Polaritäten finden sich auch in der Auseinandersetzung zwischen einem künstlerischen gegenüber einem technischen Städtebau, die z.B. um die Jahrhundertwende durch die Namen Sitte (1889) und Baumeister (1876) bestimmt wird; sie setzt sich fort in dem teilweise erbittert verfochtenen Gegensatz von konservativem bis nationalistischem (z.B. Gartenstadtbewegung) und fortschrittlichem bis technikgläubigem (z.B. Neue-Bauen-Bewegung) Städtebau. (vgl. Reinborn, 1996, S. 18 und S. 34)

### 2.1.1 Die veränderte Rolle der Architekten

Die technischen Errungenschaften der industriellen Revolution brachten auch für den Berufsstand der Architekten Veränderungen. Ursprünglich dürfte die Regelung des Baugeschehens direkt auf der Baustelle durch den Baumeister und den Bauherren vorgenommen worden sein.<sup>14</sup> Erst durch Fortschritte in der Zeichentechnik, besonders in der Perspektivdarstellung, wird es ab der Renaissance möglich, großzügige und geradlinige Stadumbauten und Neugründungen planerisch durchzuführen, da die Plandarstellungen auch vermessungstechnisch immer besser umgesetzt werden konnten. Neben den Regeln für das Bauen entstanden zusätzliche städtebauliche Regeln. Durch die zunehmende zeichnerische Vorbestimmung bekamen die Stadtgrundrisse einen immer stärkeren grafischen Charakter. (Reinborn, 1996, S. 16f)

Mit verbesserten Möglichkeiten der Darstellung änderte sich auch der professionelle Status des Künstlers und Architekten. Da er durch eine klare Trennung zwischen Planung und Ausführung nicht mehr an Aufträge einer Stadt gebunden war und an verschiedenen Orten arbeitete, erlangte er größere Unabhängigkeit von den Auftraggebern, mit denen er bis dahin nur durch ein Vertrauensverhältnis verbunden war. Seine Aufgaben bezo-

<sup>14</sup> Darüber können nur Vermutungen angestellt werden, weil es weder aus dem Mittelalter noch aus der griechischen oder römischen Antike erhaltene Pläne gibt.

gen sich nunmehr ausschließlich auf die Planung der Gebäude; die Ausführung lag in den Händen von Bauarbeitern und ihren Organisationen. Dadurch war der Architekt nicht mehr Handwerker, sondern rückte in die Nähe der freien Künste, der Wissenschaft und der Literatur. Auch für den Städtebauer ergaben sich neue Aufgabenfelder: Technische Erfordernisse verlangten nach rationalen Planungen, während die Ausbildung der Stadträume künstlerisches Gestaltungsvermögen voraussetzte.

*„Diese Spaltung des Berufsbildes hat besonders um die Jahrhundertwende die Gemüter der Fachleute erhitzt, ohne daß Lösungen gefunden wurden. Die Komplexität verschiedener Planungsaufgaben hat schließlich dazu geführt, daß viele Fachdisziplinen sich des Themas Stadt angenommen haben und häufig in Kooperation planerisch wirken.“* (ebd. S. 17)

Hoffmann-Axthelm, der sich auch mit der Geschichte der Stadterweiterungen der letzten hundert Jahre auseinandergesetzt hat, beschreibt einen weiteren Aspekt, der sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit der Herstellung der Stadterweiterungen ergab: die Stadtplanung wird zu einem vermeintlichen Instrument der Gesellschaftsplanung, „die über eine als Instrument verstandene Stadtplanung Sozialpolitik betreibt und über Lebens- und Gewinnchancen zu entscheiden vorgibt. Der technische Zugriff auf die Gesellschaft ist dabei der entscheidende Punkt: Hier entsteht die Fiktion einer Modellierbarkeit über Planungsverfahren in der Fläche.“ (1995, S. 1397) Fiktion deshalb, weil die praktische Verfügungsgewalt der Planer gegen den Widerstand der tradierten Verhältnisse seit jeher eher gering sei.

*„Jede Planungsgeschichte eines Idealgrundrisses ist eine Geschichte der Fehlschläge, der Widerstände, der Rückfälle und der Wiederaneignung idealisierter Räume durch die nutzwertorientierten Untertanen.“*<sup>15</sup> (ebd. S. 1398)

Die Entstehung der „modernen Planfigur“ ergab sich aus der Ablösung von der Willkür des ancien régime, die zu jener Figur „politikneutraler Sachkompetenz“ und „unbedingter Staatsidentifikation“ führte, die bis heute den Kern des Planerbewußtseins ausmacht, wie Hoffmann-Axthelm meint. Es ging nun nicht mehr darum, das Vorhandene rationaler zu organisieren, sondern es gab seit der Französischen Revolution ein neues

Thema: die neue Gesellschaft. Der Glaube nahm überhand, daß diese neue Gesellschaft durch Stadtplanung, durch den Bau der neuen Stadt, erzeugt werden könnte. Diese Vorstellung schlug sich in einer Unzahl von Idealstadtmodellen nieder. Hoffmann-Axthelm spricht von der „Diktatur des Technikers im Interesse des Gesamtwohls“. Das liberale Bürgertum war dabei der Träger der Kommunalpolitik, in deren Interesse die „soziale Frage“ mit städtebaulichen Mitteln gelöst werden sollte. Die Lösung „der sozialen Frage“ ergab kein Stadtbild, sondern erschöpfte sich in technischen Maßnahmen, wie Kanalisation, Verkehrswege, Belüftung, Grünflächen, Krankenhäuser und Asyle. Die „bevorzugten neutralen Kanäle“ zur Bewältigung des Massenelends waren Verkehr und Hygiene, eine „zähe Allianz“, die bis heute wirksam ist und die unter anderem das „Stadtideal der funktional entflochtenen, in Siedlungszellen zwischen Stadt- und Autobahnen aufgegliederten Stadt geschaffen und praktisch durchgesetzt hat.“ (ebd. S. 1399) Entscheidend ist, daß die „soziale Frage“ politisch als Wohnungsfrage wahrgenommen und bearbeitet wurde, wobei sich „Strategie und naturwüchsige Dynamik, Ideologie und Druck der Verhältnisse“ hoffnungslos zu vermischen begannen.

## 2.2 AUSGEWÄHLTE LEITBILDER DES STÄDTEBAUS IM 20. JAHRHUNDERT

Diese Entwicklung möchte ich exemplarisch an zwei zentralen Leitbildern im 20. Jahrhundert abhandeln: an der Gartenstadt und an der funktionalen Stadt. Dabei habe ich mir die Frage gestellt, auf welche Funktionsprobleme diese Leitbilder eine Antwort zu geben versuchen, und welche gesellschaftlichen Modelle hinter den Leitbildern stehen. Einzelne Leitbilder isoliert darstellen zu wollen, birgt gewisse Probleme, da dies eigentlich nicht möglich ist. Leitbilder sind nicht eindeutig abzugrenzen, sie überlappen sich und entstehen oft als Kritik zur vorangehenden Epoche; sie nehmen immer auch Ideen und Elemente aus früheren Zeiten auf und wirken auf unterschiedliche Weise und zeitlich verzögert in der Zukunft.

Die Leitbilder sind verwoben in die jeweiligen historischen Bedingungen, in deren politisches und soziales Gefüge und die wissenschaftlichen und verwaltungstechnischen Vorgehensweisen im Städtebau.

<sup>15</sup> Die Aneignung der städtischen Räume durch die BewohnerInnen ist in der Vergangenheit kaum thematisiert worden. Im Zuge der Diskussion um Nachhaltigkeit erhält dieser Aspekt neue Bedeutung.



*„Leitbilder des Städtebaus und der Stadtplanung, wie sie die Geschichte aufweist, stellen meist eine Mischung aus aktueller Städtebaulehre mit politischen, sozialen und kulturellen Faktoren dar.“* (Schmidt, 1990, S. 11)

Daneben spiegeln sie immer auch die zeitbedingte Diskussion um die „richtige“ Stadtgestalt wieder. Ein städtebauliches Leitbild ist damit als Ergebnis eines umfassenden gesellschaftlichen Prozesses und Ausdruck gesellschaftlicher Strömungen zu betrachten.

Einzelne Vertreter entwickeln ihre Vorstellungen auch im Laufe ihrer Arbeit oft über Jahrzehnte hinweg weiter, sie setzen sich gegen ganz bestimmte andere Vorstellungen ab und artikulieren Konflikte, die nur vor dem Hintergrund der Zeit anschaulich werden. Dennoch habe ich versucht, gewissermaßen in idealtypischer Form, einige Grundideen herauszuarbeiten. Ähnlich verhält es sich auch mit den dahinter liegenden Gesellschaftsbildern der Stadtplaner.

Leitbilder werden in den gängigen Darstellungen oft zu bestimmten Jahrzehnten zugeordnet (z.B. das Prinzip der gegliederten und aufgelockerten Stadt als Leitbild der 50er Jahre). Eine solche Zuordnung kann aber lediglich zu einer ungefähren zeitlichen Verortung dienen, da sie bei verschiedenen Autoren zum Teil auch unterschiedlich ausfällt (vgl. Reinborn, 1996; Müller-Raemisch, 1990).

### 2.2.1 Gartenstadt

Aus der Industrialisierung resultierte eine starke Landflucht, die entscheidend zu dem schnellen Urbanisierungsprozeß besonders ab Mitte des 19. Jahrhunderts beitrug. Angesichts der unmenschlichen Verhältnisse der Industriestädte und der Angst vor dem Verlust jeglicher sozialer Struktur, wurde - zunächst in England - politischer Handlungsbedarf auf drei Ebenen formuliert: Wohnungsreform, Bodenreform und Sozialreform. (vgl. Reinborn, 1996, S. 31ff) Die Wohnungsreform sollte einerseits eine Verbesserung der hygienischen Bedingungen bewirken und andererseits angemessenen Wohnraum für die Arbeiterklasse bereitstellen. Die Sozialreform beschäftigte sich mit den gesellschaftlichen Folgen der Wohn- und Umweltbedingungen. Ihr

Anliegen war die Veränderung der Gesellschaft, die sich in einer großen Anzahl von Gesellschaftsutopien äußerte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war - neben einer technisch-rechtlichen Ausprägung - ein wesentlicher Teil der Stadtplanung stark sozial orientiert. Dabei stellte sich - unter anderem auch für Ebenezer Howard, dem Begründer der Gartenstadtdie - die Frage nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus (der damals noch als Individualismus bezeichnet wurde) und Kommunismus.

*„Man wendet gegen den Kommunismus und sogar gegen einen restlos verwirklichten Sozialismus ein, daß er dem Menschen nicht die Freiheit läßt, seine von Natur vielseitigen Bestrebungen zu verwirklichen. Vielleicht wird er allen Brot geben; aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Die Zukunft liegt wahrscheinlich bei denen, die den Gegensatz zwischen Sozialismus und Individualismus in einer echten, lebendigen und organischen Gesellschaft überwunden sehen wollen. An ihrem Staat wird Individualismus sowohl als Sozialismus teilhaben. Dann wird die Barke, welche den Menschen unserer Kultur und sein Schicksal trägt, einen sicheren Kurs zwischen der Scylla Anarchie und der Charybdis Tyrannie steuern.“* (Daily Chronicle, 2.7. 1894; zitiert nach Howard, 1968, S. 115)

Die Bodenreform, die untrennbar mit der Wohnungs- und Sozialreform verknüpft war, stellt immer wieder eine zentrale Frage für städtebauliche Leitbilder dar. Die kontinuierliche Verstädterung und das starke Anwachsen der städtischen Bevölkerung führte zu einer stetigen Verteuerung des Bodens, die besonders die Masse der Arbeiter, die in den Stadtvierteln mit den höchsten Bodenpreisen wohnten, traf. Der Besitz an Boden war in den Händen nur weniger, die von dem Wertzuwachs des innerstädtischen Grundes profitierten und damit spekulierten. In Bezug auf die Bodenreform wurde die Besteuerung oder die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung des Bodens diskutiert.

Das Konzept der Gartenstadt hat seine Wurzeln im frühen 19. Jahrhundert. Schon damals werden die ersten Vorschläge gemacht, wie man die Städte auflösen könnte. Seitdem haben Dichter die Großstadt beschrieben und verflucht<sup>16</sup>, Sozialreformer, Verwaltungsleute, sogar Politiker

<sup>16</sup> Heinrich Heine beschrieb zum Beispiel schon 1828 das Phänomen der nicht mehr faßbaren Größe einer Menschenansammlung: „Ich habe das Merkwürdigste gesehen, was die Welt dem Geiste zeigen kann, ich habe es gesehen und staune noch immer - noch immer start in meinem Gedächtnisse dieser steinerne Wald von Häusern und dazwischen der drängende Strom lebendiger Menschengesichter mit all ihren bunten Leidenschaften, mit all ihrer grauenhaften Hast der Liebe, das Hungers und des Hasses ... dieser bare Ernst aller Dinge, diese kolossale Einförmigkeit, diese maschinenhafte Bewegung, diese Verdrießlichkeit der Freude selbst, dieses übertriebene London erdrückt die Phantasie und zerreißt das Herz.“ (diese "Englischen Fragmente" wurden erst nach Heines Tod 1868 veröffentlicht; zitiert aus dem Vorwort Poseners zu Howard, 1968, S. 20)

haben den Wildwuchs der Stadt beklagt, und einige haben immer wieder nach Mitteln und Wegen gesucht, dieses „krebsartige Wachstum“ aufzuhalten.

Aus dieser Haltung resultierte die Großstadtfeindlichkeit, die viele dazu motivierte nach Alternativen zu suchen, die oft darauf hinausliefen, Stadt und Land wieder in einen engeren Zusammenhang zu stellen.<sup>17</sup> Die zahlreichen regressiven Utopien einer konservativen Großstadtkritik, die im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts formuliert wurden, waren Teil einer umfassenden Zivilisationskritik. Die Vertreter dieser Utopien sahen die Schuld an der Zerstörung nicht in der Industrialisierung im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern schlicht in der Großstadt selbst mit ihrer unmäßigen Zusammenballung von Menschen aus verschiedenen Schichten, die Elend, Krankheit, Kriminalität und Aufruhr provozierte.

*„Für sie [die Vertreter der Utopien; Anm. d. Verf.] hieß die Lösung des Problems deswegen Rückkehr zu einer ständisch gegliederten agrarisch geprägten, sozial heil gewünschten Gesellschaft und die Auflösung der Großstadt.“* (Böhme, 1996, S. 72)

Die Frühsozialisten Robert Owen, Charles Fourier und Etienne Cabet forderten dagegen nicht die Rückkehr zu einer alten, bereits überholten Gesellschaftsordnung, sondern ein völlig neues Modell der Gesellschaft. Obwohl die Experimente der utopischen Sozialisten scheiterten, gingen viele ihrer Vorstellungen in die bürgerlichen Reformbestrebungen ein<sup>18</sup>: die sich selbst genügende, autarke Gemeinde, Aufhebung des Bodeneigentums, eine begrenzte Einwohnerzahl und der Versuch einer Synthese von Stadt und Land.

Durch Marx und Engels erfuhren die frühsozialistischen Entwürfe eine besonders scharfe Kritik, da zuerst die politischen und gesellschaftlichen

Verhältnisse revolutionär verändert werden müßten. Für Engels war die Lösung der Wohnungsfrage und damit das Problem der Städte verbunden mit der Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaft.

*„Die marxistische Kritik war vor dem Hintergrund des liberalistischen Manchester-Kapitalismus zutreffend. Aber dadurch, daß sie auf einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft insgesamt bestand und an der Diskussion um stadtplanerische Maßnahmen nicht mehr teilnahm, entglitt ihr dieser Bereich der kritischen politischen Diskussion, die mit zunehmender Staatsintervention an Aktualität gewann.“* (ebd., S.74)

Trotz allem war es das Verdienst der Frühsozialisten, die gegenseitige Abhängigkeit von Sozial- und Raumplanung aufgezeigt zu haben, wobei für sie die politisch-sozialen Überlegungen im Vordergrund standen. In Bezug auf die politischen Durchsetzungsstrategien waren sie allerdings sehr naiv und sie überschätzten den Beitrag baulicher Modelle zur Lösung sozialer Probleme.

Seit dem frühen 19. Jahrhundert gab es also unterschiedlichste Ansätze und Bemühungen in diese Richtung, auf die Ebenezer Howard sich bereits beziehen konnte.<sup>19</sup> Howards Stadtentwurf „Garden Cities of Tomorrow“<sup>20</sup> wurde besonders berühmt.

Ebenezer Howard, ein englischer Parlamentarier, entwickelte die Idee der Gartenstadt als soziale Utopie, mit der er dem Problem der stetigen Bevölkerungszunahme in den Städten und den damit in Zusammenhang stehenden Problemen eine Alternative entgegensetzen wollte. Sein Modell hatte zum Ziel, neue Städte zu gründen, die letztlich eine so positive Ausstrahlung auf die bestehenden Städte hätten, daß sich auch die Probleme in ihnen lösen würden. Für ihn war das Hauptproblem nicht nur das Wachstum der Städte, sondern der Umstand, daß die Stadt das Land leersaugt, und daß sie damit Elend anhäuft.

17 "So wie Mann und Weib einander durch ihre verschiedenartigen Gaben und Fähigkeiten ergänzen, so sollen es auch Stadt und Land tun. (...) Stadt und Land müssen sich vermählen, und aus dieser erfreulichen Vereinigung werden neue Hoffnung, neues Leben und eine neue Kultur entstehen." (Howard, 1968, S.58)

18 Insbesondere Cabets Modell, der ein völlig rationalisiertes, minutiös geregeltes, vom Staat kontrolliertes, angepaßtes und eingerichtetes Leben plante, kam, ganz wider seine Absichten, den konservativen bürgerlichen Führungseliten und ihren Bemühungen entgegen, durch partielle technische Maßnahmen und Reformen ihre Vorrangstellung zu festigen und revolutionären Erhebungen vorzubeugen.

19 Howard selbst erwähnt in seinem Buch drei verschiedene Pläne, die er zu einem Ganzen zusammengeschmolzen habe, wobei er die besten Bestandteile entnommen hätte und die Gefahren und Schwierigkeiten zu vermeiden suchte: 1. Die Vorschläge von E.G. Wakefield (um 1849) und Prof. Alfred Marshall für eine organisierte Siedlungsbewegung der Bevölkerung; 2. Das System eines Bodenrechts, wie es zuerst von Thomas Spence (um 1775) vorgeschlagen und später - mit Abänderungen - von Herbert Spencer (um 1891) vertreten worden ist; 3. Die Musterstadt von James Silk Buckingham (um 1849). (vgl., Howard, 1968, S.121)

20 Howard veröffentlichte seine Ideen bereits 1898 unter dem Titel „Tomorrow“. 1902 gab es eine Neuauflage mit dem Titel „Garden Cities for tomorrow“. Die deutsche Ausgabe „Gartenstädte in Sicht“ erschien 1907 und wurde von Julius Posener 1968 neu herausgegeben, um dieses „gründlich mißverständene Buch“ wieder ins rechte Licht zu rücken.

Howard hält eine tiefere Analyse der Ursachen, die das Volk bewegen, in die großen Städte zu ziehen, nicht für notwendig, da für ihn feststeht, daß es sich dabei schlicht um „Anziehungskräfte“ oder „Magneten“ handelt, denen noch stärkere Magneten entgegengesetzt werden müßten, damit die Menschen sich wieder vom Land angezogen fühlten.

*„Da nun jede Stadt als ein Magnet und jeder Mensch als eine Magnetnadel angesehen werden kann, so ist es einleuchtend, daß man eine gesunde Neuverteilung der Bevölkerung ohne gewaltsame Mittel nur herbeiführen kann, wenn man neue Magneten von noch größerer Anziehung zu schaffen weiß, als es unsere Städte sind.“* (Howard, 1968, S. 54)

Einen solchen „Magneten“ sieht er in seinem neuen Stadtmodell gegeben, dem Stadt-Land (Town-Country), das frei von allen Nachteilen ist, wie sie sowohl ein Leben auf dem Lande, als auch das Leben in der Stadt darstellen. Howard resümiert:

*„Kurz, der Zweck des Planes besteht darin, daß man allen wirklich tüchtigen Arbeitern, gleichviel welcher Klasse sie angehören, ein höheres Maß von Gesundheit und Wohlbefinden bieten will. Das Mittel für diesen Zweck ist eine gesunde, natürliche und wirtschaftliche Vereinigung von Stadt- und Landleben, und zwar auf Grund und Boden, der sich im Gemeindegut befindet.“* (ebd. S. 60f)

Wenn sich seine Idee erst einmal durchgesetzt hätte, würden alle Menschen die Vorteile des Stadt-Land sehen und nur in einem solchen leben wollen.

Die Verhältnisse in der Großstadt selbst zu verändern, hält er für einen zu großen Schritt auf einmal. Dieses Problem würde sich ebenso lösen, sobald sein Experiment den Beweis angetreten habe, daß es funktioniere und sich universell ausbreiten würde. Dann nämlich lebten so viele Menschen in Gartenstädten, daß sich die Großstadt automatisch entvölkern würde, und damit Raum offen ließe, sie nach den Prinzipien der Gartenstadt zu gestalten. (vgl. ebd. Kap. 13)

Die Ziele, die Howard verfolgte, sind sowohl räumlicher, als auch sozialer und organisatorischer Art. Er schlägt vor, neue Städte auf bisher landwirtschaftlichem - also weitgehend unbebautem - Boden zu gründen. Industrie und Bodenspekulation sollten nicht abgeschafft, sondern anders organisiert werden. Die neue Stadt sollte ihre Einkünfte aus genossenschaftlichen Vereinigungen beziehen, wobei vor allem Grund und Boden der Gemeinde gehörten, der die

Spekulationsgewinne zustünden. Auf diese Weise würden die Gewinne aus der Wertsteigerung bei Erschließung des Bodens nicht in private Hand gelangen, sondern „sozialisiert“ werden, damit sie allen Gemeindebürgern in Form verbesserter öffentlicher Dienstleistungen (gute Straßen, Schulen und Krankenhäuser), sowie durch Steuernachlaß zugute kämen. Durch die enge Verbindung der Stadt mit der Landwirtschaft, die sich in einem Ring um die Stadt befindet, sollten gleichzeitig direkte Absatzmärkte für die Bauern vorhanden sein. Durch die Reduktion der Transportkosten erhoffte er sich Gewinne, die sowohl den Bauern als auch den Konsumenten zugute kommen würden. Er dachte auch daran, die biologischen Abfälle als Dünger wieder zurück auf die Felder zu bringen. Das heißt, es finden sich eine Reihe von Ansätzen, wie sie auch heute wieder mit dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft gefordert werden.

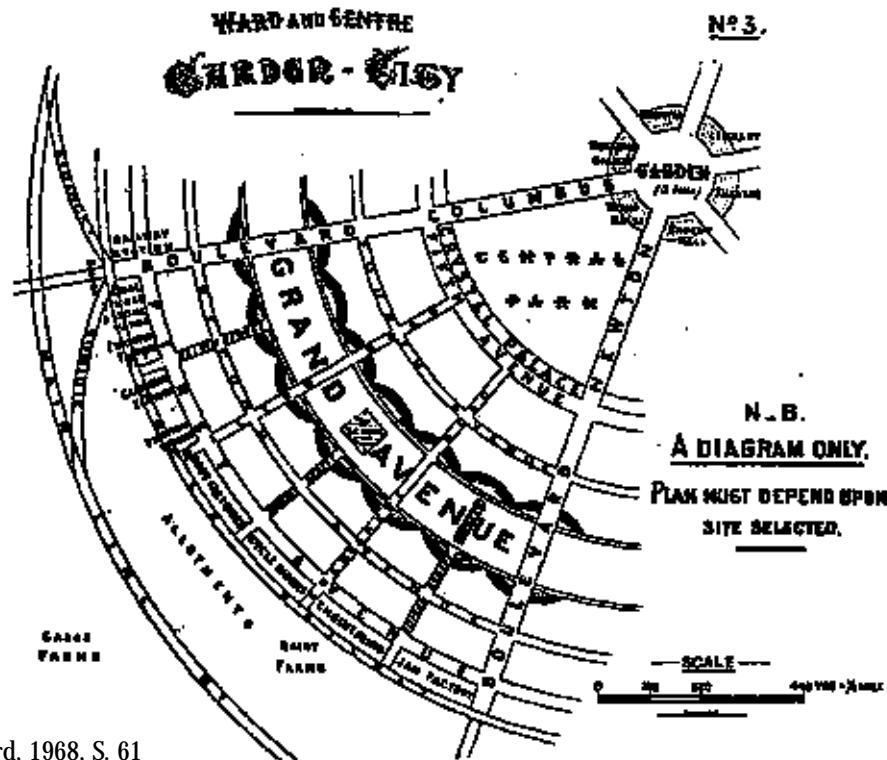
Howard machte sich weitere Gedanken über die Arbeitsmöglichkeiten: Ausreichend Arbeitsplätze gäbe es einerseits durch die notwendige Bautätigkeit und andererseits durch die Industrie, die sich ebenso ansiedeln soll. Es war auch an die Schaffung von Arbeitsplätzen in „Eigenbetrieben“ gedacht.

Wichtig und viel betont ist bei Howard der Umstand der Freiwilligkeit, sein Plan basiert auf keinerlei Zwangsmaßnahmen, sondern verläßt sich auf die regulativen Kräfte einer überschaubaren Gemeinschaft, die sich selbst organisiert. „Ihn interessierte die freie Initiative des einzelnen ebenso sehr wie die Kontrolle, die die Gemeinschaft ausübt.“ (Osborn, zitiert nach Howard, 1968, S. 165)

Die Wirtschaft sollte sich im Rahmen bestimmter gemeinschaftlicher Übereinkünfte im Sinne der Unternehmer und Händler frei entfalten können. Howard entwickelte ein relativ detailliertes Verwaltungsschema, das aus einer Zentralverwaltung und verschiedenen Gruppen von Verwaltungsabteilungen zusammengesetzt ist, deren Mitglieder von den Grundstückspächtern gewählt werden sollen. (vgl. ebd. Kap. 6, S. 94ff) Diese Verwaltung würde sich je nach Bedarf entwickeln, so daß „pro-munizipale Unternehmungen“ (philanthropische und wohltätige Institutionen, religiöse Gesellschaften und Erziehungsanstalten der verschiedensten Art, Spar- und Unterstützungskassen, Baugenossenschaften, etc.) entstünden, um die „Wohlfahrt und Weiterentwicklung dieses Gemeinwesens zu fördern.“ (ebd. S. 109)



## Abbildung 2: Teil des Planes der Gartenstadt



Quelle: Howard, 1968, S. 61

Gartenstädte mit etwa 32 000 Einwohnern gruppieren, die untereinander mit der Zentralstadt durch Eisenbahnlinien verbunden sind.

Um die Durchführbarkeit seiner Ideen unter Beweis zu stellen, gründete Howard bereits 1899 die Gartenstadtbewegung, durch die in der Umgebung von London zwei neue Städte angelegt wurden: Letchworth im Jahre 1902 und Welwyn Garden City 1919. Die Idee, mit den neuen Städten autarke, wirtschaftlich verwaltete Enklaven zu schaffen, die der Allgemeinheit zugute kommen sollten, konnte sich in der Form nicht durchsetzen; aber vor allem das räumliche Modell war allerdings für weitere Konzepte und Leitbilder anschlussfähig. 1941 wurde die „Garden City Association“ zur „Town and Country Association“, und einige Grundsätze fanden Eingang in ein Gesetz über Stadt- und Landesplanung<sup>22</sup>. Der „Greater London Plan“ von Patrick Abercrombie sah zehn Gartenstädte für Londons äußeren Ring vor. In der Zeit von 1946

- 1949 wurden zur Entlastung Londons acht weitere „New Communities“ gebaut, die aber nicht mehr viel mit der ursprünglichen Idee zu tun hatten. Sie sind der Beginn der sogenannten Satelliten- oder Trabantenstädte, die von der üblichen großstädtischen Bebauung abweichen.

Auch international gab es eine Reihe von Ländern, in denen sich Gartenstadtbewegungen gründeten.<sup>23</sup> In Deutschland leistete Theodor Fritsch unabhängig von Howard mit seinem Buch „Die Stadt der Zukunft“, das 1896 im Eigenverlag erschien, gedankliche Vorarbeit für die deutsche Gartenstadtbewegung. Im Gegensatz zu Howard, der in seinem sozialreformerischen Ansatz großes soziales Engagement und einen hohen Idealismus an den Tag legte, um die Situation der gesamten Bevölkerung zu verbessern, waren Fritschs Vorschläge von einer nationalistischen und antisemitischen Haltung geprägt. Fritschs räumliches Modell ähnelt dem Howards sehr, bei Fritsch sollte die Stadt aber in unter-

<sup>22</sup> So zum Beispiel: Entballung überfüllter Städte, Verteilung des Überschusses der Industrie und der Bevölkerung in neue Lebenszentren und das Offenhalten breiter Gürtel offenen Landes zwischen besiedelten Gegenden. (Osborn, Vorwort zur englischen Neuausgabe von 1946, zitiert nach Howard, 1968, S. 171)

<sup>23</sup> Seit 1904 wurden außer in Großbritannien auch in Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Spanien, Rußland und den Vereinigten Staaten solche Verneigungen gegründet. Die meisten davon wandelten sich später in Gesellschaften für Stadt- und Regionalplanung im allgemeinen um, oder schlossen sich solchen Verbänden an. (ebd. S. 175)

schiedliche Nutzungsringe unterteilt sein, „die sich entsprechend der sozialen Bedeutung der Bewohner wie Jahresringe eines Baumes aneinanderfügen“. (Reinborn, 1996, S.69) Fritsch träumte vom Ideal einer elitären Wohngemeinschaft und hatte einen Hang zur Exklusivität. Die Siedlergenossenschaften sollten bei der Auswahl ihrer Anwohner wählerisch sein.

*„Als Genossenschaft könnte sie sich das Recht wahren, die Aufnahme-Fähigkeit an strenge Bedingungen zu knüpfen und alle unliebsamen Elemente fernzuhalten. Körperliche und moralische Gesundheit wären vor allem zu fordern.“* (Fritsch, 1896, zitiert nach Berndt, 1968, S. 37)

Fritschs neue Gemeinde soll einen „wohlgegliederten Organismus“ darstellen, in dem „das organische Gefüge auch in dem äußeren Aufbau ihres Wohnsitzes zum Ausdruck kommen“ soll.

Dieses Konzept wurde nicht in dem Ausmaß rezipiert wie jenes von Howard. Die deutsche Gartenstadt-Bewegung nahm sich im Gegenteil eher die Bewegung in England zum Vorbild und wollte mit ihren wohnungs- und sozialreformerischen Anliegen ein neues urbanistisches Leitbild verwirklichen. Obwohl die organisatorischen Anfänge eher von sozialistischem Gedankengut geprägt waren, konnte sie sich allerdings von der Nähe zu nationalsozialistischen Ideen nie richtig entfernen.

### 2.2.1.1 Gartenstadt und Nationalsozialismus

Die Idee der Gartenstadt wurde dann auch vom Nationalsozialismus vereinnahmt. Sie war leicht in die Propaganda zu integrieren: Großstadtfeindschaft und Landsehnsucht paßten ins Idealbild der Mittelstadt mit etwa 20.000 Einwohnern, das von den Nationalsozialisten vorgeschrieben wurde und in der sich überschaubare Nachbarschaften herausbilden würden, die gut zu lenken wären. Städte und Dörfer sollten natürlich auch so umgestaltet werden, daß sie den Machtanspruch der NSDAP verkörperten, was sich in gigantischen Monumentalbauten und breiten Aufmarschstraßen äußerte. Eines der wichtigsten Werke der Zeit war das Buch „Die neue Stadt“ von Gottfried Feder aus dem Jahr 1939, das den bezeichnenden Untertitel „Versuch einer Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur einer Bevölkerung“ trägt.<sup>24</sup> Feder untersuchte 120 Städte (alle mit etwa

20.000 Einwohnern) um die Fragen zu klären, was alles in eine Siedlung hinein gehöre, wieviel davon, wie groß die einzelnen Einrichtungen sein sollten, und wohin sie gehörten. Dieser Arbeitsvorgang wird mit Verweis darauf, daß jede Stadt ein „Organismus“ sei, begründet:

*„Das uns vorschwebende Bild von der Harmonie und inneren Ordnung eines gut gewachsenen Menschen oder eines sonstigen wohlgeformten Lebewesens hat uns die Überzeugung gegeben, daß wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir uns bemühen, für alle Organe und Bedürfnisse des täglichen, öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens Richtwerte und Normen festzulegen. Wie wichtig und notwendig die Arbeit war, wird am klarsten, wenn wir uns am Bild des menschlichen Körpers Rechenschaft ablegen über Größe und Zahl, über die gegenseitigen Beziehungen und Funktionen der einzelnen Organe und Glieder des menschlichen Körpers.“* (Feder, 1939, S. 2)

Ähnlich wie bei Howard werden die Vor- und Nachteile sowohl des Lebens in der Großstadt als auch auf dem Land analysiert, mit dem Schluß, daß die „kleine Stadt“ alle Nachteile vermeidet und nur die Vorteile in sich vereint. Eine solche „Landstadt“ von rund 20 000 Einwohnern ist als „Organismus“ einerseits in einzelne „Zellen“ mit verschiedenen Unterkernen um den Stadtmittelpunkt gruppiert, und andererseits in einer strengen Hierarchie an den „höheren Organismus des Landes und des Reiches“ angeschlossen. Die organischen Vorstellungen, die auch in den Einzelbegriffen zum „Stadtkörper“ zum Ausdruck kommen, sind eindeutig ideologisch geprägt und werden in Bezug zur „Deutschen Volksgemeinschaft“ gebracht. Eine Gemeinschaft müsse gesucht und gefunden werden, „in der sozusagen jeder durch und für den anderen lebt“. Oft würden mehrere Unterkerne zu einem Zellverband höherer Ordnung zusammentreten, indem dann die einmaligen, der ganzen Gemeinde dienenden Einrichtungen Platz fänden. Der einzelne Zellkern müsse so gestaltet werden, daß sich das Leben jedes Ortsteils klar auf seinen Mittelpunkt und erst dann auf die nächsthöheren Kernbildungen bis zum Stadtmittelpunkt orientiere. Von hier aus erst müsse die Stadt an den wiederum höheren „Organismus des Landes und des Reiches“ angeschlossen sein. (vgl. Feder, 1939, S. 19) Diese Beschreibung einer „organischen Stadt- und Staatsstruktur“ gibt die hierarchische Machstruktur des totalitären Regimes wieder, die sich auch räumlich manifestieren sollte.

<sup>24</sup> Reinborn zufolge blieb Feders Buch bis Ende der 60er Jahre das Standardwerk für Stadtplaner, die es allerdings wegen der eindeutig nationalsozialistischen Intention in Planungsämtern und Büros nur versteckt benutzten (vgl. Reinborn, 1996, S. 150)

Die Vorstellungen eines „organischen Städtebaus“ - ein viel zitiertes Buch von Hans Bernhard Reichow (1948) trägt eben diesen Titel - bleiben bis in die Nachkriegszeit erhalten. Von der Gartenstadtbewegung über den Nationalsozialismus läßt sich jedenfalls eine gerade Linie hin zum Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ verfolgen, das sich ebenso an dem Bild organischer Stadtplanung orientiert.

### 2.2.2 Die gegliederte und aufgelockerte Stadt

Die Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt als das gestalterische Leitbild der fünfziger Jahre erhielt ihren Namen durch die erst zum Ende des Jahrzehnts verfaßte Schrift mit gleichlautendem Titel von Göderitz, Rainer und Hoffmann (1957). Der enge Bezug zum Nationalsozialismus besteht schon allein darin, daß die Arbeit der Autoren bereits im zweiten Weltkrieg größtenteils abgeschlossen war.<sup>25</sup>

Die Autoren beklagen das unmäßige Wachstum moderner Städte, „den ungeheuren Aufwand und Verschleiß an Menschen, Material und Energie, ihre unwürdigen Wohnverhältnisse, ihre gefährliche Abhängigkeit von einem ebenso empfindlichen wie kostspieligen Leitungs- und Verkehrsnetz usw.“ (Göderitz, u.a., 1957, S. 12) Sie kritisieren das blinde Vertrauen in die Technik: „eine Zeit, die die Menschen in großen Massen zu mechanisierter Arbeit zusammenführt, bedarf für das Wohnen nicht neuer Mechanisierung und Kasernierung, sondern Ruhe, Abgeschlossenheit und Naturnähe.“ (ebd., S. 13)

Um ihre Vorstellungen von einem „gesunden und leistungsfähigen Stadtkörper“ zu verwirklichen, entwickeln sie ein Idealstadtmodell mit klar beschränkter Stadtgröße, das die große Masse von Menschen organisiert, „indem man sie in kleinere, übersehbare, einander über- und untergeordnete Einheiten, Gruppen usw. aufgliedert. Entscheidend für den Erfolg ist dabei die Übersichtlichkeit der Gliederung nach menschlichem Maß.“ (ebd., S. 23)

*„Wie die Masse der Menschen durch Gruppierung und Gliederung organisiert und übersichtlich gemacht wird, so kann auch der Stadtraum, die Masse der städtischen Baugebiete als das bauliche und räumliche Gefäß des menschlichen Lebens, nur durch Gliederung in überschau-*

*bare Einheiten geordnet, d.h. „organisiert“ werden. Das bedeutet grundsätzlich die Aufgliederung der großen Masse großstädtischer Baugebiete, wie überhaupt jedes größeren, nicht einfach übersehbaren Stadtgebildes in mehrere in sich abgeschlossene Stadtbezirke, Stadtzellen, Nachbarschaften usw., die deutlich voneinander abzutrennen sind, bis zu einem gewissen Grade zu einem Eigenleben fähig sein und sich trotzdem in ihrer Gesamtheit zu einem größeren Ganzen fügen müssen.“ (ebd., S. 24)*

In dem neuen, aufgelockerten Siedlungsraum sollen ebenso vorteilhafte Verflechtungen von Wohn-, Arbeits- und Kulturstätten erzielt werden wie in den alten großstädtischen Ballungsräumen. Es ist aber auch eine klare räumliche Trennung der einzelnen Teile durch Grünstreifen vorgesehen, die sowohl den Bedarf an Sport- und Spielstätten befriedigen, als auch Zonen intensiver Landwirtschaft mit Erwerbsgärtnereien und Nutzgärten der Bewohner ermöglichen. Ziel ist eine in sich geschlossene, klar begrenzte „Stadtlandschaft“. Dabei soll auf topographische Gegebenheiten Rücksicht genommen werden; Oberflächenwässer sollen möglichst von gegebenen Wasserläufen aufgenommen werden, so daß sich sowohl eine kostspielige Infrastruktur erübrigt, als auch ein gesundes Stadtklima geschaffen wird. Die Abfallentsorgung soll möglichst dezentralisiert werden. Industrie und Gewerbe sollen zwar einen eigenen Bereich darstellen, aber doch in recht unmittelbarer Nähe der Stadt liegen, um die Arbeitswege kurz zu halten.

Neben der Beschränkung der Stadtgröße kommen die Autoren der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ in ihrer Untersuchung zu folgenden Ergebnissen: Das Ziel sei eine grundsätzliche Neuordnung der Städte durch Gliederung, Auflockerung und organische Gestaltung. Dazu sind wenige, aber durchgreifende neue boden- und baurechtliche Regelungen erforderlich. Die optimale Dichte liege im zweigeschossigen Reihenhausbau bei etwa 40 Wohneinheiten/ha. In ausführlichen Berechnungen wird nachgewiesen, daß der Flächenverbrauch einer gesunden, gegliederten und aufgelockerten Stadt nur unwesentlich größer ist, als in herkömmlichen Städten aller Größen zur damaligen Zeit, und daß damit auch keine nennenswerte Verringerung der landwirtschaftlichen Flächen, noch eine untragbare Verlängerung der Verkehrswege zu erwarten ist. (vgl. ebd., S. 72) Der Verkehr sollte im Gegen-

<sup>25</sup> "Trotz der veränderten Verhältnisse, die vor allem durch den im Gang befindlichen Aufbau zerstörter Städte eingetreten sind, dürfte die Untersuchung, an der einige Ergänzungen und Verbesserungen vorgenommen wurden, im Grundsätzlichen durchaus aktuell sein und zur Klärung auch dieser Probleme beitragen." (Göderitz, u.a., 1957, S. 5)

teil auf ein Mindestmaß reduziert werden. Vorgesehen war die Trennung der Verkehrsflächen, so daß jeder Art von Verkehr ein möglichst eigenes Verkehrsnetz zur Verfügung steht. Auch der Verkehr sollte gegliedert sein: in Schnellverkehr einerseits, der an den Grünstreifen liegen soll, die die Stadtzellen voneinander trennen, und nur an bestimmten Punkten mit dem örtlichen Verkehrsnetz verbunden wäre; und einem Netz möglichst fußläufiger Wege für den Alltag. Der Verkehr wird „als dienendes Hilfsmittel“ gewertet, das zur Ergänzung der gesunden, räumlichen Ordnung und zur Erweiterung des Lebens- und Wirtschaftsbereiches beiträgt. Das Verkehrsbedürfnis wäre in der optimalen Stadt verhältnismäßig gering, da die Bewohner die meisten Tätigkeiten in der Stadt selbst erledigen könnten und auch genügend Erholung in ihr fänden, so daß alle Verkehrsschwierigkeiten an der Wurzel gefaßt würden. (vgl., S. 27) Die zunehmende Freizeit sollte nämlich vermehrt zu Hause verbracht werden, und nicht mit dem Konsum kurzlebiger Güter. Die Bewohner kleinerer, gesünderer Städte könnten „wertvolle Teile ihrer Nahrung im eigenen Garten ziehen und dabei gleichzeitig den erholsamsten Ausgleich zu eintöniger Berufsarbeit finden“. (ebd., S. 14)

Daneben sollte auch die Gebäudehöhe beschränkt werden: Um den Bewohnern ein Optimum an Besonnung zukommen zu lassen und die Ausstattung mit Freiflächen für die Bewohner der Bauten aller Geschosshöhen gleichwertig zu gestalten, wäre eine Geschosshöhe von 3 oder 4 Geschossen das Maximum. Der Flächengewinn, der bei einer höheren Geschosshöhe erzielt werden könnte, würde nicht nur diese Qualitäten für die Bewohner beeinträchtigen, sondern auch die Möglichkeit einer eindrucksvollen Silhouette verwehren, die entsteht, wenn die im Ganzen flachgebaute Stadt von den größeren Bauten der Gemeinschaft überhöht ist. Bei dieser Vorstellung wird auf die mittelalterliche Stadt verwiesen, in der sich über gleichartigen, bescheidenen Wohnhäusern die Türme gotischer Städte erheben, „als weithin sichtbare Sinnbilder der Kräfte, die das Leben der Stadt beherrschen“.

Vor allem für kinderreiche Familien wird allerdings das Einfamilienhaus als Ideal betrachtet. Das Einfamilienhaus ist in besonderer Weise geeignet, „die Schädigungen am Volkskörper infolge zweier Kriege“ (ebd., S. 91) wieder gut zu machen. Da aufgrund unterschiedlicher Familienverhältnisse und Bedürfnisse je nach Lebensabschnitt verschiedene Anforderungen bestünden, würde sich eine gesunde Mischung zwischen

mehrgeschossigen Bauten und Einfamilienreihenhäusern ergeben.

*„Das allgemein anerkannte Ziel besteht letzten Endes darin, der einzelnen Familie ein Maximum an persönlicher Freiheit und Selbständigkeit in einem eigenen räumlichen Bereich - am besten dem eigenen Hause - zu geben, bei gleichzeitiger möglichst enger Verbindung dieser Einheit zu Nachbarschaften mit gemeinschaftlichen Einrichtungen für Versorgung, Erschließung, Verkehr, usw.“* (ebd., S. 19)

Dabei sollten die einzelne Parzellen - der Anteil des Einzelnen am Boden der Stadt - zwar so groß sein, daß ein Einfamilienhaus mit kleinem Wohngarten möglich ist, aber doch so klein, daß öffentliche Verkehrsmittel rentabel, die Erschließung sparsam und die Wege kurz sind.

Die relativ ausführliche Darstellung des Leitbildes der Gartenstadt über den Nationalsozialismus zur gegliederten und aufgelockerten Stadt sollte die fließenden Übergänge der städtebaulichen Leitbilder verdeutlichen, die aber durch die jeweiligen politischen Umstände ihre spezifische Ausprägung entwickeln, und besonders im Nationalsozialismus extrem ideologisch benutzt und überformt wurden. Im Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt fließen auch Elemente aus dem Funktionalismus ein, der weiter unten ausführlicher beschrieben wird. Auffällig sind die Hinweise auf eine angestrebte Kreislaufwirtschaft (unter anderem in Hinblick auf die - vor allem biologischen - Abfälle) und die Kritik an der starken Versiegelung des Bodens in modernen Städten, sowie die Beachtung der topographischen Gegebenheiten in der Planung. Diese Aspekte tauchen in den siebziger Jahren mit dem Leitbild des ökologischen Bauens wieder verstärkt auf und finden sich auch im Leitbild der nachhaltigen Stadt.

### **2.2.3 Der organische Städtebau und das damit vermittelte Gesellschaftsbild**

Sowohl die Gartenstadt als auch die gegliederte und aufgelockerte Stadt sind Idealstadtmodelle, das heißt sie sind Entwürfe für völlig neue Städte außerhalb der alten großstädtischen Strukturen. Sie setzen sich zwar mehr oder weniger mit den Mängeln und Problemen in den Großstädten auseinander, suchen aber nicht nach einer Lösung innerhalb dieser, sondern entwickeln ganz neue Konstruktionen, in denen sich auch ein bestimmtes soziales Leben ausbilden soll. Vorbild für das soziale Leben ist ein organistisches Denken, nicht umsonst wird auch von einem „organischen Städtebau“ (Reichow, 1948) gesprochen.



Nach dem Zweiten Weltkrieg war die städtebauliche Situation, wegen der Wohnungsnot und der starken Zerstörung der Städte, für die Umsetzung der neuen Leitbilder besonders günstig, da nun die Möglichkeit bestand - zumindest am Stadtrand - neue Stadtteile zu bauen. Deshalb wurde die Diskussion um die Leitbilder rege weitergeführt, wobei der „organische Städtebau“ zu einer wesentlichen Tendenz der Nachkriegsstadterweiterungen wurde. Seit der Gartenstadtbewegung intensivierte sich ein biologistischer Sprachgebrauch, der durch Begriffe wie „zellenförmiger Aufbau“, „Gesundung der Stadt“, „natürliches Wachstum“ und schließlich als Konsequenz der konzipierten „Auflösung der Stadt“ in kleinere Einheiten das „Schrumpfen der Stadt“ verdeutlicht wird. Besonders ausgeprägt war diese Tendenz in der Nazizeit.

*„In der Tradition solcher Diktion brauchten nur einige Vokabel ausgetauscht zu werden, um die Konzepte sprachlich zu entnazifizieren.“* (Durth/Gutschow, 1988, Bd.1, S. 194)

Aber gerade auch die „gestalterische „Entnazifizierung“ und der demonstrative Verzicht auf Achsen, Monumente und symmetrische Stadtanlagen“ führte zu einer „Enthistorisierung des Denkens der Architekten und Verdrängung der jüngsten Geschichte. (...) Vor allem im Bild der Stadt als Organismus läßt sich Planung nun - ganz im Sinne der materialistischen Definition von Ideologie - als Stabilisierung einer natürlichen Ordnung vorstellen und der Planer ist als dem Leben verpflichteter Chirurg, als Fachexperte autonom gegenüber der Gesellschaft und ihrer Geschichte, in unverdächtiger Kontinuität tätig“ (ebd., S. 217)

Das Streben nach einem „organischen Städtebau“ spiegelt die Vorstellung bzw. den Wunsch eines organischen Aufbaus der Gesellschaft wieder. Dahinter steht nicht nur die Verurteilung der Mißstände in den Großstädten, wie sie durch die Industrialisierung entstanden sind, sondern auch die Besorgnis um den Zerfall der Gesellschaft. Beklagt wird der Verlust wertvoller Bindungen für das Individuum durch die Auflösung traditioneller Zusammenhänge, die damit einhergehende Verunsicherung der Einzelnen, die zunehmende Vereinsamung in der Anonymität der Großstadt, der Verfall des Familienlebens, usw. Die Großstadt wird aber auch aufgrund ihres emanzipatorischen Potentials gefürchtet.

*„In dem Bemühen um die richtige Einordnung der Individuen in das gesellschaftliche Gefüge schwingt die Sorge mit, daß sich die Menschen nicht mehr widerspruchslos in die ihnen vorgeschriebenen untergeordneten Positionen fügen wollen, sondern sich dagegen auflehnen könnten. Im Bilde des organischen Gesellschaftsaufbaues soll die Reflexion der Individuen über ihren gesellschaftlichen Standort zu freiwilliger Anerkennung der „natürlichen“ gesellschaftlichen Rangunterschiede versöhnt werden.“* (Berndt, 1968, S. 25)

Heide Berndt macht in ihrem Buch „Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern“ auf den Bezug dieser Sichtweise zu den Auffassungen von Theoretikern zur Zeit der Jahrhundertwende wie Riehl, Spengler und Tönnies aufmerksam (vgl. 1968, S. 24ff). In diesen Theorien wird die Ungleichheit der Menschen als „natürliche“ und jedenfalls gewollte festgeschrieben. So sind Riehls Empfehlungen zu einer „sozialen“ Politik als Erleichterung von Regierungsaufgaben gedacht. Sie dienen der Unterstützung bestehender Machtverhältnisse und sollen zur Festigung ständischer Abstufungen beitragen. Urbild für den Staat soll die Gemeinde sein, weil in ihr die soziale Geltung des Besitzes einzelner Gemeindeglieder selbstverständlicher respektiert würde. Die Stadtfeindschaft richtet sich gegen die industrielle Großstadt, weil sie als Ort der Emanzipation die bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufgelöst hat.

Spengler beispielsweise kritisiert die Großstadt nicht wegen ihrer schlechten hygienischen Verhältnisse, sondern wegen ihres gefährlichen politischen Potentials. Der Sinn der Geschichte läge im Recht des Stärkeren. Auflehnung gegen Herrschaft bedeutet für ihn Auflehnung gegen die „Urtatsachen des Lebens“, die er eben in der Ausübung von Herrschaft über Menschen sieht. Bei Tönnies, der sich in vielen Teilen die Marxsche Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft zu eigen gemacht hat und mit den Sozialisten die Überzeugung teilt, daß es in der kommunistischen Gesellschaft keine Unterdrückung von Menschen gäbe, gründet die Idee der Herrschaft im „Vaterthum“. Er konstruiert Gemeinschaft als Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft - die für ihn Gesellschaft schlechthin darstellt - und sieht Gemeinschaft am reinsten in der patriarchalischen Großfamilie verwirklicht.<sup>26</sup> Tönnies zeichnet ein höchst idealisiertes Bild

<sup>26</sup> „Gemeinschaft ist das dauernde und echte Zusammenleben, Gesellschaft nur ein vorübergehendes und scheinbares. Und dem ist gemäß, daß Gemeinschaft selber als ein lebendiger Organismus, Gesellschaft als ein mechanisches Aggregat und Artefact verstanden werden soll.“ (Tönnies, Ferdinand (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturform. Leipzig. Zitiert nach: Bernd, 1968, S. 30)

einer besseren Gesellschaft, in dem es Fabriken und Schornsteine, Hunger und Elend einfach nicht gibt; statt dessen steht Gemeinschaft für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit auch innerhalb von Abhängigkeitsverhältnissen. Auch für Tönnies liegt das Problem in den Großstädten, da dort die Familie als wichtigste Stütze gemeinschaftlichen Lebens hinfällig wird. (vgl. Berndt, 1968, S. 24ff)

Die Gleichsetzung der Gesellschaft mit einem biologischen Organismus soll also die „Naturwüchsigkeit sozialer Ungleichheit“, die sich in den gegebenen, aber bedrohten Herrschaftsverhältnissen ausdrückt, bekräftigen. Die Verklärung agrarisch-feudaler und ständischer Verhältnisse schwingt nicht nur in diesem Vergleich mit, sondern zeigt sich auch in der immer wieder kehrenden Idealisierung der mittelalterlichen Stadt.

Besonders kraß zeigt sich die Analogie von biologistischem Denken und Stadtplanung in Reichows Werk „Die autogerechte Stadt“ (1959). Dieses Buch ist ein Beispiel für viele, wie Idealvorstellungen aufgrund der viel komplexeren Realität mißverstanden werden können, bzw. sich in eine andere, als die intendierte Richtung auswirken. Der Begriff wird auch heute noch als Synonym für die Beherrschung der Stadt durch das Auto verstanden, während der Autor sich für ein Nebeneinander von Mensch und Autos in einem „neuen Stadtgrundriß“ ausspricht:

*„Die Entwicklung einer dem Wesen des Menschen und des Autos gleichermaßen gerecht werdenden Stadt bleibt also das dringlichste Anliegen der Stadtbau-Wissenschaft. Die innerstädtischen Auto-Schnellstraßen, wie sie in vielen Großstädten zwingend geworden sind, stellen nur die großen „chirurgischen Eingriffe“ in den Verkehrs-Organismus dar. Von ihnen ist aber keineswegs eine grundsätzliche und allgemeine Behebung der Verkehrsnot zu erwarten, wie ja auch in der Medizin ein chirurgischer Eingriff kein organisches Leiden beheben kann. Im gleichen Sinn bedürfen unsere total kranken Stadtkörper einer umfassenden „psychosomatischen“ Therapie. Das heißt, den Verkehrsablauf, die Straßenplanung, die Verkehrsordnung, -erziehung und -lenkung nach menschlichem Verhalten, nach menschlichem Auffassungs- und Reaktionsvermögen als Einheit sehen und dafür das autogerechte Verkehrssystem mit allen seinen städtebaulichen Konsequenzen entwickeln.“* (ebd., S. 5)

Der wachsende (Auto-) Verkehr wurde bereits seit der Jahrhundertwende als Problem betrachtet. In den fünfziger Jahren verschärfte sich dieses Problem allerdings in einem gewaltigen Ausmaß, da mit der Durchsetzung von Erdöl und Erdgas

als Energieträger die Grundlage für die Massenmotorisierung geschaffen wurde. Deshalb sprechen Umwelthistoriker von einer „Epochenschwelle“, dem sogenannten „Fünfziger-Jahre-Syndrom“, in dem sich „der endgültige Abschied von den Resten der Agri-Kulturlandschaft“ abzeichnet, und das den Ausgangspunkt der aktuellen Umweltzustände bildet. „Es ging also um eine flächendeckende Ausbreitung der Industrialisierung und der mit ihr verbundenen Verhaltensmuster.“ (Sieferle, 1997, S. 186) Die geplanten Absichten der Städtebauer konnten dieser Entwicklung nur hinterherhinken.

Reichow wandte seine Überlegungen zum organischen Städtebau jedenfalls auch auf den Verkehr an, dessen Auswirkungen und den daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Stadtstruktur. Ein ideales Vorbild und Ziel sieht er in „Fließvorgängen in lebenden Organismen“ (Reichow, 1959, S. 19) und in natürlich gewachsenen Verkehrslinien:

*„Für Flächenerschließungen finden wir in der belebten Natur stets die Verästelung, etwa im Blatt- und Blutgefäß. Weil sie die Erschließung mit dem geringsten Aufwand erfüllt, kommt auch der Kulturingenieur bei Drainagen und Wasserversorgungsanlagen zum gleichen Prinzip - ähnlich den Gerinnen und Wasseradern eines Flußdeltas. (...) Zum anderen erkennen wir Symptome einer einfachen und natürlichen Verkehrsgestaltung, wenn wir den Blick weit genug rückwärts wenden. Nicht zu den Anfängen bewußter Stadtbaukunst, sondern zu den natürlich gewachsenen Verkehrslinien der Feldflur und kleinen Dörfer.“* (ebd., S. 12)

Reichows organisches Verkehrs- und Erschließungssystem sollte mit einem Minimum an Knotenpunkten Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Leistung steigern und Lärm, Kosten und gesundheitsschädliche Gase mindern. An den Stichstraßen und Sackgassen seiner blattförmigen Verkehrsanlagen würden ruhige Wohnanlagen günstige Fahr- und Fußwege zu beiden Polen gesunden Stadtlebens bieten, zur Stadtmitte und zur Natur. Durch die räumliche Trennung von Fahr- und Fußwegen sollten Verkehrsunfälle und Geruch- und Lärmbelästigung vermieden werden.

Diese „einfache und natürliche Verkehrsgestaltung nach menschlichem Maß und Verhalten“ war nicht zu verwirklichen. Statt dessen förderte die Umsetzung des organischen Bauens am Stadtrand den Suburbanisierungsprozeß. Die neuen Siedlungen entwickelten sich zu „Schlafstädten“, denen jedes urbane Leben abhanden kam. Sie förderten zusätzliches Verkehrsaufkommen, da viele der Bewohner zur Arbeit in die

Städte pendeln mußten. Diese Dynamik wurde zwar kritisiert, konnte aber bis heute nicht in den Griff bekommen werden.

*„Das Auto erzeugt die Stadtlucht und die Stadtlucht begünstigt das Auto - das Prinzip des Individualverkehrs gerinnt auf diese Weise zu einer festen Struktur aus Asphalt und Beton, gegen die sich sämtliche Versuche der Umsteuerung als hilflos erwiesen haben.“* (Sieferle, 1997, S. 190)

#### 2.2.4 Die funktionelle Stadt

Von großer Bedeutung für den modernen Städtebau war der Funktionalismus, von dessen zahlreichen Vertretern - wie Mies van der Rohe, Gropius, Hilberseimer, Adolf Loos, Frank Lloyd Wright, Alvar Aalto, u.v.a. - ich hier näher auf die Arbeiten Le Corbusiers eingehen möchte, der auch heute noch besonders häufig zitiert wird, und dessen Ideen in vielfältigen Publikationen kontroversiell diskutiert werden.<sup>27</sup> Hilpert, der sich eingehend mit Le Corbusiers Werk auseinandergesetzt hat, spricht von ihm als dem „zentralen theoretischen Vermittler für das konzeptionelle Denken der Moderne“. (Hilpert, 1984, S. 32) Trotz - im Detail - unterschiedlicher Auffassungen mit anderen avantgardistischen Architekten und Stadtplanern der Moderne steht Le Corbusier also beispielhaft für die grundlegenden Gedanken und Entwürfe.

Auch der Funktionalismus versucht eine Antwort auf die Probleme, die durch die Industrialisierung entstanden sind, zu geben.

*„Das Heraufkommen des Maschinenzeitalters hat ungeheure Verwirrungen im Verhalten der Menschen, in ihrer Verteilung auf der Erde, in ihren Unternehmungen her-*

*vorgelufen: eine nicht mehr zu zügelnde Konzentrationsbewegung in den Städten mit Hilfe mechanischer Geschwindigkeiten, eine brutale Entwicklung, die in der Geschichte ohnegleichen ist und die ganze Welt erfaßt hat. Das Chaos hat in den Städten Einzug gehalten.“* (Le Corbusier, 1984, S. 121f)

Sein Ansatz liegt jedoch nicht in der Ablehnung der Großstadt, sondern in ihrer bewußten, radikalen Umgestaltung, wobei insbesondere die neuen Möglichkeiten der Technik und der naturwissenschaftlichen Forschung genutzt werden sollten, und auch eine Faszination über die Verdichtung von Raum und Zeit durch neue Verkehrsmittel und Kommunikationstechniken zu spüren ist. Neben einer geradezu „euphorischen Einstellung der Planer gegenüber den erwarteten 'Erfordernissen des Verkehrs' als neuem Regulativ der Stadtentwicklung, die Hoffnung auf die Eigendynamik der Technik“ (Druth/Gutschow, 1988, S. 202) wird besonders das Hochhaus essentieller Bestandteil der Entwürfe. Der Funktionalismus folgt darin amerikanischen Vorbildern, allen voran Henry Ford, in dessen Schriften Vorboten einer „neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsepoche“ gesehen werden, die eine rationelle Lenkung industrieller Massenproduktion und -konsumtion mit Formen sozialer Fürsorge verbindet. Die neue effiziente Organisation von Arbeit wurde nicht nur als ein ökonomisches, sondern zunehmend auch als ein soziales und für die Architekten und Stadtplaner auch als ein räumliches Organisationsmodell betrachtet.

Weltweit bekannt wurde Le Corbusier bereits 1922 durch den Plan der „Ville Contemporaine“, einer „Stadt der Gegenwart für drei Millionen Einwohner“. (siehe Abbildung 3 und Abbildung 4)

#### Abbildung 3: Stadt der Gegenwart



Quelle: Reinborn, 1996, S. 99

<sup>27</sup> vgl. zum Beispiel: Hilpert, 1978; Le Corbusier 1984; Riehl, 1992; Grundmann, 1995; Vogt, 1996.

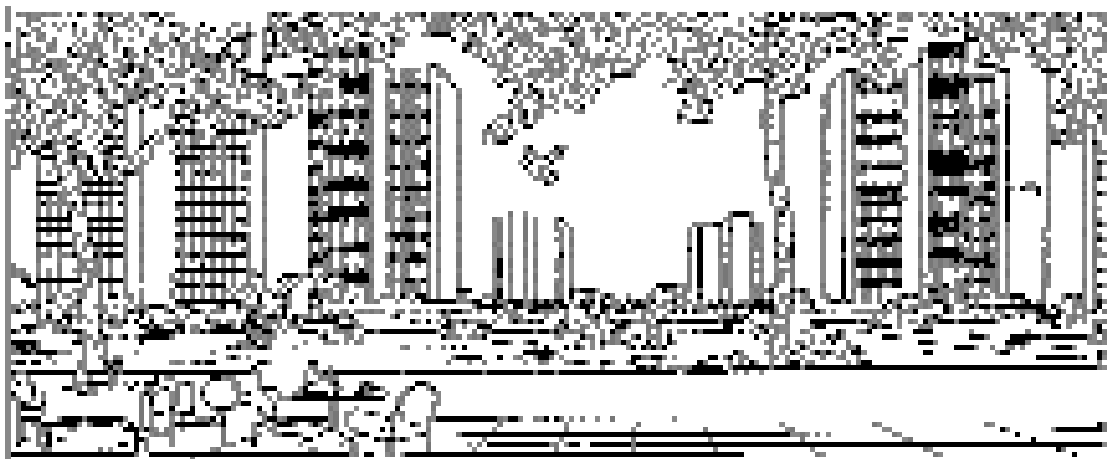
Diesen Plan wollte er bewußt nicht als Utopie, sondern als der Gegenwart und den gegebenen Möglichkeiten durchaus angemessen verstanden wissen. Die Ville Contemporaine enthält bereits alle wesentlichen Komponenten der Urbanistik von Le Corbusier: geometrisches und orthogonales Grundrißraster; scheibenförmige Hochhäuser als Wohnmaschinen mit integrierten Gemeinschaftseinrichtungen; zwischen den einzeln stehenden Bauten grüne, parkähnliche Freiflächen; getrennte Verkehrserschließung für Fahrzeuge und Fußgänger, wobei durch die große Höhenentwicklung der Gebäude die Wege minimiert und dadurch Fahrverkehr vermieden werden soll.

Böhme faßt Le Corbusiers Ansichten ausführlich zusammen:

*„Seine Vorschläge bedeuteten eine totale Veränderung des gesamten Stadtraums. Statt Dezentralisation fordert er verstärkte städtische Konzentration, den totalen Abriß der alten Stadtkerne und die Übernahme amerikanischer Wolkenkratzer - im Gegensatz zu den Wildwüchsen in New York oder Detroit jedoch in einer geordneten „carte-*

*sianischen“ Turm-Stadt. Diese Türme bilden das Zentrum der Stadt und sind ihre Befehls- und Kommandozentrale, der Sitz der Elite. An dieses Administrations- und Geschäftszentrum schließt sich die Zone des Wohnens, die „Villenblocks“ der großbürgerlichen Führungsschicht an. Diese haben eine Ähnlichkeit mit Ozeandampfern, die in einem „Meer von Bäumen“ schwimmen. Ihre Bewohner leben wie Luxuspassagiere. Die unteren Etagen sind dem Heer der Dienstboten, die der Elite das „Reich der Freiheit“ (K. Marx) ermöglichen, vorbehalten. Außerhalb des Stadtkonzepts sind die Pendler, die Fabriken und die Masse der Arbeiter, die in „Wohnmaschinen zum Atemholen“ (ähnlich den Villenblocks ohne Dienstboten) untergebracht sind. Im Herzen dieser neuen Städte mit Sportanlagen und Gärten, in Licht, Luft und Sonne, wird das soziale Gleichgewicht wiederhergestellt, die Arbeitskraft für die nervtötende Arbeit an den Fließbändern regeneriert. (...) Diese Stadt der Gegenwart war frei von Geschichte, Chaos, Elend und Straßenkämpfen. Wie die Gartenstadt Howards war auch diese Stadt von Le Corbusier konzipiert zur Disziplinierung der Massen, als soziales Befriedigungsmittel und als Alternative zur gesellschaftlichen Umwälzung. Für ihn gab es nichts „Erbärmlicheres“ als eine „undisziplinierte Masse“.“ (Böhme, 1996, S. 79)*

#### **Abbildung 4: Blick vom Zentrum einer „Stadt der Gegenwart“**



Quelle: Reinborn, 1996, S. 99

In diesem Zitat wird Le Corbusiers konservativ-autoritäres Gesellschaftsbild deutlich. Er wollte durch die Planung und Gestaltung der Stadt nicht nur eine neue Gesellschaft schaffen, was er als Aufgabe der Stadtplanung verstand, sondern erwartete auch von einer „autoritären Staatsmacht“ die Umsetzung seiner Ideen. In seinem ersten Buch von 1925 „Urbanisme“ (deutsch: „Städtebau“ 1929) fordert Le Corbusier eine autoritäre Planung rationalisierter Stadtstrukturen, bei der Architekten die Rolle des „Chirurgen“ übernehmen sollten, die mit klaren Schnitten das städtische „Gewebe“ von seinen historisch überkommenen „Wucherungen“ befreien<sup>28</sup>:

*„Organisieren heißt Geometrie schaffen; Geometrie hineinbringen in die Natur oder in das Chaos, das sich 'auf natürlichem Wege' durch die Anhäufung der Menschen in Stadtzusammenballungen bildet, heißt Chirurgie treiben.“* (Le Corbusier, 1964, S. VIII)

Wie das konkret aussehen würde, stellt Le Corbusier am Fall Paris dar. 1925 wandte er die theoretische, standortungebundene Studie der „Ville Contemporaine“ auf den besonderen Fall des Zentrums von Paris an. Es entstand der „Plan Voisin“, der die historische urbane Struktur durch 18 jeweils 200 m hohe Superwolkenkratzer ersetzen wollte. Der Platz dafür sollte durch immense Abbrüche geschaffen werden. Seine autoritären Vorstellungen werden auch in der Beschreibung des Plan Voisin deutlich:

*„Ein Büro ist ein unmissener Organismus, der mit der Wohnung nichts gemein hat. Die Arbeit erfordert Stätten, die Werkzeuge der Arbeit sind. Die Geschäftsstadt des Plan Voisin macht einen formellen, gleichförmigen, exakten und ausführbaren Vorschlag, der dem Lande einen Mittelpunkt der Leitung und des Befehls schaffen würde. Nach dem logischen Lauf der Tatsachen muß Paris, die Hauptstadt Frankreichs, in diesem 20. Jahrhundert seinen Befehlssitz erbauen. Eine reine Analyse hat uns zu dieser Formulierung eines vernünftigen Vorschlags geführt.“*

*Jeder Wolkenkratzer kann 20 000 bis 40 000 Angestellte fassen. Die vorgesehenen 18 Wolkenkratzer können also 500 000 bis 700 000 Personen bergen, die Armee, die das Land regiert.“* (Le Corbusier, 1964, S. 237)

Durch eine solche Bebauung wäre nur mehr 5% der Oberfläche bedeckt, die zuvor zu 70 - 80% bebaut war. Die übrigen 95% blieben dem Verkehr, den Garagen und Parkplätzen und auch Grünflächen vorbehalten.

#### 2.2.4.1 Die Charta von Athen

1933 publizierte Le Corbusier die Charta von Athen<sup>29</sup>, in der er seine Ansichten zu verallgemeinern versuchte. Sie ist das Resultat vielfacher Überarbeitungen und kontroverser Ausdeutung der Tagungsergebnisse des IV. Kongresses über die „Funktionelle Stadt“ der CIAM (Congrès International d'Architecture Moderne), der schon 1933 in Athen stattfand.

Die CIAM (in der deutschen Version „Internationale Kongresse für Neues Bauen“) gründete sich auf Anregung Le Corbusiers 1928 als Antwort auf einen Streit um die Wettbewerbsbeiträge für das „Palais des Nations“ in Genf. Dieser Streit drehte sich um den zentralen Konflikt zu Beginn des Jahrhunderts, den die Avantgarde mit den Traditionalisten austrug. Die Verantwortlichen des Völkerbundes entschieden sich 1927 für eine Realisierung des projektierten Palais in der Gestalt einer Architektur des „Historismus“. Es kam zu einem Kongreß in La Sarraz, bei der der sogenannte „Historismus“<sup>30</sup>, den die Akademien vertraten, mit dem Ziel kritisiert wurde, „fortan die Architektur vor ihre tatsächlichen Aufgaben zu stellen“. Es wird ein radikaler Bruch mit den historischen Stadtstrukturen angekündigt.

*„Nach hundert Jahren ästhetischer Debatten, konstruktiver Forschungen und technischer Errungenschaften sollte*

28 Im Bild des Stadtplaners als Chirurgen, der am städtischen Organismus herumdoktert, wird die Nähe zum organischen Denken deutlich, wie ich es ja auch mit der Idee der Gartenstadt und den daraus folgenden Leitbildern beschrieben habe. Der Unterschied besteht darin, daß Le Corbusier in seiner Vorstellung an sehr radikale, im wörtlichen Sinn einschneidende Eingriffe denkt, wohingegen bei Howard sich die Veränderungen durch die gelebten positiven Beispiele von selbst einstellen würden.

29 Im deutschsprachigen Raum fand die Charta erst nach 1950 Verbreitung.

30 Habermas beschreibt die Ablösung des Historismus, der einen von der Alltagswirklichkeit abgehobenen Stilpluralismus vertrat, durch die Moderne folgendermaßen: „Einerseits bedeutet der Historismus eine Fortsetzung und Radikalisierung der Aufklärung, die, wie Nietzsche sofort erkennt, die Bedingungen für die Ausbildung moderner Identitäten noch schärfer, noch unerbittlicher definiert; andererseits macht der Historismus geschichtliche Überlieferungen in idealer Gleichzeitigkeit disponibel und ermöglicht einer unstillen, vor sich selbst fliehenden Gegenwart eine Kostümierung in geliebten Identitäten. Der Stilpluralismus, an dem man bis dahin eher gelitten hatte, wird nun zur Errungenschaft. Auf diese Situation hat der Jugendstil, hat dann die klassische Moderne eine Antwort gefunden, die bis heute aktuell ist.“ (Habermas, 1985, S. 13) Er kommt zu dem Schluß, daß die moderne Architektur „der erste und einzige verbindliche, auch den Alltag prägende Stil seit den Tagen des Klassizismus“ sei. Diese Baukunst sei dem Geist der Avantgarde entsprungen; sie habe „die Traditionslinie des okzidentalen Rationalismus fortgesetzt und war selber kräftig genug, Vorbilder zu schaffen, d.h. klassisch zu werden und eine Tradition zu begründen, die von Anbeginn nationale Grenzen überschritten hat.“ (ebd., S.15)

*die Stunde für eine geregelte, gebilligte Entfaltung schlagen, geeignet, die Architektur weltweit zu beeinflussen, die alten Schulquerelen, den Streit zwischen "Alten" und "Modernen", zu begraben und das Sprungbrett für eine neue Baukunst zu liefern, die, auf alle Gebiete des Bauens, in Stadt und Land, angewandt, überall die solide Wirklichkeit und den wahrhaft humanen Wert ihrer Konzeptionen unter Beweis stellen würde.*" (aus dem Vorwort zur Erklärung von La Sarraz: Hilpert, 1984, S. 93)

In der Gründungserklärung der CIAM liegt die Betonung auf den „Strukturveränderungen“ in der Gesellschaft, es wird von veränderten „Tatsachen der Zeit“ als Grundlage für eine neue Architektur gesprochen, die sich gegen „gestalterische Prinzipien früherer Epochen und vergangener Gesellschaftsstrukturen“ richtet.<sup>31</sup>

In der Charta von Athen werden die Bereiche Wohnen, Freizeit, Arbeiten und Verkehr analysiert und im Anschluß Forderungen zu den einzelnen Punkten aufgestellt, die als „Lehrsätze für den Städtebau“ bezeichnet werden.

Im analytischen Teil wird beispielsweise festgestellt, daß die Stadt nur ein Teil der Region ist, die ein ökonomisches, soziales und politisches Ganzes bildet. Sowohl die topographische Lage als auch die ökonomische Situation und die politische Lage sind von Bedeutung.

*„Man kann ein Problem des Städtebaus nur ins Auge fassen, indem man sich beständig auf die bestimmenden Elemente der Region bezieht und besonders auf seine Geographie.“* (Le Corbusier, 1984, S. 117)

Die Probleme des Städtebaus seien das Ergebnis massiver gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen, die sich in der Gestaltung der Stadt auswirken. Durch die Industrialisierung wäre die alte Harmonie des Stadtgefüges zerstört worden. Maschinen bestimmten die Arbeitsbedingungen, und diese wiederum die Anordnung von Arbeitsstätten und deren Lage in der Stadt. Zwischen Wohnung, Arbeitsstätte und Freiflächen sind durch die große Flächenausdehnung der Städte beträchtliche „Zwangswegen“ („erzwungene Mobilität“) entstanden. Gleich-

zeitig stellt der dadurch erzeugte Verkehr eine Gefährdung der Fußgänger dar und belastet die Wohnenden mit Lärm und Abgasen. (vgl. ebd., S. 140f) Die vorhandenen Straßen sind aber auch für den zunehmenden Verkehr und die „neuen mechanischen Geschwindigkeiten“ nicht angemessen. „Angesichts der mechanischen Geschwindigkeiten erweist sich das Straßennetz als unrationell, da es ihm an Genauigkeit, an Anpassungsfähigkeit, an Differenziertheit und an Zweckmäßigkeit fehlt.“ (ebd., S. 147) Ein zusätzliches Problem stellt das Eisenbahnnetz dar, das ein schweres Hindernis für die Stadtentwicklung geworden ist, weil es Wohnviertel voneinander abschließt.

Bemängelt wurden besonders die unmenschlichen Wohnverhältnisse für die breite Masse der städtischen Bevölkerung, die sich aus diesen Bedingungen ergaben. Wohnungen seien spekulatives Ausbeutungsobjekt, parteiisch verteilt und schlecht mit Freiflächen ausgestattet. Die Wohnungen als Waren des freien Marktes fänden sich mit hoher Dichte in ungünstigen Stadtvierteln, aber mit geringer Dichte in begünstigten Vierteln. Die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal, unter anderem weil die Freiflächen zumeist weitab von den Wohnvierteln der Masse sind. Die ohne Plan und ohne geregelte Verbindung mit der Stadt errichteten Vororte werden als „eines der schlimmsten Übel dieses Jahrhunderts“ bezeichnet, „die das Schicksal der Stadt und ihre Möglichkeiten, nach einem Gesetz zu wachsen, ernstlich gefährden“. (ebd., S. 130)

Die Wirtschaftsentwicklung ist Improvisation von Einzelwesen bzw. Spekulanten. Art, Umfang und Lage von Industriebetrieben würden unkoordiniert von Einzelnen festgelegt. Ebenso vollzöge sich die Anhäufung von Büros in Geschäftsvierteln nach dem Gesichtspunkt der Renditenmaximierung. (vgl. ebd., S. 142) Die ökonomischen Kräfte setzten sich gegenüber administrativer Kontrolle und sozialer Solidarität durch, so daß die rücksichtslose Brutalität einiger Privatinteressen das Unglück zahlloser Menschen bewirkt, die in den benachteiligten Teilen der zumeist ungeplanten und chaotischen Städte leben müssen.

<sup>31</sup> Die Kritik am Ornament nimmt dabei eine besondere Stellung ein, da das Ornament symbolhaft und stellvertretend für die Reste feudaler Herrschaftsformen kritisiert wird und beseitigt werden soll. „Der Funktionalismus bekämpfte im Ornament die angesichts der neuen Mittel zur Naturbeherrschung substanzlos werdende Symbolik einer alten Gesellschaftsordnung.“ schreibt Klaus Horn (Berndt, 1968, S. 110). Die Kritik am Ornament hatte Loos schon 1908 in seiner Schrift „Ornament und Verbrechen“ ausführlich geübt. Für ihn war Ornamentlosigkeit ein Zeichen „geistiger Kraft“, das Ornament hingegen „Ersatzästhetik“ der Hochstapler, Degenerierten und Unterprivilegierten. „Seht, das macht ja die Größe unserer Zeit aus, daß sie nicht imstande ist, ein neues Ornament hervorzubringen. Wir haben das Ornament überwunden, wir haben uns zur Ornamentlosigkeit durchgerungen. Seht, die Zeit ist nahe, die Erfüllung wartet unser. Bald werden die Straßen der Städte wie weiße Mauern glänzen. Wie Zion, die heilige Stadt, die Hauptstadt des Himmels. Dann ist die Erfüllung da.“ (Loos, 1908, in: Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, 1964, S. 16)

Aus dieser - kurz zusammengefaßten - Analyse werden für den zukünftigen Städtebau folgende Forderungen abgeleitet:

Das Kernstück von Le Corbusiers Forderungen ist die funktionelle Einheit der Stadt mit den städtebaulichen Hauptfunktionen, Wohnen, Arbeiten, Sich Erholen (in der Freizeit), Sich Bewegen. Damit setzt die moderne Architektur die Prioritäten neu, die in der „post-liberalen“ Stadt eindeutig die Produktion und vor allem die Aktivitäten des tertiären Sektors (Handel, Verkehr) begünstigten, denen gegenüber die übrigen mehr oder weniger geopfert wurden. So wird der Wohnbereich zum wichtigsten Element der Stadt, der in enger Verbindung zu den übrigen Bereichen, die ihn unmittelbar ergänzen, steht. Alle Sektoren des produktiven Bereiches (Landwirtschaft, Industrie und Handel) gelten als gleichgewichtig und bestimmen die drei Grundtypen menschlicher Ansiedlungen: die über das ganze Land verteilten landwirtschaftlichen Betriebe, die langgestreckte lineare Industriestadt, die radiozentrisch angelegte Stadt für den Handel. Die Freizeitaktivitäten werden in ihrer Bedeutung aufgewertet und bedürfen eigens geschaffener, offener Bereiche, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sein sollen. So würde die Stadt zu einem einzigen großen Park, der so angelegt ist, daß er allen Funktionen und Anforderungen des städtischen Lebens gerecht wird.

Das herkömmliche Verkehrswesen wird je nach der Art der eingesetzten Verkehrsmittels und nach den Anforderungen und der Bedeutung der einzelnen städtischen Funktionen und Bereiche gegliedert. Die „Korridor-Straße“ - so wird die herkömmliche Straße mit ihren Bürgersteigen für die Fußgänger und der Fahrbahn für alle Arten von Fahrzeugen bezeichnet - soll durch ein System verschiedener, getrennt verlaufender Verkehrswege ersetzt werden, wobei für jede Art der Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, langsame und schnelle Fahrzeuge) eigene Wege bzw. Straßen angelegt werden. Dieses System soll den gesamten Raum der neuen „Park-Stadt“ in frei gezogenen Linien durchziehen, bzw. auch übereinander geführt werden (so ist der Autoverkehr beispielsweise auf Hochstraßen vorgesehen, um die Fußgänger nicht zu behindern). (vgl.,

Benevolo, 1983, S. 909ff) Der Verkehr muß zwar den neuen Anforderungen angepaßt werden, er hat grundsätzlich aber nur eine dienende Funktion, indem er die drei anderen Funktionen nutzbringend in Verbindung bringt.

Die Funktionstrennung bezog sich in der Charta von Athen - entgegen späterer Interpretationen, wonach sie auf den gesamten Stadtraum projiziert worden wäre - nur auf eine kleinräumige Trennung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit im Sinne von Stadtbezirksdifferenzierungen. Dazu dient die Zoneneinteilung, die „eine auf dem Stadtplan durchgeführte Operation mit dem Ziel [ist], jeder Funktion, jedem Individuum den richtigen Platz zuzuweisen.“ (Le Corbusier, 1984, S. 127) Ausgehend vom Wohnen als dem eigentlichen Zentrum der städtebaulichen Bestrebungen soll die größte Zeitersparnis gewährleistet sein, weshalb auch gefordert wird, daß die Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohngebiet auf ein Minimum reduziert werden müssen. (vgl., ebd. S. 143)

„Sonne, Grün, Raum sind das Ausgangsmaterial des Städtebaus.“ (ebd., S. 126) Diese Forderung ist die Antwort auf die beengten, unhygienischen und unmenschlichen Wohnbedingungen der überkommenen Städte. Die erste Aufgabe des Städtebaus sei es, mit den fundamentalen Bedürfnissen des Menschen<sup>32</sup> in Einklang zu kommen. Um das zu bewerkstelligen und vor allem jeder Wohnung genügend Lichteinfall zu ermöglichen, spricht sich Le Corbusier für eine Zeilenbauweise aus, weil er den „Block“ - die traditionelle Bauform - als zu beschränkend erachtet.

Obwohl Le Corbusier davon überzeugt ist, daß die „Dimensionierung aller Gegenstände in den räumlichen Anordnungen der Stadt (...) nur vom menschlichen Maß“ (ebd., S. 157) bestimmt werden kann, entwickelt er Pläne überdimensionaler Hochhausbauten (vgl. Plan Voisin), was für mich in einem gewissen Widerspruch steht. Das „Element Höhe“ einzuführen, bedeutet für ihn aber, eine Lösung gefunden zu haben für den modernen Verkehr und gleichzeitig für die Freizeit durch die Nutzung der so geschaffenen Freiräume. (vgl., ebd., S. 160) Es ermöglicht auch, daß der Stadumfang wieder enger gezogen wird, und das damit die Entfernungen verkürzt werden.

32 An anderer Stelle erklärt Le Corbusier in Bezug auf die Wohnungseinrichtung, die unseren Bedürfnissen zu dienen habe: „Alle Menschen haben die gleichen Bedürfnisse, sie haben sie zur gleichen Stunde, jeden Tag, das ganze Leben lang. Die Werkzeuge, die diesen Funktionen entsprechen, sind leicht zu definieren.“ Da wir alle mit den gleichen Gliedmaßen ausgerüstet seien, was Zahl, Form und Maße angeht (hinsichtlich letzteren bestünden zwar Unterschiede, die aber nicht weiter ins Gewicht fielen), sei es ohne weiteres möglich, Durchschnittswerte festzulegen. Es ginge darum, Standard-Funktionen, Standard-Bedürfnisse, Standard-Gegenstände und Standard-Maße zu bestimmen, an die sich die moderne Stahlmöbelindustrie halten könne. Die ganze Welt habe es geschafft, sich über das Format und die Maße des Briefpapiers zu einigen und sich darauf einzustellen. Die Standardisierung sollte nun alle Lebensbereiche betreffen. (Le Corbusier, 1964, S. 107f)

„Man muß versuchen, die Fläche der Städte zu reduzieren.“ (Le Corbusier, 1964, S. 231)

Le Corbusier bezieht die Region, in der die Stadt liegt, in seine Überlegungen mit ein. Ein Regionalplan hat den einfachen gemeindlichen Plan zu ersetzen. Er entwirft die neue Stadt in seiner Utopie aber auch - wie schon viele vor ihm - als eine „finite“, räumlich begrenzte Stadt, obwohl sie das schon lange nicht mehr ist. (vgl., Hilpert, 1984, S. 28) Er kritisiert insbesondere auch die Vororte, „die ohne Plan und ohne geregelte Verbindung mit der Stadt errichtet“ worden sind und die er auch als einen „städtebaulichen Irrtum“ und als „eines der schlimmsten Übel dieses Jahrhunderts“ bezeichnet. (Le Corbusier, 1984, S. 129) Die Grenze einer Ansiedlung sollte statt dessen in Abhängigkeit vom Radius ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit klar festgelegt werden. Die Existenzbedingungen einer Stadt sollten untersucht und in Zahlen ausgedrückt werden, „die es gestatten, die Etappen einer wahrscheinlichen künftigen Entwicklung vorauszusehen.“ So könnten Zuordnungen, Beschränkungen, Kompensationen beschlossen werden, „die jeder von Region umgebenen Stadt einen eigenen Charakter und ein eigenes Schicksal verleihen. So wird jede Stadt ihren Platz und ihren Rang in der allgemeinen Wirtschaft des Landes einnehmen. (...) Das ist totaler Städtebau, und er ist imstande, das Gleichgewicht in der Provinz und im Lande herzustellen“. (ebd., S. 160f) Das Werk „wird eine wirkliche biologische Schöpfung sein, die klar definierte, organische Bestandteile umfaßt, die imstande sind, ihre wesentlichen Funktionen vollendet zu erfüllen“. (ebd., S. 162) Ganz im Sinne des Fordismus meint Le Corbusier:

„Die Stadt wird den Charakter eines im voraus durchdachten Unternehmens annehmen, das den strengen Regeln eines allgemeinen Plans unterworfen ist. (...) Ihre Entwicklung wird - anstatt in eine Katastrophe zu führen - die Vollendung bedeuten.“ (ebd., S. 161)

„Um diese großen Aufgaben, die sich dem Städtebau stellen, zu lösen, ist es unerlässlich, die Hilfsmittel der modernen Technik zu nutzen.“ In seinem ungeheuren Technikoptimismus will Le Corbusier „der Technik die Lösung des Problems abverlangen“, des Problems der Ordnungslosigkeit und der Umwälzungen in den Städten nämlich, die - wie auch Le Corbusier es sieht - unter anderem gerade die Ursache des Problems sind. Um von der Theorie zu Taten zu kommen, ist außerdem das Zusammenwirken folgender Faktoren notwendig:

„Eine politische Macht, die so ist wie man sie sich wünscht - klarblickend, sicher und entschlossen, die besten Möglichkeiten zu verwirklichen, die auf dem Papier der Pläne ausgearbeitet und eingeschrieben worden sind; Eine aufgeklärte Bevölkerung, die versteht, wünscht und fordert, was die Spezialisten für sie ins Auge gefaßt haben; Eine wirtschaftliche Situation, die erlaubt, Arbeiten, von denen einige beachtlich sind, in Angriff zu nehmen und auszuführen.“ (ebd., S. 164)

In dieser Aussage wird die Bevormundung der Bevölkerung deutlich, aber auch die Rolle der Politik, die Le Corbusier in seinem Sinne handelnd wissen will. Der Rolle des Architekten räumt er eine bedeutende Stellung ein:

„Die Architektur waltet über das Geschick der Stadt. (...) Die Architektur ist für das Wohlbefinden und die Schönheit der Stadt verantwortlich. Sie hat die Aufgabe, die Stadt zu schaffen oder zu verbessern, und ihr fallen die Wahl und die Verteilung der verschiedenen Elemente zu, deren gedückte Proportionen ein harmonisches und dauerndes Werk begründen wird. Die Architektur ist der Schlüssel zu allem.“ (ebd., S. 164f)

Auch in puncto Grundbesitz stellt Le Corbusier eindeutige Forderungen: Das Gemeinschaftsinteresse muß Vorrang vor dem Privatinteresse bekommen, wobei besonders das schmutzige Spiel der Bodenspekulation zu verhindern ist. Um das Problem des grenzenlos zerstückelten Zustandes des Grundbesitzes zu bewältigen, werden zahlreiche Parzellen enteignet werden müssen. Die Verfügbarkeit allen nutzbaren Bodens muß mit legalen Mitteln geregelt werden, „um die lebenswichtigen Bedürfnisse des Individuums in voller Harmonie mit den Bedürfnissen der Gesellschaft zu befriedigen.“ (ebd., S. 165)

### 2.3 ZUR IDEE DER STEUERUNG DER GESELLSCHAFT DURCH DIE STADTPLANUNG

Reinborn (1996) ist der Ansicht, daß die „Überschätzung der Planbarkeit der Stadt“ ein wenig beachtetes Phänomen sei. Es gibt zwar zahlreiche Beispiele planmäßig erstellter Städte und Stadtgebiete vom Mittelalter über Siedlungen der 20er Jahre bis hin zu neuen Stadtgebieten nach dem zweiten Weltkrieg. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß sich ein großer Teil der Stadt einer wirklichen Planung entzieht. Die umfassende Planung von neuen Städten, als Gegensatz zu fast ungesteuerten Wachstumsprozessen von Siedlungen, ist in verschiedenen Zeitepochen zu



beobachten. Reinborn vertritt in dem Zusammenhang die These, daß „geplante Städte“ Zeichen und Ausdruck von abstraktem Denken und rationellem Handeln einer Gesellschaft zu sein scheinen, wie es in kulturellen Blütezeiten anzutreffen war. Planmäßiges Handeln wurde dann zur unabdingbaren Notwendigkeit, wenn in kurzer Zeit Wohn- und andere Siedlungsflächen zum Bauen vorbereitet werden mußten, wie dies zum Beispiel seit der griechischen Antike in der Erbauung von Kolonisationsstädten der Fall war. Je größer der „Entwicklungsdruck“ war, desto höher wurde der Planungsanteil.<sup>33</sup> Diese These läßt sich auch auf die Umstände nach der industriellen Revolution übertragen, da diese Zeit bis heute aufgrund ihrer stetigen Expansion unter besonderem „Entwicklungsdruck“ steht. Die Planung von Städten mündet allzu leicht in eine Überbetonung technischer Details und Aspekte, die andere - z.B. ideologische - Momente in ihrem Gewicht überdecken können.

Idealstadtmodelle sind in aller Regel aber mit Vorstellungen über eine wünschenswerte Organisation der Gesellschaft verbunden, und sie transportieren die Überzeugung, daß sich eine „neue Gesellschaft“ genauso planen ließe, wie eine Stadt geplant werden kann. Sie versuchen eine Antwort auf die ungeordneten, städtischen Verhältnisse zu geben, wie sie durch die rasante kapitalistische Entwicklung infolge der Industrialisierung und die recht planlose Durchsetzung individueller unternehmerischer Interessen entstanden sind. Diese Entwicklung ist auch bedingt durch den Verlust an traditionellen Zusammenhängen und Ordnungsstrukturen. Ein weiterer Aspekt ist das enorme Wachstum der Städte durch die veränderten, wirtschaftlichen Bedingungen und den Zuzug großer Bevölkerungsmassen vom Land in die Stadt. Die durch die neue Produktionsweise verursachten Probleme, die grundsätzlich ja auf Stadt und Land zutrafen, wurden auf die Großstadt als räumliche Organisationsform projiziert, und als Kritik an der Großstadt thematisiert. Damit wurden sie allerdings sehr verkürzt wahrgenommen.

*„Die Großstadtkritik lenkt die Aufmerksamkeit auf ein räumliches Subsystem, wo allerdings die Widersprüche konzentriert auftreten, nämlich in der Großstadt. Dem ökonomisch bedingten Verstädterungsprozeß stellt die Großstadtkritik rückwärts gerichtet die Scheinalternative des vorindustriellen ländlichen Lebens und Arbeitens*

*gegenüber. Indem die Großstadtkritik zwar Probleme teilweise korrekt benennt, aber verzerrt und politisch motiviert interpretiert, wird sie zur Ideologie, deren Funktion darin liegt, den Schauplatz von strukturellen gesellschaftlichen Problemen abzulenken und auf ein Nebengleis zu führen.“* (Schubert, 1990, S. 32)

So wie von einzelnen gesellschaftlichen Phänomenen, die in der Großstadt lediglich häufiger auftreten, in der Großstadtkritik kollektiv bewußt oder unbewußt der Schluß auf fatale Fehler des räumlichen Systems Großstadt gezogen wird, existiert auch der Umkehrschluß, daß es einer spezifischen anderen (besseren) räumlichen Struktur bedarf, um diese Probleme zu lösen. Und es herrscht die Überzeugung vor, daß sowohl eine solche räumliche Struktur, als auch die gesellschaftlichen (positiven) Konsequenzen planbar seien.

Selle spricht in diesem Zusammenhang vom „Gott-Vater-Modell“ der Planung. Unterstellt wird eine Situation, in der ein allmächtiges Subjekt, das zugleich allwissend ist, in einer Tabula-Rasa-Situation eine neue Welt schafft. (vgl. Selle, 1996, S. 22) In diesem Planungsverständnis gibt es auf der einen Seite die Fachleute und auf der anderen Seite „ein zu gestaltendes Ganzes“.

*„Diese Rollenverteilung blieb über die Jahrzehnte im wesentlichen unverändert, allerdings wandelte sich die Kostümierung. Dem Stadt-Bau-Künstler und dem fürsorgenden Planer-Vater folgte der diagnostizierende und heilende Stadt-Arzt (der in der Lage ist, Städte zu „sanieren“, also wieder gesund zu machen); und der wurde in den sechziger Jahren abgelöst durch den Wissenschaftler, der die Entwicklung der Räume (unter Verwendung großer Datenmengen) systematisch analysiert und die Verteilung der räumlichen Ressourcen sachlogisch optimiert. Auf diese Weise sollte, wie es damals hieß, die gesamte Entwicklung der Umwelt global gesteuert werden.“* (ebd., S.22)

Auch Howard ist von der Planbarkeit einer Stadt nicht nur überzeugt, sondern erhebt die „Planmäßigkeit“ zum Prinzip,

*„dem der Bau der Stadt von Anfang an unterliegt, und das der ganzen Frage städtischer Verwaltung mit einem weit ausschauenden und abgeschlossenen Plan vorgreift. Es ist keineswegs nötig und auch gar nicht menschenmöglich, daß der endgültige Plan das Werk eines Einzelnen ist. (...) Aber das Wesentliche ist, daß der Plan durchaus ein-*

<sup>33</sup> Ein äußeres Zeichen davon ist beispielsweise die Rechtwinkligkeit des Stadtgrundrisses (hippodamisches Rasterprinzip, benannt nach dem griechischen Baumeister und Stadtplaner Hippodamos von Milet des 5. Jhdts. v. Chr.). (vgl. ebd., S. 15f)

*heitlich ist und den Entwicklungsgang der Stadt bis zu ihrem Abschluß ins Auge faßt und regelt, damit sie sich später nicht in so sinnloser Weise entwickeln kann, wie dies bei den meisten englischen Städten und mehr oder weniger bei den Städten aller Länder der Fall war. Wie eine Blume oder ein Baum oder ein Tier sollte eine Stadt in jedem Stadium ihres Wachstums Einheitlichkeit, Symmetrie und Abgeschlossenheit an den Tag legen. Einheitlichkeit und Symmetrie dürften durch das Wachstum nicht gestört, sondern müßten immer mehr herausgebildet und entwickelt werden, und die Vollkommenheit einer früheren Entwicklungsperiode sollte in der noch vollendeteren Vollkommenheit späterer Entwicklung ganz und gar aufgehen.“ (Howard, 1968, S.81f)*

Bei Howard wird deutlich, daß er sich so etwas wie eine fertige Stadt vorstellt, eine in der die Entwicklung abgeschlossen ist. Bestimmt wird eine genaue Größe und Flächenausdehnung der Stadt, über die hinaus es keine Expansion geben darf. Ist eine solche Stadt abgeschlossen, muß eine neue gegründet werden. Ein solches Modell wünscht einen statischen Endzustand von einzelnen Städten herbei. Es verweist aber auch auf Vorstellungen, denen zufolge die Erde und der auf ihr befindliche Raum unerschöpflich sind, denn alles weitere Wachstum sollte ja in neue Städtegründungen münden. Die Vorstellung, daß die Fläche auf der Erde irgendwann erschöpft sein könnte, existierte damals noch nicht.<sup>34</sup>

Bei Howard soll die soziale Reform - vor allem auch des Bodenrechtes - durch „die Kraft des Beispiels“ bewirkt werden, „das heißt, durch die Verwirklichung eines besseren Systems, dadurch, daß man ein besseres Zusammenwirken der gesellschaftlichen Kräfte ermöglicht und sich die Ergebnisse volkswirtschaftlichen Forschens nutzbar macht.“ (ebd., S. 137) Howards räumliches Modell - das die Basis für eine sehr idealistische Sozialreform darstellt, wird in der Folge von der totalitären Ideologie des Faschismus vereinnahmt. Das zeigt besonders deutlich, daß räumliche Entwürfe offen für ideologische Zuschreibungen jeder Art sind, und daß sie auch zur

Manifestation politischer Verhältnisse dienen.

Immer wieder taucht in den Modellen der Wunsch nach einer „perfekten Schöpfung“ auf.<sup>35</sup> Le Corbusier sah sich „gleichsam als Demiurg<sup>36</sup>, der außerhalb der Politik durch Bauten und Planung eine neue Gesellschaft schuf“, schreibt Böhme (1996, S. 78). Diese Haltung wird in vielen Passagen deutlich, insbesondere in der Charta von Athen. In seiner ausgeprägten Technikgläubigkeit versprach sich Le Corbusier - so wie alle anderen Vertreter des „Neuen Bauens“ auch - die Lösung der Probleme durch die neuen technischen Errungenschaften, allen voran die Möglichkeit des Hochhausbaus. Diese Überzeugung führte soweit, sich die Stadt als durchrationalisiertes Unternehmen vorzustellen, das genauso wie ein Industriebetrieb geplant und optimiert werden könne. Eine solche - fordistische - Vorstellung geht aber an den realen städtischen Bedingungen vorbei; das „menschliche Maß“, die „menschlichen Bedürfnisse“, die Le Corbusier anscheinend so am Herzen lagen - werden damit nicht erfaßt. Aber auch komplexere, systemische Zusammenhänge werden nicht reflektiert, da seine Sichtweise sehr linear und eindimensional ist.

Aus der Perspektive der funktionalistischen Ästhetik nimmt Heide Berndt auf die Eindimensionalität Bezug, in der die Technik eine zentrale Stellung einnimmt:

*„Der heutige Funktionalismus in der Architektur ist eine „eindimensionale“ Ästhetik. Er spiegelt jene Eindimensionalität der gesamten gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung wider; die Verselbständigung der technischen Mittel gegenüber gesellschaftlichen Zielsetzungen - eben die Verselbständigung der Zweckrationalität (...). Der eindimensionale Charakter der modernen Industriegesellschaften gründet in der Koppelung von rationalen Mitteln und irrationalen Zwecken in der Verknüpfung von Produktivität und Vernichtung. Der verwirrendste Aspekt dieser Gesellschaft ist der „rationale Charakter ihrer Irrationalität“.“ (Berndt, 1968a, S. 40)*

<sup>34</sup> Das wird auch in folgendem Zitat deutlich, wo unter anderem die Rede von den „unendlichen Schätzen“ des Planeten ist: „Der Planet, auf dem wir leben besteht seit Millionen von Jahren, und seine Bewohner haben vielleicht gerade erst die Schwelle zu höherer Kultur überschritten. Diejenigen unter uns, die daran glauben, daß ein großer Zweck in der Natur verborgen liegt, können nicht annehmen, daß die Entwicklung auf unserem Planeten abgeschlossen ist, jetzt wo schönere Hoffnungen in den Herzen der Menschen aufsteigen, wo diese den Schleier von einigen seiner weniger dunklen Geheimnisse gelüftet und durch Arbeit und Mühe die Mittel gefunden habe, einen edleren Gebrauch von seinen unendlichen Schätzen zu machen.“ (ebd., S. 136)

<sup>35</sup> Bei Howard drückt sich das in seinem Streben nach der Vollkommenheit seines Werkes aus: „Viel Arbeit wartet unser in der Gartenstadt. Zunächst muß eine größere Zahl von Häusern und Fabriken gebaut werden. Je schneller also die Gräben ausgehoben, die Tunnel vollendet, Häuser und Fabriken gebaut sind und für Licht und elektrische Kraft gesorgt wird, desto schneller kann die Stadt, die einem fleißigen, glücklichen Volk eine Heimat gewähren soll, im Bau vollendet werden. Diese Städte werden der ersten nicht gleich sein, sondern sich immer mehr vervollkommen, bis sie die erste in demselben Maß übertreffen wie unsere heutigen Lokomotiven die ersten tastenden Versuche der Pioniere auf dem Gebiet mechanischer Fortbewegung.“ (Howard, 1968, S. 85)

<sup>36</sup> Das bedeutet Weltbaumeister oder Weltenschöpfer.

Berndt führt diese Reduktion in der Wahrnehmung der Gesellschaft auf die allgemeine Geschichtsfeindlichkeit des Funktionalismus zurück. Ihr fällt auf, daß in der Charta von Athen der Beginn der Industrialisierung als ein sehr plötzliches, nicht weiter ableitbares Phänomen beschrieben wird. „Die historische Kontinuität der Entwicklung wird dabei übersehen; gesellschaftliche Verhältnisse werden naturalisiert, anstatt historisch interpretiert.“ (ebd., S. 12) Der Versuch des modernen Funktionalismus, in seiner Geschichtsfeindlichkeit die Architektur als unabhängig von historischen Gebundenheiten zu betrachten, bewirkte aber gerade, „daß sich in ihm die gesellschaftlichen Schwerkraft stärker, weil weniger reflektiert durchsetzten.“ (ebd., S.18) Daraus ergibt sich eine Unterwerfung an die gesellschaftlichen Funktionsanforderungen, denen im einzelnen mit Beschränkung auf bestimmte Zwecke Folge geleistet wird, wobei die Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen außer Acht gelassen wird.

Zu einem ähnlichen Schluß kommt auch Jürgen Habermas (1985), obwohl er darüber hinaus darzustellen versucht, was der Funktionalismus geleistet hat. Habermas faßt die bekanntesten drei Herausforderungen zusammen, denen Baukunst und Stadtplanung angesichts der Veränderungen in der Folge der industriellen Revolution gegenüberstehen: den qualitativ neuen Bedarf an architektonischer Gestaltung, die neuen Materialien und Techniken des Bauens, die Unterwerfung des Bauens unter neue funktionale, vor allem wirtschaftliche Imperative.

Er ist der Ansicht, daß die moderne Bewegung die Herausforderungen des qualitativ neuen Bedarfs und der neuen technischen Gestaltungsmöglichkeiten erkennt und im Prinzip richtig beantwortet, daß sie aber den „systemischen Abhängigkeiten von Imperativen des Marktes und der planenden Verwaltung“ eher hilflos begegnet.

Das Neue Bauen brachte einen neuen Stil hervor, der sich durch alle Lebensbereiche zieht.

*„Die moderne Bewegung nimmt die Herausforderung an, denen die Architektur des 19. Jahrhunderts nicht gewachsen war. Sie überwindet den Stilpluralismus und jene Abtrennungen und Aufteilungen, mit denen sich die Baukunst arrangiert hatte.“* (Habermas, 1985, S. 20)

Das gelingt ihr insbesondere, weil sie die Herausforderung, die in dem immens erweiterten Spielraum technischer Gestaltungsmöglichkeiten lag, mit „ästhetischem Eigensinn“ verarbeitet hatte.

Der Funktionalismus erweiterte den Architekturbegriff nach Habermas aber auch dahingehend, daß die Theoretiker des Neuen Bauens Lebensstile und Lebensformen im ganzen dem Diktat ihrer Gestaltungsaufgaben unterworfen sehen wollten. Damit mußte er scheitern, was sich zum Beispiel auch darin bemerkbar machte, daß bei der Realisierung konkreter Projekte die Gemeinschaftseinrichtungen ungenutzt blieben oder abgeschafft wurden.

*„Die Utopie einer vorgedachten Lebensform, die schon die Entwürfe Owens und Fouriers getragen hatte, konnte sich nicht mit Leben füllen. Und dies nicht nur wegen einer hoffnungslosen Unterschätzung der Vielfalt, Komplexität und Veränderlichkeit moderner Lebenswelten, sondern auch, weil modernisierte Gesellschaften mit ihren Systemzusammenhängen über Dimensionen einer Lebenswelt, die der Planer mit seiner Phantasie ausmessen konnte, hinausreichen. Die heute sichtbar gewordenen Krisenerscheinungen der modernen Architektur gehen weniger auf eine Krise der Architektur zurück als vielmehr darauf, daß diese sich bereitwillig hat überfordern lassen.“* (ebd., S. 23)

Vor allem bleiben so die Widersprüche, zwischen den Bedürfnissen einer geformten Lebenswelt auf der einen, den über die Medien Geld und Macht mitgeteilten Imperativen auf der anderen Seite, die die kapitalistische Modernisierung gerade auf dem Gebiet der Stadtplanung kennzeichnen, unbeachtet.

*„Die Probleme der Stadtplanung sind nicht in erster Linie Probleme der Gestaltung, sondern Probleme der versagenden Steuerung, Probleme der Eindämmung und Bewältigung von anonymen Systemimperativen, die in städtische Lebenswelten eingreifen und deren urbane Substanz aufzuzehren drohen.“* (ebd., S.24)

Die Frage nach der Steuerung städtischer Entwicklung ist bis heute aktuell und zentraler Diskussionspunkt. Das gleiche gilt für das Dilemma zwischen den „über die Medien Geld und Macht vermittelten Systemimperativen“ und den jeweils individuellen Wünschen und Sehnsüchten „nach einer besseren Zukunft“. Das Bild von Stadtplanung hat sich mittlerweile verändert, unter anderem da die historischen Versuche der Schaffung einer „neuen Gesellschaft“ immer wieder gescheitert sind, und das Bewußtsein von der Komplexität der Zusammenhänge gewachsen ist. Die heutige Stadtplanung steht vor der Aufgabe, sich der Dynamik der Entwicklung, die historisch ihresgleichen sucht, bewußt zu werden und in ihr zu agieren. Ein Endzustand der gegenwärtigen Entwicklung läßt sich nicht vorherbestimmen, „so daß sämtliche Orientierungs-

anstrengungen immer nur in Hinblick auf die Vergangenheit vorgenommen werden können, von welcher der Prozeß sich wegbewegt. Die Zukunft dagegen bleibt prinzipiell offen und entzieht sich jeder Beschreibung“, meint Sieferle (1997, S. 161). Er stellt weiter fest:

*„Die physische Dynamik der sich vollziehenden Transformation hat sich spontan entfesselt und damit auch von Anfang an der Steuerung entzogen; sämtliche Versuche, sie dennoch der Steuerung oder gar Planung zu unterstellen, haben sich immer nur blamiert. Der Prozeß, inmitten dessen wir leben, hat den Charakter eines Naturschauspiels zweiter Ordnung. Er ist Resultat „menschlicher“, das heißt kultureller Aktivitäten, doch steht er keinem „Subjekt“ zur Verfügung, das in der Lage wäre, auf dem Niveau zu agieren, auf welchem dieser Prozeß sich organisiert.“*

### 3 NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG: EIN NEUES LEITBILD - EINE MODERNE UTOPIE

Sowohl die Idee der Gartenstadt, als auch die Charta von Athen werden in aktuellen Diskussionen über Stadtentwicklung immer wieder in Erinnerung gerufen. Es herrscht die Überzeugung, daß ein Rückblick auf vergangene Rahmenbedingungen und die daraus abgeleiteten Strategien und Modelle von Stadtentwicklungsplanung Lehrbeispiele für aktuelle Notwendigkeiten bieten kann. Zum einen, weil die historischen Leitbilder auf die Stadtplanung Einfluß hatten - und ihre Auswirkungen die Problemlagen von heute sind -, zum anderen, weil bestimmte - vor allem die idealistischen - Aspekte bis heute keinen breiten Niederschlag fanden.

Juan Rodriguez-Lores, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Planungstheorie an der technischen Hochschule Aachen, faßte das historische Erkenntnisinteresse in Bezug auf die Stadt folgendermaßen:

*„Bei der Betrachtung der Geschichte interessieren (...) zwei (...) Zusammenhänge: die kollektiven Praxen (von denen die individuelle Praxis mehr oder weniger bewußter Bestandteil ist) und ihr Niederschlag in Strukturen, Institutionen und Ideologien; die Art und Weise, wie jene historischen, kollektiven Praxen in den überkommenen Strukturen, Institutionen und Ideologien weiterleben und dadurch die Gestaltung der Gegenwart beherrschen. (...) Die Stadt ist eine solche Struktur, die, aus vielfältigen, häufig widersprüchlichen, historischen Praxen entstanden, diese Praxen einverleibt hat und sie weiter transportiert.“*

*Die Stadtplanung, mehr oder weniger wissenschaftlicher Zusammenhang von Instrumenten, Methoden und Ideen für eine ordnende Intervention in die Stadt, ist eine ähnlich geartete Institution.“* (Rodriguez-Lores, 1987, S. 237)

Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung kann als Teil eines Kontinuums von Leitbildern in der Stadtentwicklung betrachtet werden, deren Vorstellungen über Ziele und Möglichkeiten der Planung jeweils aus einer spezifischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation heraus entstehen.<sup>37</sup> Leitbilder sind keine eindeutig abzugrenzenden Untersuchungsgegenstände. Sie entwickeln sich in einem Aushandlungsprozeß unterschiedlichster AkteurInnen innerhalb spezifischer historischer Rahmenbedingungen. Was davon in gesellschaftlicher Praxis umgesetzt wird, folgt eigenen Gesetzen, die jedenfalls von einzelnen PlanerInnen nicht zu steuern sind.

So unterschiedlich die einzelnen Leitbilder und Stadtvisionen in diesem Jahrhundert ausgefallen sind, versuchen sie dennoch, alle eine Antwort auf städtische Probleme oder Herausforderungen zu geben, die historisch - im Zuge des sich so unglaublich schnell vollziehenden Industrialisierungsprozesses - gewachsen sind, und die sich nur graduell, nicht aber substantiell gewandelt haben. Das ist auch der Grund dafür, warum es so aufschlußreich ist, sich mit den vergangenen Antworten auseinanderzusetzen. Eine Spezifik der historischen Leitbilder liegt in ihrer Regeldichte und in ihrem Versuch, Gesellschaft durch Stadtplanung zu verändern.

*„An den Umbruchstellen des gesellschaftlichen und politischen Wandels entstehen neue Bilder von utopischer „Gesellschaft“ und ideal gedachter politischer Ordnung. Diesem Denken entspricht meist eine technisch-sinnliche Konkretheit kristalliner Strukturen einer zeitlos vorgestellten, vollendet geregelten und entsprechend entworfenen räumlichen Welt.“* (Böhme, 1996, S.68)

Utopien haben und hatten immer eine wichtige Funktion auf der Suche nach neuen Lösungen in historischen Krisenzeiten. Da wir gerade in einer solchen „als Wende, als Umbruch beurteilten Zeit“ leben, meint Böhme, daß die Frage nach einer neuen politischen und sozialen Definition von Stadt, ihrer Zukunft als politischer Faktor sehr aktuell geworden ist.<sup>38</sup> Die Suche nach neuen Leitbildern - unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit - wird in vielen Texten als notwendig erachtet.

<sup>37</sup> Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts spielten noch eine Reihe weiterer Leitbilder eine Rolle, die näher auszuführen den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätten; das Leitbild der Nachhaltigkeit schließt insbesondere an den Überlegungen zum ökologischen Bauen an, die seit den späten siebziger Jahren Einfluß auf die Stadtgestaltung hatten.

<sup>38</sup> Böhme (1996) beschreibt anhand von Idealstadtdentwürfen seit der Antike über das Mittelalter bis zur Gegenwart die Ambivalenz von idealem Stadtdentwurf und totalitärer Gesellschaftssteuerung. Vgl. auch Korte (1996): „Das Himmelreich auf Erden? Über die Chancen und Risiken gesellschaftlicher Utopien.“

*„Leitbilder sind in hohem Maße verinnerlichte, bildhafte Vorstellungen, die inhaltlich ganz unterschiedliche Lebensbereiche ansprechen können und sich durch erhebliche Prägekraft auszeichnen, welche sie aus einer präzisen Ausbalancierung der beiden prinzipiell einem inhärenten Widerspruch unterliegenden Dimensionen Machbarkeit und Wünschbarkeit beziehen. Als ihre drei wesentlichen Funktionen für Gesellschaft und Individuum lassen sich unterscheiden: Orientierung, Koordinierung und Motivierung insbesondere die enge Verflechtung dieser Funktionen stellt die Grundlage dar für die Leitbildern innewohnende Fähigkeit, handlungsleitend zu wirken.“* (Kahlenborn, W., u.a.; 1995; zitiert nach: Sieverts, 1997, S.120)

Im Nachhaltigkeitsdiskurs manifestiert sich auch ein gesellschaftsutopisches Moment, vor allem was die Dimension der Verteilungsgerechtigkeit betrifft, aber auch in Bezug auf den Suffizienzaspekt<sup>39</sup>, in dem die Veränderung der Lebensstile zentraler Angelpunkt ist.

Der Umstand, daß bisherige Planungs Bemühungen die Modernisierungsdynamik mit allen ihren positiven und negativen Effekten - trotz der oft explizit formulierten Absicht - in ihrer Richtung nicht hat verändern können<sup>40</sup>, macht deutlich, daß es im Grunde um diese Dynamik selbst geht, die zu analysieren ist, und nicht nur um deren Auswirkungen. Gleichzeitig wird auch klar, daß Symptombewältigung alleine nicht greift. Es geht um unsere Gesellschaftsform als Ganzes, die in ihrer Entwicklungsdynamik nicht auf alle derzeit lebenden oder zukünftigen Generationen verallgemeinerbar ist. Einfache Rezepte dagegen gibt es nicht. Es bedarf mühsamer, kleinteiliger Arbeit, sich dem Sog dieser Entwicklung zu entziehen - und es bleibt offen, ob das überhaupt möglich ist.

Wir müssen lernen, unsere gesellschaftliche Entwicklung zu hinterfragen und auf ihre Tauglichkeit hin abzuklopfen. Es könnte dafür ein ähnliches Vorgehen angemessen sein, wie Hoffmann-Axthelm dies für das Begreifen städtischer Entwicklung vorschlägt. Er ist der Ansicht, daß Leitbilder so gut wie nichts zur Identifizierung der tatsächlichen Leitfiguren beitragen, nach denen eine Stadt sich so entwickelt, wie sie sich entwickelt.

*„Je länger und eindringlicher man sich auf eine Stadt einläßt, desto klarer wird einem, daß die Mängel dieser Stadt nur vordergründig die allgemein bekannten Mängel sind, für die die allgemein bekannten Abhilfen mit ihrer allgemein anerkannten Wirkungsarmut bereitzustellen sind. Vielmehr konzentriert man sich zunehmend auf die Frage, was darunter liegt: Für welche Neigungen und Defizite einer Stadt sind diese allgemeinen Mängel funktional? Es gilt also, das besondere aufzudecken, was diese eine Stadt ausmacht, und daraufhin den nächst abweichenden Schritt zu formulieren, den sie in ihrer Entwicklungslogik wird tun können. Es gilt, die Physiognomie einer Stadt zu begreifen: Wie ist sie gebaut? Wo will sie hin? Was kann man ihr abverlangen, was nicht?“* (Hoffmann-Axthelm, 1996, S. 217)

Hoffmann-Axthelms Blick richtet sich auf bestimmte einzelne Städte und deren Entwicklungslogik, die durch die je spezifischen historischen Konstellationen, die auf die Stadt wirkten, manifest wird und sich in den Artefakten und im „Charakter“ einer Stadt ausdrücken.

*„Was historisch geworden ist, ist nicht weg, sondern sedimentiert sich zu einer neuen Schicht des Stadtcharakters. Wir erleben im Augenblick, wie die Nachkriegszeit Charakter wird. Die Situation ist überholt, aber die Städte bewegen sich in einer tieferen Schicht als der der unmittelbaren Stadt- und wirtschaftspolitischen Oberfläche ganz so, als wäre die historische Situation noch in Geltung. Charakter erkennt man an diesem Unterschied zwischen Situation und von ihr nicht ergriffener Permanenz.“* (ebd., S. 217f)

Diese Gedanken drücken den sich abzeichnenden Wandel in der Stadtentwicklungsplanung aus: Planen und Bauen wird nicht mehr als Schöpfungsakt empfunden, in dem auf einer Tabula rasa neue Städte oder zumindest Stadtteile geschaffen werden, die vor allem den Anforderungen neuester Technik folgen. Das Wissen über die Komplexität gesellschaftlicher Strukturen und Subsysteme ist gewachsen. Zunehmend wird nach Anschlußmöglichkeiten an das Bestehende gesucht. Stadt wird analysiert auf der Suche nach Spuren, die ihre Entwicklungs- und Systemdynamik begreifbar machen.

<sup>39</sup> Neben der Effizienzstrategie, die auf die technologische Effizienzsteigerung des Nutzens vor allem nicht-erneuerbarer Ressourcen und Energie abzielt, wird eine Suffizienzstrategie formuliert, die unter dem Motto "Gut leben statt viel haben" steht. (vgl. Bund/Misereor, 1996)

<sup>40</sup> "Die Visionen der modernen Architekten waren elitäre Konzepte, die ihre Faszination nur im Prototyp bewahren konnten. Ihre massenhafte Anwendung zeigt, daß sie als eindimensionale Lösung für die Probleme des Verkehrs, des Massenwohnungsbaus oder der Freizeitgestaltung die vorhandene Stadtstrukturen und die Umwelt zerstören." (Reiß-Schmidt, Zwoch, 1990, S. 2412)

*„Stadtentwicklungsplanung, vor 30 Jahren in Zeiten zunehmender Regulierungen und weitreichender Planungs-bemühungen als neues Instrument zur allumfassenden Planung der Stadt kreiert, erfährt heute, in Zeiten von Effizienzsteigerung, Ökonomisierung und Flexibilisierung der Stadtplanung, unter also völlig veränderten Rahmenbedingungen, eine Renaissance.“ (Wentz, 1996, S.13)*

In Hinblick auf die Operationalisierung ist das Leitbild „nachhaltige Stadt“ allerdings noch sehr offen. Thomas Sieverts, ein Architekt und Stadtplaner, der sich seit Jahrzehnten mit Fragen der Stadtplanung auseinandersetzt, ist dennoch folgender Ansicht:

*„Wenn es gegenwärtig überhaupt ein unstrittiges Ziel der Stadtentwicklung gibt, dann besteht es in dem Ziel der ‘Nachhaltigen Stadtentwicklung (sustainable city development)’“ (Sieverts, 1997, S. 51)*

Und Martin Wentz (1996) meint:

*„Die UN-Weltkonferenz Habitat II in Istanbul führte im Sommer 1996 vor, wie es um unsere Städte steht - und formulierte Anforderungen an Stadtentwicklungspolitik. Sie ging dem Thema der Entwicklungschancen der Großstädte und der Nachhaltigkeit ihrer Entwicklungsstrategien nach. Der Begriff der Nachhaltigkeit drang damit neben der strategischen Komponente von Stadtentwicklung endgültig in den Mittelpunkt der Leitbild-diskussion und wirft auf politischer wie fachlicher Ebene die Notwendigkeit auf, Aussagen über die Tragfähigkeit und die Folgen weiteren Wachstums und zusätzlichen Landverbrauchs zu treffen.“ (Wentz, 1996, S. 16)*

Es bleibt offen, wie sich (europäische) Städte entwickeln und verändern werden. Die Tendenzen der letzten Jahre weisen in eine Richtung, die alles andere als nachhaltig ist. Die Diskussion um Nachhaltigkeit bietet zumindest die Chance, sich dessen bewußt zu werden und neue Modelle gesellschaftlichen Handelns zu entwickeln, die von den vermeintlich konsistent aufgebauten, häufig allzu linearen Strategien der Vergangenheit abweichen.

In der Metapher der Medizin - die im Städtebau eine lange Tradition hat - ginge es in diesem Sinne in Zukunft darum, den „Stadtkörper“ als Ganzes zu betrachten.

*„Von Heilung hat zwar die moderne Urbanistik seit Cerdá immer wieder geredet, keine Metapher lag ihr näher. Aber woran man dachte war - Höhepunkt Le Corbusier - die Chirurgie, das radikale Abschneiden und Neuansetzen. An die Stelle dessen sollte heute ein therapeutisches Denken treten, das in den gewollten modernen Zerstörungen das historisch Verdrängte liest und dem Stadtbewußtsein in einem schmerzhaften Prozeß der Provokation und der Erinnerung wieder zur Verfügung stellt.“ (Hoffmann-Axthelm, 1996, S. 219ff)*

Hoffmann-Axthelm plädiert dafür, „Stadt-agglomerationen zusammenzudenken“, „das einzelne, das lokale Detail zu sehen, aber in stoffwechselgenauer Abhängigkeit vom Ganzen“. (ebd., S. 215) Veränderung bedeutet für ihn Dynamisierung: „Nachrüsten des Bestehenden, Öffnen und Anreichern“; eine Aufgabe, die im Widerspruch steht zur Tendenz, „veränderungsbedürftige Zustände aus politischen oder finanziellen Rücksichten zu bestätigen, um sie einen Bogen zu machen und lieber weiter draußen Neuflächen in Anspruch zu nehmen“. Damit verstellt sich die Planung seiner Ansicht nach ihre eigentlichen Handlungsspielräume. Demgegenüber sollte es die Aufgabe eines Stadtentwicklungsplanes sein, „über eine Gesamtbestimmung der Stadt jede Teilfläche im neuen Licht auch neu zur Diskussion zu stellen, ihre veränderte Funktion im Ganzen zu diskutieren und Instrumente der Anpassung an den neuen Sachstand vorzuschlagen. Ein Stadtentwicklungsplan ist ein Gesamtplan, der auf die innere Beweglichkeit, den kapillaren Stoffwechsel aller Stadtgebiete zielt. Seine Aufgabe ist die Auflösung gerade aller Stillstellungen und toten Zonen, zugunsten einer lebendigen Reaktionsfähigkeit jeder lokalen Entwicklungseinheit auf die Bewegung aller anderen.“ (ebd., S.216f)

Wie wird also im Sinne der Nachhaltigkeit den städtischen Problemen begegnet? Sind neue Lösungsansätze sichtbar? Erschöpfen sich die Ideen in neuen Regelkatalogen? Wo werden die Ansichten aus der Vergangenheit weitergeführt und wo werden sie durch neue Überlegungen ersetzt?

Vorerst soll aber abgeklärt werden, warum gerade Städten eine besondere Bedeutung in der Diskussion um Nachhaltigkeit zukommt und welchen Rahmenbedingungen Stadtentwicklung heute begegnet.

### **3.1 RAHMENBEDINGUNGEN DER STADTENTWICKLUNG DER GEGENWART**

#### **3.1.1 Die Bedeutung von Städten in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung**

Der Diskurs um Nachhaltigkeit hat sich aus einer internationalen, weltweiten Diskussion um das ökologische Gleichgewicht auf der Erde einerseits, und die Verteilung von Lebenschancen und Umweltraum andererseits entwickelt (vgl. Kapitel 1). Es geht „schlicht und einfach um ein neues Gesellschaftsmodell, um einen ‘Vertrag’, in einem Land so zu wirtschaften und zu leben, daß

allen Menschen im eigenen und jedem anderen Land, gegenwärtig und zukünftig die gleichen Chancen zum Leben eingeräumt werden können“, wie Dangschat (1997) es formuliert. Trotz dieses globalen Anspruchs kommt Städten eine ganz besondere Bedeutung in diesem Diskurs und vor allem auf der Umsetzungsebene zu. Städte werden aus mehreren Gründen zu einem zentralen Schauplatz zukünftiger Entwicklung. Jürgen Friedrichs (1983, S. 14) meint dazu:

*„Analysen der Stadt lassen sich zunehmend weniger von Analysen der Gesellschaft trennen. Je stärker sich die Bevölkerung eines Lands in den metropolitanen Gebieten konzentriert und sich die Verhaltensmuster der metropolitanen Bevölkerung ausbreiten, um so schwieriger wird es, "(Groß-) Stadt" und "Gesellschaft" als spezifische Untersuchungsobjekte zu konstituieren. Stadtanalysen sind Gesellschaftsanalysen, Gesellschaftsanalysen auch Stadtanalysen.“*

In den Industrieländern leben schon heute 60 - 80% der Bevölkerung in Städten (Hahn, 1992, S. 15), und das Bevölkerungswachstum in den Agglomerationen ist sowohl im Süden als auch im Norden ständig im Wachsen begriffen. Darüber hinaus beginnt sich die Unterscheidung zwischen Stadt und Land zunehmend zu verwischen. Zum einen dehnen sich städtische Agglomerationen immer weiter in das Umland aus, zum anderen schwinden traditionelle ländliche Lebensformen sukzessive. Dies drückt sich auch in der „ästhetischen Homogenisierung“ von Stadt und Land aus.

*„Es gibt keine Unterschiede zwischen Bauten in der Stadt, am Stadtrand und auf dem Land, so daß der herkömmliche qualitative Sprung zwischen Stadt und Land zu einem reinen Kontinuum verflacht, zu einer bloßen Angelegenheit der Größe und Menge. Eine moderne Stadt ist nur ein großes Dorf, oder umgekehrt, ein modernes Dorf nur ein Stadt im Kleinformat.“* (Sieferle, 1997, S. 192)

In den industrialisierten Ländern beruht das städtische Wachstum vor allem auf Wanderungsgewinnen; der Geburtenzuwachs ist tendenziell negativ. Die Bevölkerungsgewinne zeigen sich vorwiegend in den suburbanen Gebieten, ganz generell beobachtet man heute ein stärkeres Wachstum der Mittelstädte, sofern sie im Einzugsbereich großer Agglomerationen liegen. Die Wohnbevölkerung in den Kernstädten großer Agglomerationen nimmt seit wenigen Jahrzehnten tendenziell wieder ab. (vgl. Hamm, Neumann, 1996, S. 96)

Städte sind ein konkreter Ort, an dem sich die Auseinandersetzung um ein Leitbild wie das der nachhaltigen Entwicklung manifestieren kann.

Nachhaltigkeit braucht nicht nur einen konkreten Schauplatz; materiell betrachtet sind gerade die Städte der Ort, an dem die ökologischen Probleme ihren Ursprung haben. Städte sind Gebilde, die ohne Material- und Energiezufuhr von außen nicht überlebensfähig wären. Sie verbrauchen die meisten Ressourcen und bedürfen gleichzeitig auch der Umwelt zur Aufnahme ihrer Emissionen und Abfälle. Eine zentrale Problemstellung im Hinblick auf Nachhaltigkeit liegt in dem enormen Flächenverbrauch von Städten, der weiterhin zunimmt. Im Bild des ökologischen Fußabdrucks gesprochen, verbraucht Wien beispielsweise eine Fläche, die 1.336 mal so groß ist, wie die Gemeindefläche (Dumreicher, 1995, S. 34). Die kompakte historische Stadt existiert nicht mehr. An ihre Stelle sind städtische Gebilde getreten, die die Landschaft vereinnahmen, in sie zerfließen. Dieser Prozeß der Stadtextension, der durch eine Dekonzentration von Bevölkerung und Produktion, Verwaltung und Handel gekennzeichnet ist, wird soziologisch als Suburbanisierung bezeichnet (Friedrichs, 1983, S. 168ff). Die so entstehenden „Zwischenstädte“ (Sieverts, 1997) spielen in der Stadtplanung eine entscheidende Rolle. (vgl. auch weiter unten: „Räumliche Situation ...“)

Auf der anderen Seite findet sich aber gerade in den Städten das größte innovative Potential. Städte sind von Vielfalt in jeder Hinsicht geprägt. In der Stadt treffen sich die Interessen diverser AkteurInnen auf allen unterschiedlichen räumlichen Ebenen: wirtschaftliche Aktivitäten erstrecken sich von transnationalen Unternehmen bis zu Familienbetrieben und den einzelnen KonsumentInnen; städtische Politik hat globale, internationale, nationale, kommunale, lokale, auf einen Stadtteil oder auch nur eine/mehrere Wohnungen bezogene Dimensionen; Technologie wird vorwiegend in den Städten entwickelt und angewandt; ebenso die meisten anderen Wissenschaften; auch die größte Zahl an NutzerInnen leben in den Städten, die von zunehmender kultureller Pluralität geprägt sind. Konflikte, die sich aus unterschiedlichen Interessen ergeben, müssen auf einer beschränkten Fläche ausgetragen werden.

*„Dieses Nebeneinander ereignet sich in einem Kontext, in dem einerseits die Internationalisierung der Wirtschaft drastisch zugenommen hat und die Städte für das globale Kapital von zunehmender strategischer Bedeutung werden und andererseits die an den Rand gedrängten Menschen an repräsentativer Macht gewonnen haben und ebenfalls Ansprüche an die Stadt anmelden. Ins Blickfeld rückt dieses Nebeneinander vor allem auch deshalb, weil die Kluft zwischen den beiden Extremen immer tiefer wird.“* (Sassen, 1996, S. 168)

### 3.1.2 Räumliche Situation moderner westeuropäischer Städte und der materielle und energetische Aspekt

Die Stadtentwicklung in Deutschland - was wohl auch für Österreich zutrifft - wird von Prinzipien einer technisierten, hochgradig arbeitsteiligen und individualisierten Gesellschaft bestimmt und schlägt sich vor allem in drei großen Trends nieder, die ursächlich miteinander verknüpft sind (vgl. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1996, S. 5ff):

- \* Die *räumliche Ausdehnung der Siedlungsfläche* in das weitere Umland der Agglomerationsräume nimmt infolge veränderter und intensivierter Suburbanisierungsprozesse zu. Dieser "flächenfressende" Siedlungsdruck ist durch hohe Bevölkerungszuwächse in den großen Agglomerationen, sowie durch Veränderungen in der Haushaltsstruktur<sup>41</sup> bedingt. Daneben sind Gewerbe- und Industrieflächen sowie Verkehrsflächen überproportional gewachsen. Die Ausdehnung von Städten in das Umland wird dadurch begünstigt, daß die Baulandreserven in den Kernstädten schwinden, daß Boden- und Mietpreise weiter hoch sind und noch steigen, und daß Umlandgemeinden aus fiskalischen Gründen ein Interesse an dieser Entwicklung haben und sie begünstigen.
- \* Die *zunehmende räumlich-funktionale Entmischung* von Wohnungen, Arbeitstätten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen, die das Verkehrsaufkommen vermehren und die Erlebnisvielfalt städtischer Räume reduzieren. Die Ursachen dafür liegen ebenso im Bodenmarkt, aber auch in Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Einzelhandel und bei kommerziellen Freizeitangeboten.
- \* Der *Anstieg und die räumliche Ausweitung des Individual- und des Wirtschaftsverkehrs* bedingen eine Zunahme der verkehrsbedingten Emissionen und der Lärmbelästigung. Die wesentlichen negativen Folgen sind der Verbrauch nicht-erneuerbarer Energieträger, die Flächeninanspruchnahme (auch des ruhenden Verkehrs) und die Zerschneidung von Natur-

räumen. Die Ursachen liegen in den beiden zuvor genannten Trends und in der zunehmenden Individualisierung und wachsenden Erlebnisorientierung, die eine Ausdehnung und Differenzierung der Aktionsräume zur Folge haben.

Für diese Entwicklung wird das Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ und die vollzogene - wenn auch in der Form nicht intendierte - Funktionstrennung<sup>42</sup> verantwortlich gemacht. Diese Funktionstrennung wirkte sich auch im Bereich der Planung aus, die immer stärker in einzelne Fachbereiche zerfiel

*„In der Zeit seit dem Beginn der Industrialisierung haben die Planer gelernt, die Stadt analytisch in einzelne Tätigkeitsbereiche zu zerlegen, um diese jeweils isoliert - also ohne Beeinträchtigung oder Störung durch andere Bereiche - baulich perfekt zu bedienen.“* (Feldtkeller, 1994, S. 26)

Diese Vorstellung steht dem traditionellen Verständnis von Stadt diametral entgegen, merkt Feldtkeller weiter an. Sie hat sich im Planungsrecht niedergeschlagen und wird durch ihre Umsetzung in bauliche Wirklichkeit immer wieder bestätigt. Dieser Umstand drückt sich auch darin aus, daß Bauwerke als Solitär geplant werden, so als stünden sie „quasi auf einem besonderen Podest wie ein Kunstwerk“.

*„Das Werk ist nicht mehr Teil einer Straße oder eines Stadtviertels, sondern steht abgelöst von jedem Kontext in einer von der konkreten Stadt unabhängigen Welt - in einer Welt, die durch Licht, Luft, Sonne, Natur, Weite, letztlich durch eine ins Ideale erhobene Wüste repräsentiert wird. Die Idee des Heraustrennens hat sich in der modernen Architektur (und möglicherweise in anderen Lebensbereichen ebenso) zu einem Mythos des Isolierens verdichtet. Die Frage, was Trennen und Verbinden im Gefüge der Stadt bedeuten, stellt sich gar nicht mehr: Das Herausgeschnittene, Abgesonderte, aus dem Kontext heraustretende wird zum Modernen schlechthin.“* (ebd., S. 27)

Mit Verweis auf Roland Barthes stellt Feldtkeller fest, daß diese Form der Isolierung des einzelnen Werkes von seiner Umgebung eine Möglichkeit ist, das architektonische und städtebauliche Handeln in seiner Aussage zu entpolitisieren.

41 Ein- und Zwei-Personen-Haushalte nehmen zu. "In Städten über 100 000 Einwohner sind 40 % aller Haushalte Ein-Personen-Haushalte." (Häußermann, Siebel, 1987, S. 13) Dieser Umstand alleine bedeutet eine Zunahme der durchschnittlichen Fläche für privates Wohnen. Darüber hinaus schlägt sich aber auch der steigende Wohlstand in einer Nachfrage nach mehr Wohnraum nieder.

42 Das Leitbild der "funktional gegliederten Stadt" wurde "allen Baugesetzen zugrunde gelegt, insbesondere der Baunutzungsordnung, nach der bis heute praktische Flächennutzungsplanung betrieben wird. In der Regionalplanung entspricht diesem Leitbild die Vorstellung von der räumlich-funktionalen Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Regionen." (Neddens, 1986, S. 242) Diese Planungsansätze wurden zwar etwas korrigiert, daraus folgten aber nur marginale Änderungen, die das Leitbild nicht grundsätzlich in Frage stellten.



*„In allen Phasen von der klassischen Moderne bis hin zur Postmoderne und zum Dekonstruktivismus ist die Definition des Orts durch das Werk (bzw. seinen Architekten) und nicht das Einfügen des Werks in den Kontext des Orts das prägende Thema.“ (vgl. ebd., S. 29f)*

Die beschriebenen quantitativen Trends haben aber auch zu erheblichen qualitativen Veränderungen in den Städten geführt. Unsere Vorstellungen von Stadt orientieren sich immer noch oder wieder am Bild der „Alten Stadt“, mit ihrer Nutzungsmischung, ihrer Parzellenstruktur und ihren von Gebäudewänden gebildeten öffentlichen Räumen. Obwohl Stadt schon seit langem diese kompakte Gestalt und die traditionellen sozialen Bezüge verloren hat und zunehmend fragmentiert wurde, fehlt uns eine adäquate Versinnbildlichung der modernen Agglomerationsräume.

Die „Zwischenstadt“ „ist die Stadt zwischen den alten historischen Stadtkernen und der offenen Landschaft, zwischen dem Ort als Lebensraum und den Nicht-Orten der Raumüberwindung, zwischen den kleinen örtlichen Wirtschaftskreisläufen und der Abhängigkeit vom Weltmarkt.“ (Sieverts, 1997, S. 7) „Zwischenstädte“ sind ein Phänomen, das sich auf der ganzen Welt beobachten läßt. Trotz aller gewaltigen Unterschiede in den einzelnen Ländern haben sie die gemeinsame Eigenschaft, daß sie kaum noch etwas mit den jeweiligen örtlichen vorindustriellen Stadttraditionen zu tun haben, sondern eher quer über alle Kulturen der ganzen Welt hin bestimmte gemeinsame Merkmale tragen:

*„Eine auf den ersten Blick diffuse, ungeordnete Struktur ganz unterschiedlicher Stadtfelder mit einzelnen Inseln geometrisch-gestaltlicher Muster, eine Struktur ohne eindeutige Mitte, dafür mit vielen mehr oder weniger stark funktional spezialisierten Bereichen, Netzen und Knoten.“ (ebd. S. 15)<sup>43</sup>*

Gleichzeitig nähert sich auch die „Alte Stadt“, der Stadtkern hinter den historischen Fassaden immer mehr den Einkaufszentren der Peripherie an. Damit wird die „Identitätsstruktur“ der „Alten Stadt“ überlastet und bricht zusammen. (vgl., ebd., S. 31)

Die Veränderungen des öffentlichen Raumes sind ein weiteres Zeichen für die Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels. So kommt Richard Rogers beispielsweise zu dem Schluß, daß das Grundproblem der modernen Stadt in der Zerstörung der öffentlichen Sphäre bestehe.<sup>44</sup> „Wir erleben die Zerstörung des Inbegriffs von Stadt. (...) Das Fehlen lebendiger öffentlicher Räume hat schreckliche soziale Konsequenzen.“ (Rogers, 1995, S. 30) Es führt zu einer „Spirale des Niedergangs“: zum Rückzug aus der (Innen-)Stadt, wachsende innerstädtische Armut, zunehmendes Ausweichen auf privaten Wachsenschutz und Individualverkehr, die Vermehrung monofunktionaler (eindimensionaler) Orte und die Explosion von Auseinandersetzungen.

Feldtkeller, Architekt und Stadtplaner und seit 1972 Leiter des Stadt-sanierungsamtes in Tübingen, setzte sich explizit mit dem baulich-räumlichen Gefüge und dessen Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen in der Stadt auseinander. Sein Interesse gilt der Frage, „wie eine Stadt räumlich organisiert, wie sie aus einzelnen Elementen wie aus einem Baukasten zusammengesetzt sein muß, damit Urbanität entstehen kann - oder damit, umgekehrt formuliert, Urbanität wenigstens nicht unterdrückt wird.“ (Feldtkeller, 1994, S. 21) Er vertritt die These, daß die Stadt ihren gesellschaftlichen Zweck verloren hat. So wie die gesellschaftlichen Werte und Normen des Zusammenlebens sich verändern und damit traditionelle Bezugspunkte verloren gehen, geht auch die Stadt als Medium dieser Werte - als „Kraft, durch die die gesellschaftlichen Werte immer wieder aufgefrischt und an veränderte Wirklichkeiten angebunden wurden“ - verloren.

*„Eine zweckentfremdete Stadt ist eine Stadt, der die eigentliche, die gesellschaftliche Bestimmung verlorengegangen ist. Die den Zweck aufgegeben hat, eine auf Zukunft ausgerichtete Stadtkultur zu produzieren. Dabei wird auch der Begriff Stadt seinem ursprünglichen Inhalt entfremdet. Die Stadt ist nicht mehr unauflösbar mit dem Städtischen verbunden, sondern ein bloßer Name für eine Siedlungseinheit ohne Inhalt.“ (ebd., S. 13)<sup>45</sup>*

43 Ein besonders ausgeprägtes Beispiel stellt das Ruhrgebiet dar, da dort die historischen, traditionellen stadtbildenden Kräfte gar nicht erst zur Wirkung kamen, und die Städte zu einer Ansammlung von Stadtfeldern zusammengewachsen sind.

44 Habermas (1996) untersuchte den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ eingehend. Er entwickelte einen Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit aus den historischen Kontexten der englischen, französischen und deutschen Entwicklung im 18. und frühen 19. Jahrhundert und beschreibt dessen Struktur- und Funktionswandel, der in die Transformation von Staat und Ökonomie eingebettet ist. Habermas' Beschreibung dieses Prozesses macht deutlich, welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte hinter den räumlichen Veränderungen stehen.

45 Ganz ähnlich, aber etwas weitreichender, argumentiert auch Hoffmann-Axthelm (1993) in seinem Buch „Die dritte Stadt“. Er stellt fest, daß der Gründungsvertrag der antiken Stadt bis zum Ende der Antike gehalten hat, und daß die Möglichkeiten des auf der Grundlage der mittelalterlichen Trennung von Stadt und Land geschlossenen zweiten Gründungsvertrages, der der europäischen Stadt, unwiderrücklich erschöpft sind. Sein Plädoyer gilt der Aushandlung einer dritten Stadt, bei der es vor allem darum geht, den Herausforderungen der „ökologischen Untragbarkeit“ unseres Handelns und der „Einwanderung der Armutswelten des Südens und des Ostens“ mit mutigen Entscheidungen gegen fortgesetztes industrielles Wachstum zu begegnen.

Diese Entwicklung schlägt sich insbesondere in der Veränderung des öffentlichen Raumes nieder, der traditionell einen Bereich darstellte, „der einer konkreten vorbestimmten Nutzung entzogen war“, was eine Voraussetzung dafür lieferte, daß sich städtisches Leben oder „Urbanität“ überhaupt entfalten konnte. (vgl. ebd. S. 42) Diese funktionale Unbestimmtheit ließ ein enges Nebeneinander von privater und öffentlicher Sphäre zu, erzwang dies sogar. Die Straße spielt nach Feldtkeller eine entscheidende Rolle: an ihr stießen Öffentliches und Privates hart zusammen; entlang der Grenzlinie ergab sich aber auch zugleich die Chance der Verzahnung.

Am Beispiel eines mittelalterlichen Platzes (des Campo von Siena) arbeitet Feldtkeller fünf spezifische Elemente heraus, die den Platz bestimmen (vgl. S. 56): 1. Die den Platz begrenzende Bebauung beinhaltet eine große Vielfalt von Nutzung (Wohnen, Gewerbe, Stadtregierung). 2. Das Leben auf dem Platz steht in engem Wechselspiel mit dem Leben in den angrenzenden Gebäuden. 3. Die Bauteile, die eine Verbindung herstellen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten (Fenster, Läden, Tore) sind nicht nur zweckmäßige Werkzeuge des Heraus und Herein, sondern auch Abbilder der Kommunikation, für die es eine verbindliche Norm der Gestaltung gab. 4. Der Platz wird als geschlossener Raum wahrgenommen, der dennoch durch mehrere Zugänge geöffnet ist. Er hat aber nicht die Funktion einer Straßenkreuzung. 5. Der Platz erhält durch die „poetische Ausschmückung“ (z.B. ziegelsteinernen Bodenbelag, Brunnen, Ausnutzung der Topographie etc.) seine spezifische Identität.

Heute existiert das alles nicht mehr, oder bestenfalls als Relikt vergangener Zeiten. Nutzungsmischung wurde von der Funktionstrennung und „Nutzungsverdünnung“ abgelöst. Die Straße hat ihre Funktion als verbindendes und trennendes Element verloren, sie dient dem Verkehr und schließt andere Nutzungsformen regelrecht aus. Der erfahrbar umschlossene Raum ist verschwunden; mit der Konstruktion von Gebäuden als Solitäre wird der Raum zwischen den Gebäuden zur reinen Abstandsfläche, die von den Bewoh-

nerinnen und Bewohnern nicht mehr angeeignet werden kann. Freier Raum reduziert sich auf ein Überwindungshindernis, in dem sich kommunikative Aspekte auf ein Minimum reduzieren. Fenster und Tore verlieren in der modernen Architektur nicht nur ihre kommunikative Dimension, sondern auch ihre Zweckmäßigkeit. Man braucht sich nur ein verglastes mehrstöckiges Gebäude<sup>46</sup> vorzustellen, dessen Fenster vielleicht gar nicht mehr zu öffnen sind, weil die Klimaanlage den Luftaustausch übernommen hat. Die Eingangsbereiche wirken oft mehr wie der Zugang zu einer Höhle, einem undefinierten Inneren, und erwecken keinen besonders einladenden Eindruck.

Diese baulich-räumlichen Aspekte sind hier nur im Sinne einer Illustration der Entwicklung erwähnt. Es ist zwar spannend, den Gesellschaftswandel auch an den Artefakten abzulesen, es soll deshalb aber nicht der Eindruck entstehen, daß das Wissen um baulich-räumliche Effekte bereits eine Veränderung zukünftiger Gestaltung bewirken würde. Der Raum und die in ihm befindlichen Artefakte drücken gesellschaftliche Werte und Normen aus, sie schaffen sie nicht.<sup>47</sup>

Was die materielle und energetische Seite der Stadt betrifft, zeigt sich, daß sowohl der Verbrauch von Material als auch von Energie vor allem seit den fünfziger Jahren enorm gestiegen ist. Der Stoffwechsel industrialisierter Volkswirtschaften ergibt sich im wesentlichen aus der Bauintensität, den Ernährungsgewohnheiten und der Energieversorgung, also aus der Befriedigung der „elementarsten Bedürfnisse - räumliche Geborgenheit, Schutz vor Witterung, Hunger und Durst.“ Demgegenüber spielt die Masse der Konsumgüter (Autos, Wohnungseinrichtung, Werkzeuge, HiFi-Geräte, Computer, Spielwaren, usw.) eine eher geringfügige Rolle, wenn man einmal von den Herstellungsbedingungen und -verbräuchen absieht, die sicher auch ein hohes Einsparungspotential beinhalten. Hüttler/ Payer/ Schandl resümieren: „Die Naturabhängigkeit gesellschaftlicher Prozesse ist durch den Industrialisierungsprozeß nicht geringer geworden. Deutlich verändert haben sich allerdings die Dimensionen der materiellen Austauschprozesse.“ (Hüttler/ Payer/ Schandl, 1997, S. 72)

46 Das Haas-Haus am Stephansplatz oder das IBM-Gebäude auf der Lassallestraße im 2. Bezirk in Wien sind gute Beispiele dafür.

47 Feldtkeller beschreibt eindrucksvoll anhand der Geschichte des Palais Royal, wie sich ein Ort in Anlehnung an gesellschaftliche Veränderungen in seiner Funktion langsam wandelt. Bereits im 17. Jahrhundert wird aus dem Garten des Kardinals Richelieu ein öffentlicher Park und später dann „ein aus dem Straßenbetrieb herausgelöster, zurückgezogener Treffpunkt für Literaten, Zeitungsmacher und andere Leute, die ein urbanes Milieu suchen, aber den Banalitäten des Alltagslebens auf den verkehrsreichen Straßen mit ihren unangenehmen Belästigungen aus dem Weg gehen wollen. Später säumen das Quartier Wohnungen, Cafés und Läden für einen gehobenen Bedarf.“ Es kommt langsam „zum Umschlag von der Zwanglosigkeit des Alltags zu einer Verbindung von Müßiggang und Kommerz“. (S. 103) Die alltagsweltliche Nutzung verschiebt sich hin zur Repräsentation von Luxus und marktorientierter Nutzung.

*„Rund die Hälfte des Materialinputs (115 Mio t mineralische Materialien) wird in Form von Bauten und Anlagen (Infrastruktur und Investitionsgüter) langfristig gebunden und stellt damit einen jährlichen Nettozuwachs von Beständen dar (Abbruchmaterial bereits saldiert). Vom gesamten Bedarf an mineralischen Rohstoffen entfallen rund zwei Drittel auf die Grundstoffe für Bautätigkeiten (Schotter, Sand, Kies, Kalk, Ton etc.). Insbesondere die hohe Bautätigkeit macht deutlich, daß nicht nur akute Risiken, zum Beispiel in Form toxischer Substanzen, sondern auch der Materialumsatz an sich ein essentielles Kriterium nachhaltiger Entwicklung darstellt.“* (ebd., S. 78)

### 3.1.3 Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

*„Spätestens seit Beginn der neunziger Jahre bestimmt die wirtschaftliche Sanierung der Städte das politische Handeln der Kommunen. Mitverursacht durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, sehen sie sich gezwungen, ihre Wettbewerbsfähigkeit auch im europäischen Maßstab unter Beweis zu stellen, ein eigenständiges Profil zu entwickeln und schonams mit dem Mittel Geld umzugehen. Die „schlanke Verwaltung“ ist seither ihre Losung, mit deren Hilfe sie ihre Kommunalverwaltungen umstrukturieren, Hierarchien abbauen und neue Handlungsspielräume für die Kostensenkung entdecken.“* (Bund/Misereor, 1996, S. 253)

Daß Städte zunehmend „in ihrer Funktion auf Unternehmen und Wirtschaftsstandorte reduziert“ werden stellt auch Dangschat fest. PolitikerInnen, VerwalterInnen und PlanerInnen der Städte greifen in immer stärkerem Maße zu unternehmerischen Strategien, um „einen Teil des immer umfangreicher um den Globus zirkulierenden spekulativen Anlagekapitals in die eigenen Mauern zu lenken“. Zu diesem Zweck werden vor allem die „weichen“ Standortfaktoren gestärkt (Kultur, Architektur, Lebensqualität, Schaffen eines „wirtschaftsfreundlichen Klimas“), und die zentralen Einkaufs-, Hotel-, Messe- und Flughafenbereiche und die innenstadtnahen Wohngebiete (Gentrification) aufgewertet, um den Geschmack der aufstrebenden Mittelschichten der Dienstleistungsklasse zu befriedigen. (vgl., Dangschat, 1997, S. 183)

Diese Strategie verursacht eine zunehmende sozialräumliche Spaltung der Stadtgesellschaften, „wobei die These aufgestellt wird, daß in ökonomisch erfolgreichen Jahren die Polarisierung sehr viel schneller zunimmt“. Dies führt Dangschat zu der Aussage: „Je stärker eine Stadt sich in einen

Standortwettbewerb um 'Schlüsselproduktionen' und oder zentrale Dienstleistungen begibt, desto eher verstoßen die Strategien gegen die Ziele der Nachhaltigkeit.“ (ebd., S. 184)

Hamm und Neumann (1996) zeigen auf, daß „die Möglichkeiten eigenständigen kommunalen Handelns (..) überaus eingeschränkt“ (S. 274f) sind, obwohl - in Deutschland - eine grundgesetzlich garantierte Kommunalautonomie besteht. Zudem sind die Gemeinden von den Einnahmen der Gewerbesteuer abhängig, die nicht nur extrem konjunkturanfällig, sondern „inzwischen auf relativ wenige Großbetriebe beschränkt“ sind.

*„Damit bleiben die Gemeinden von solchen Betrieben abhängig und geraten in scharfe Konkurrenz untereinander um die Ansiedlung solcher Unternehmen.“* (ebd., S. 281)

Diesem Imperativ begegnen die Gemeinden mit vorauseilendem Gehorsam und „transnationale Unternehmen machen sich die Notlage seit Jahren zunutze und erpressen die Gemeinden regelrecht“. (ebd.) Wie wenig Einfluß kommunale Behörden haben, zeigt sich auch in der Tatsache, daß zahlreiche Betriebe nur noch auf der Ebene des lokalen Managements in einer Gemeinde vertreten sind, und viele Entscheide in weit entfernten Konzernzentralen unter weitgehendem Ausschluß spezifischer lokaler Interessen gefällt werden.

Die AutorInnen der Wuppertalstudie heben als positiven Nebeneffekt dieser Entwicklung, die auch zur Streichung von Sozialhilfen, sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen führte, hervor, „daß Kooperation und Integration in der Stadt zunehmen und die Bürgerin und der Bürger als Mitwirkende gefragt sind“. (Bund/Misereor, 1996, S. 253) Dies äußert sich nicht nur in Bürgeranhörungen und Bürgerforen - die schon seit längerem zum normalen Alltagshandeln kommunaler Politik gehören -, sondern auch an der zunehmenden Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Diskussion um Stadtentwicklungspläne und konkrete Projekte. Obwohl diese Entwicklung zutreffen mag, ist dem dennoch entgegen zu halten, daß der Einfluß, den Bürgerinnen und Bürger auf die Planung haben, immer noch sehr gering ist. Das kann auch nicht weiter verwundern, wenn man den Blick auf die städtische Abhängigkeit vom Weltmarkt richtet. Auch in der Wuppertalstudie wird festgestellt:

*„Die Folgen städtischen Lebens werden heutzutage weiträumig externalisiert. (...) Rohstoffe und Waren kommen aus aller Welt, ökologisch negative Folgen, wie Abwässer und Müll, werden über weite Strecken, teilweise in andere Länder oder sogar Erdteile transportiert. Die ehemals überwiegend regionalen Beziehungen und Abhängigkeiten haben sich global ausgeweitet und das frühere Stadt-Land-Verhältnis wurde zu einem Stadt-Weltmarkt-Verhältnis weiter entwickelt. Mit der Folge, daß sich Städte wie in einem Supermarkt aus „ihren“ weltweit verstreuten Zulieferer-Regionen bedienen.“ (Bund/Misereor, 1996, S. 254f)*

Saskia Sassen (1996), Professorin für Stadtplanung an der Columbia University in New York, beschäftigte sich eingehend mit den Auswirkungen der Globalisierung auf die Städte, wobei sie eine transnationale Perspektive einnimmt, die davon ausgeht, „daß wir es mit einem dynamischen System oder Gefüge von Transaktionen zu tun haben, die sich naturgemäß zwischen verschiedenen Standorten abspielen, welche auf mehr als nur ein Land verteilt sind.“ (Sassen, 1996, S. 26)<sup>48</sup> Sie prägte den Begriff „Global Cities“ für bestimmte größere Städte, die „nunmehr eine strategische Rolle spielen“ - dazu zählen zum Beispiel New York, London, Tokio, Paris, Frankfurt, Zürich, Amsterdam, Sydney, Hongkong

*„Einige dieser Städte fungieren bereits seit Jahrhunderten als Zentren des Welthandels und Bankgeschäfts, aber abgesehen von diesen althergebrachten Funktionen dienen die Global Cities von heute erstens als Steuerungszentralen innerhalb der Organisation der Weltwirtschaft, zweitens als wesentliche Standorte und Marktplätze für die derzeit führenden Wirtschaftszweige, d.h. für das unternehmensorientierte Finanz- und Dienstleistungsgewerbe, und drittens als wesentliche Produktionsstandorte dieser Gewerbezweige, wozu auch die Produktion von Innovationen gehört. Manche Städte erfüllen im kleineren geographischen Maßstab trans- und subnationaler Regionen ähnliche Funktionen.“ (ebd., S. 20)*

Sassen analysiert auch, welche Auswirkungen transnationale Städtennetze auf die Ökonomie einzelner Städte und auf deren Raumgestaltung hat. Ihr Blick geht dabei über den in den Sozialwissenschaften üblichen analytischen Rahmen des Nationalstaates - der dadurch in vielfältige

Bestandteile zerlegt wird - hinaus und orientiert sich an Städten als miteinander verwobene Schauplätze von transnationalen Prozessen, Orte also, die in einem dynamischen Systemzusammenhang stehen.

Die Entwicklung moderner Gesellschaften vom Sekundärsektor hin zum Tertiärsektor, die sich schon in den sechziger Jahren abzuzeichnen begann, hat in den achtziger Jahren noch zusätzliches Gewicht durch die Globalisierung der Wirtschaftstätigkeit erhalten; nicht nur auf Weltniveau, sondern bei entsprechend geringerer Komplexität auch im kleineren, regionalen Maßstab. Im Gegensatz zu der weitverbreiteten These, daß jede Form von Unternehmen durch die Informationstechnologien ihre Standorte überall, also auch außerhalb der Städte wählen kann, stellt Sassen fest, daß es in den achtziger Jahren in den Geschäftsvierteln der Großstädte zu einer explosionsartigen Zunahme an Firmen kam, die ihre höchste Dichte ausgerechnet dann erreichten, als die Telekommunikation massiv in allen fortgeschrittenen Industriezweigen eingeführt wurde. Es ist also eine „neue Logik zur Agglomeration“ am Werk: „Die territoriale Streuung der wirtschaftlichen Unternehmungen, wovon die Globalisierung eine Form darstellt, fördert das Wachstum zentralisierter Funktionen und Abläufe.“ (ebd. S.161) Die größeren Städte gewinnen erneut als Schauplatz bestimmter Aktivitäten und Funktionen an Bedeutung, da globale Streuung und globale Integration der Wirtschaft zugleich stattfinden.

Global Cities sind also strategische Produktionsstätten der heute führenden Wirtschaftssektoren. Das spiegelt sich auch in der wachsenden Bedeutung dieser Tätigkeiten für die städtischen Ökonomien. „Auf diese Weise materialisieren sich die räumlichen Effekte der wachsenden Dienstleistungsintensität sämtlicher Industrien in Städten.“ (ebd. S.162)

Manche Städte sind als strategische Orte innerhalb der globalen Wirtschaft zu betrachten, die meisten Städte gehören allerdings nicht dazu. Die Städtesysteme der westeuropäischen Länder weisen und weisen weltweit den höchsten Grad an Ausbalanciertheit<sup>49</sup> auf. (vgl. ebd., S. 59) In den

<sup>48</sup> Ihre Perspektive unterscheidet sich damit von den herkömmlichen Ansätzen der Stadtforschung, die in erster Linie einzelne Städte und einzelne Länder untersuchen. Sassen konzentriert sich auf die „Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung auf die Stadt, die neuen Ungleichheiten zwischen den Städten und innerhalb der Städte sowie auf die neue städtische Ökonomie“; Veränderungen also, die wesentliche Merkmale unserer Zeit widerspiegeln. (Sassen, 1996, S. 26)

<sup>49</sup> In der Forschungsliteratur über Städte werden nach Sassen zwei Haupttypen von Städtesystemen unterschieden: die „balanced urban systems“ - die ausbalancierten oder multipolaren Städtesysteme (Beispiel: westeuropäische Länder) - und die „primate urban systems“ - die unipolaren Städtesysteme, in denen eine Stadt die absolute Vormachtstellung einnimmt, wofür die lateinamerikanischen Länder als Paradebeispiel gelten. (vgl. Sassen, 1996, S. 50)

80iger Jahren (insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts) verzeichneten die wichtigsten europäischen Großstädte erneut Bevölkerungswachstum und beachtliches Wirtschaftswachstum. Entsprechend verlangsamte sich das Wachstum der kleineren Städte oft ausgesprochen drastisch. Der wirtschaftliche Wandel, wie er in allen Industrieländern beobachtet werden kann, hat organisatorische und räumliche Auswirkungen, und zwar insofern, als sich die traditionellen nationalen Städtesysteme wandeln. „Mit Blick auf die Rekonfiguration der westeuropäischen Städtesysteme“ lassen sich drei unterschiedliche Tendenzen feststellen:

*„Erstens kam es zur Herausbildung mehrerer subeuropäischer, regionaler Zusammenhänge (...). Zweitens konnte eine begrenzte Zahl von Städten innerhalb des Territoriums der alten EWG und einiger angrenzender Staaten (Österreich, Dänemark, Griechenland) ihre Rolle in dem sich herauskristallisierenden Städtesystem stärken. Schließlich sind einige dieser Städte auch Teil eines auf globaler Ebene agierenden Städtesystems.“* (ebd., S. 60)

Durch den Wandel in Osteuropa wird die Bedeutung der westeuropäischen Städte wieder zunehmen, was umgekehrt die Position anderer randständiger Städte in diesen Regionen mit großer Wahrscheinlichkeit schwächen wird. So entwickeln sich Wien und Berlin zu internationalen Geschäftszentren mit Drehscheibenfunktion nach Mitteleuropa.<sup>50</sup> (vgl. ebd., S. 62)

Weiters ist zu erwarten, daß die Immigration - aus Osteuropa, Afrika und dem Nahen Osten - zunehmen und das Bild vieler europäischer Städte dauerhaft prägen wird.<sup>51</sup> Für einige Städte (vor allem Hafenstädte wie z.B. Marseille, Palermo, und Neapel) bedeutet das, daß sie in der Rangordnung der führenden Städte Europas weiter nach unten rutschen, wodurch sich die interurbane Polarisierung weiter verschärfen wird. (vgl. ebd. S. 63f) Aber auch Berlin und Wien sind

bevorzugte Wanderungsziele.

Städte sind also in verschiedene wirtschaftliche Verknüpfungen über nationale Grenzen hinweg eingebunden. „Darüber hinaus gibt es eine wachsende Zahl von Verknüpfungen, die nur indirekt ökonomischer Natur sind.“ (ebd., S. 68) Dazu zählen ein Reihe von Initiativen, die von den Stadtverwaltungen selbst ergriffen werden, wie zum Beispiel Städtepartnerschaften, deren Zahl drastisch zunimmt. Diesen könnte eine ganz neue Bedeutung zukommen, wenn Städte unter Umgehung ihrer jeweiligen Staatsregierungen auf internationaler Ebene aktiv werden.

Neben den Global Cities und kleineren Städten mit vergleichbaren Funktionen gibt es weite, zunehmend randständige Gebiete, die aus den wesentlichen Wirtschaftsprozessen, die das Wachstum der neuen globalen Ökonomie anheizen, ausgegrenzt sind. Damit entwickelt sich eine „neue Geographie von Zentralität und Marginalität“ (ebd., S. 162). Sowohl in den Industrie-, als auch in den Entwicklungsländern kommt es zu einer geographischen Neuverteilung von Zentrum und Rand quer zu althergebrachten Scheidelinien zwischen armen und reichen Ländern, aber auch zwischen armen und reichen Regionen. (vgl. ebd. S. 20f) So entsteht eine neue Ungleichheit zwischen, aber auch innerhalb von Städten, die von der regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur geprägt ist. In den Global Cities kommt es zu einer ungeheuren Konzentration der wirtschaftlichen Macht, während andere Städte, die historisch zum Beispiel wichtige Industriestandorte oder Handelszentren (z.B. Hafenstädte) waren, sich weitgehend im Niedergang befinden. Auch das Lohnniveau klappt zunehmend auseinander, wobei hochqualifizierte Spezialisten, die nur in beschränkter Anzahl benötigt werden, mehr denn je verdienen und niedrig qualifizierte Arbeitskräfte sich mit fallenden Einkommen abfinden müssen.

50 "Zahlreiche Beobachter sind der Auffassung, daß sich Berlin zum wichtigsten internationalen Geschäftszentrum für Mitteleuropa entwickeln wird, so daß Budapest und Wien an Bedeutung entsprechend verlieren werden. Möglich wäre aber auch, daß die drei Städte für die gesamte Region ein regionales, dabei transnational orientiertes Städtesystem bilden und durch Wettbewerb und Aufgabenteilung das Geschäftspotential der Region insgesamt stärken werden." (ebd., S. 62)

51 Hoffmann-Axthelm sieht in der Migration und der Ökologie die "zwei Bewährungsproben für das Instrument Stadt": "Die eine ist in kurzen Zeiträumen zu denken, die andere in extrem langen; die eine ist unübersehbar gegenwärtig, sichtbarer, als es ihrem Ausmaß entspricht, die andere nur im Kopf zu vergegenwärtigen, unter der Drohung, daß das, was man heute tut oder unterläßt, erst in 10, 20, oder 30 Jahren eine Wirkung zeigen wird. Um das richtige Maß zu finden, die Ebene, auf der beide Zusammenhänge die Stadt unmittelbar betreffen, muß jeweils in der Gegenrichtung gedacht werden: aktualisierend in Sachen Ökologie, langfristig und normalisierend in Sachen Migration." (Hoffmann-Axthelm, 1993, S. 36)

Die unternehmensorientierten Dienstleistungen<sup>52</sup> weisen in den meisten entwickelten Volkswirtschaften die höchsten Wachstumsraten auf, sie entwickelten sich zum dynamischsten Wirtschaftssektor. Weltweit geht der Trend dahin, daß sich die Finanz- und bestimmte unternehmensorientierte Dienstleistungen in den Innenstädten der internationalen Hauptfinanzzentren konzentrieren. Zur Agglomeration drängt auch der Faktor Zeit. (vgl. ebd., S. 91) Firmen, die bei äußerstem Konkurrenzdruck in einer hoch innovativen Branche tätig und/oder stark weltmarktorientiert sind, ziehen aus der Einrichtung ihres Hauptsitzes in einem der großen, international bedeutenden Geschäftszentren offenbar einen so großen Nutzen, daß selbst die dabei auftretenden höheren Kosten keine Rolle mehr spielen.

Im Mittelpunkt ihrer Analyse steht für Sassen nicht, inwiefern die Politik der Regierungen und die Entwicklung der Volkswirtschaften durch die Macht der Großkonzerne bestimmt wird, „sondern die ganze Bandbreite an Aktivitäten und organisatorischen Arrangements, die für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung eines globalen Netzes von Fabriken, Dienstleistungen und Märkten - Prozesse, die von den transnationalen Konzernen und Banken nur zum Teil bewerkstelligt werden - unerlässlich sind“. (ibd., S. 19) Damit werden die Prozesse wirtschaftlicher Globalisierung „als konkrete Produktionskomplexe durchsichtig, die sich an spezifischen Standorten befinden, an denen auch eine ganze Reihe von Aktivitäten und Interessen ihren Platz haben, die mit den globalen Prozessen vielfach in keinerlei Zusammenhang stehen.“ (ibd.)

Entgegen der „herrschenden Erzählung“, die sich mit den oberen Kapitalkreisläufen, aber nicht mit den unteren beschäftigt, weist Sassen explizit darauf hin, „daß wichtige Bestandteile der globalen Informationsökonomie ortsgebunden sind“. (ibd., S. 24)

*„So werden aus der Geschichte der Globalisierung eine ganze Reihe von Tätigkeiten und Beschäftigtengruppen ausgegrenzt, die für den Globalisierungsprozeß ebenso unabdingbar sind wie die internationalen Finanzmärkte und die globale Telekommunikation.“* (ibd.)

Vernachlässigt werden nicht nur die vielfältigen kulturellen Zusammenhänge. Richtet man den Blick auf den Produktionsaspekt<sup>53</sup> der Dienstleistungen, dann wird die Bandbreite an Arbeiten deutlich, die von hochbezahlten bis zu niedrigentlohnnten reichen. Die Veränderungen in der Organisation des Arbeitsprozesses schlagen sich in einer Veränderung des Arbeitsplatzangebotes nieder, das eine Folge der neuen Wirtschaftssektoren, aber auch der Umorganisation in den alten und neuen Sektoren ist. Es wird eine höhere Flexibilität eingefordert, die Absatzmärkte werden zunehmend instabil und der politische Wille, den Arbeitsmarkt durch staatliche Programme zu stützen, hat abgenommen. Das führte zu einer wachsenden Destabilisierung der Beschäftigung und gleichzeitig zu einer wachsenden Polarisierung der Beschäftigungsmöglichkeiten, und damit zu neuen sozialen Schichtunterschieden. (vgl., ebd., S. 138f)

Sassen weist insbesondere darauf hin, daß schlecht bezahlte Jobs integraler Bestandteil auch hochdynamischer, technologisch fortgeschrittener Wachstumssektoren sind. Der Produktionsprozeß hochentwickelter Dienstleistungen umfaßt auch eine Vielfalt von ArbeiterInnen und Unternehmen, die für gewöhnlich nicht zur Informationsökonomie gerechnet werden. Dazu zählen beispielsweise Putzkolonnen, Sekretärinnen, Hausmeister, etc. Auch der informelle Sektor gewinnt zunehmend an Bedeutung.<sup>54</sup> Die Segregation in den Städten nimmt zu; darüber hinaus verändern sich die städtischen Konsumformen - zumindest in den USA ist dies deutlich zu sehen, weniger ausgeprägt sind diese Muster aber auch in vielen westeuropäischen Städten zu beobachten..

52 Unternehmensorientierte Dienstleistungen beziehen sich auf die finanziellen, rechtlichen und allgemeinen Managementaufgaben: Innovation, Entwicklung, Design, Verwaltung, Personalwirtschaft, Produktionstechnologie, Wartung, Transport, Kommunikation, Großhandel, Werbung, Gebäudereinigung, Sicherheitsdienst und Lagerhaltung. Zentral sind dabei eine Reihe von Wirtschaftszweigen, deren Dienste sowohl von der Wirtschaft wie auch vom Endverbraucher nachgefragt werden. (Versicherungen, Banken, Immobiliengenturen, Finanz-, Steuer- und Rechtsberater)

53 „Die spezialisierten Dienstleistungen, die in allen entwickelten Volkswirtschaften nunmehr eine Schlüsselkomponente bilden, werden normalerweise nicht in Begriffen des Produktions- oder Arbeitsprozesses analysiert, sondern als eine Art von Wirtschaftsleistung, d.h. als technische Expertise verstanden.“ (ibd., S. 22)

54 Unterschieden wird dabei eine „interne Sphäre“, die überwiegend den Bedarf der in der informellen Ökonomie tätigen Menschen deckt (z.B. die kleinen Läden im Besitz von ImmigrantInnen, in denen vorwiegend ImmigrantInnen einkaufen); und eine „externe Sphäre“, die mit dem „formellen“ Sektor der Wirtschaft eng verwoben ist, und unmittelbar der Profitmaximierung dient. (vgl. ebd., S. 144)

*„In den Vereinigten Staaten führte die Zunahme hochbezahlter Stellen in Verbindung mit der Entstehung neuer kultureller Formen zu Herausbildung von ausschließlich diesen oberen Einkommenschichten vorbehaltenen Wohn- und Einkaufsvierteln, die letztendlich auf der Verfügbarkeit einer zahlreichen Klasse schlechtbezahlter Arbeiter und Arbeiterinnen beruhen.“ (ebd., S. 153)*

Die Analyse Sassens macht deutlich, daß die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen im Zuge der Globalisierung das gesamte Gefüge von Städten und Nationalstaaten massiv verändern. Dies hat natürlich Auswirkungen auf die Stadtentwicklung, die heute vor zwei zentralen Herausforderungen steht: auf der einen Seite wetteifern Städte und Stadtregierungen um internationale Konkurrenzfähigkeit, und versuchen damit den Ansprüchen der globalen Wirtschaft gerecht zu werden - was sich in einer zunehmenden Vereinheitlichung und Nivellierung ausdrückt und den Stadtregierungen auch nur wenig Spielraum läßt; in diesem Zusammenhang sehen sich gerade die westeuropäischen Städte vor der Notwendigkeit der Erhaltung örtlicher bzw. regionaler, sozialer und kultureller Eigenart, auch, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können.

Auf der anderen Seite verschärfen sich die sozialen Unterschiede zwischen und innerhalb der Städte, so daß viele Regionen, Städte und auch Stadtteile wirtschaftlich und sozial benachteiligt sind. Diese Entwicklung fördert ein Protestpotential, das sich unter anderem im Zulauf zu neuen rechten Parteien und Bewegungen ausdrückt. Nicht ohne Grund warnt Beck vor der Gefährdung der Demokratie durch die Auflösung des „Wertekerns der Arbeitsgesellschaft“, der darin besteht, daß „die Demokratie auf der Beteiligung an der Erwerbsarbeit aufruh“ (Beck, 1996, S. 189). Mit Verweis auf die steigenden Arbeitslosenzahlen und den Umstand, daß Arbeitslosigkeit kein Randschicksal mehr ist, sondern potentiell alle betrifft<sup>55</sup>, sieht Beck die materielle Sicherheit gefährdet, die gleichzeitig die Voraussetzung für politische Freiheit und damit Demokratie ist. Gleichzeitig ist aber auch der Markt selbst bedroht, denn die kapitalistische Wirtschaftsweise sei nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie überlebensfähig. „Wer nur auf den

Markt setzt, zerstört mit der Demokratie auch diese Wirtschaftsweise.“ (ebd., S. 191) so Becks These. Was den Kapitalismus seiner Legitimation beraube sei nicht der Umstand, daß mit immer weniger Arbeit immer mehr produziert wird, sondern daß er die Initiative zu einem neuen Gesellschaftsvertrag blockiert.

Auch Beck unterstreicht die Notwendigkeit, daß das, was als Ende und Verfall erscheint, in „eine Gründerzeit für neue Ideen und Modelle, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das 21. Jahrhundert öffnen“, umgemünzt werden muß.

Ansätze dazu sind vorhanden; sie zeigen sich in vermehrtem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, das sich in der Forderung und Hoffnung nach mehr Mitbestimmung ausdrückt. Gerade in den benachteiligten Räumen können so Spielräume für neue Formen gesellschaftlichen Handelns entdeckt werden und entstehen, die vielleicht auch besondere Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige Entwicklung bieten. Gerade da hat ein kleinräumige, lokale (Kreislauf-) Wirtschaft möglicherweise eine Chance, den globalen Tendenzen eine Alternative entgegen zu stellen. Oder umgekehrt formuliert, bleibt benachteiligten Regionen vielleicht gar keine andere Wahl, als im lokalen und regionalen Kontext mit kleinteiligen, überschaubaren Maßnahmen das Überleben zu sichern.

„Weltweit wird Stadtplanung von den Kräften des Marktes und kurzfristigen finanziellen Zwängen beherrscht.“ (Rogers, 1995, S. 31) Diese Aussage eines international tätigen Architekten, der sich intensiv mit der Frage der Nachhaltigkeit von Städten auseinandersetzt, teilen viele Stadtplaner der Gegenwart wie auch der Vergangenheit (vgl. Kap. 2 - vor allem in Bezug auf die Bodenspekulation). Die Frage ist, ob diese Perspektive nicht eine ganze Bandbreite von städtischer Realität ausblendet. Die Aspekte nämlich, die sich auf die Vielfalt des Umgangs mit dem Lebensraum Stadt beziehen. Stadt wird von den BewohnerInnen auch angeeignet, dabei spielen wirtschaftliche Faktoren zwar eine entscheidende Rolle, sie sind aber nicht die einzigen - und schon gar nicht ausreichenden - Kriterien, die für diese Aneignung und die Identifikation mit unserem Wohn- und Arbeitsumfeld eine Rolle spielen.

<sup>55</sup> „Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab.“ (Beck, 1996, S. 187)

Für Sieverts (1997) ist die „Zwischenstadt“ - er meint damit die großen Agglomerationsräume - Ausdruck einer Entwicklung, die die Stadt zu einem Phänomen „zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land“ (S. 159) hat werden lassen; Ausdruck also für das Spannungsverhältnis „zwischen den Polen “Globalisierung der Wirtschaft” und ‘kulturelle Ortsbezogenheit’“. (ebd., S. 85) Auch er verweist auf den grundsätzlichen Widerspruch, daß die Globalisierung der Wirtschaft die Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten und auch der Städte und Gemeinden stark einschränkt, und damit die finanziellen Spielräume von weltwirtschaftlichen Konstellationen und dem Finanzverhalten der „Konzern-Multis“ abhängig werden. Wirtschaftliche Imperative verursachen eine „Beschleunigung und Enträumlichung unserer alltäglichen Lebensverhältnisse: einzelne isolierte Lebens- und Arbeitsinseln werden durch möglichst schnelle Verkehrsmittel funktional verknüpft, (...) Nicht mehr die räumlichen Entfernungen, sondern der Zeitaufwand der Verknüpfungen bzw. die Kosten des Informationstransfers bestimmen die funktionalen Strukturen“. (S. 160) Je schneller ein Ort erreicht werden kann, um so „näher“ rückt er, unabhängig von tatsächlichen geographischen Entfernungen. Deshalb kommt Sieverts zu dem Schluß, daß nicht nur eine „neue Geographie von Zentralität und Marginalität“ (siehe Sassen) entsteht, sondern daß die tiefgreifenden Veränderungen auch auf das Raum-Zeit-Verhältnis wirken.

*„Es entstehen ganz neue Raum-Zeit-Karten, die kaum noch etwas mit der alten Topographie und Geschichte zu tun haben. Diese Karten gelten freilich überwiegend für die in das Weltwirtschaftsgefüge eingebundenen Menschen; der andere größere Teil lebt nach wie vor überwiegend ortgebunden. Außerdem ist für das neue Raum-Zeitgefüge ein hoher ökologischer Preis in Form von Energieaufwand und Landschaftszerschneidungen zu zahlen.“* (ebd., S.161)

Um diesem Phänomen im Sinne der Nachhaltigkeit zu begegnen, muß nach Sieverts „ein neuer Typ von Planung entwickelt werden, der der veränderten Dynamik angepaßt ist“. (ebd., S. 95) Er plädiert ausdrücklich für die Notwendigkeit neuer Vorstellungsbilder, denn das „Prinzip Nachhaltigkeit muß auch mit Hilfe von Leitbildern zuerst im Bewußtsein Platz finden, bevor es real umgesetzt werden kann.“ (ebd., S. 96) Das Besondere seines Ansatzes liegt darin, daß er in der Zwischenstadt ein neues Gestaltungsfeld sieht. Die Zwischenstadt, die aus der Perspektive herkömmlicher Architekturästhetik

völlig unterschiedlich gesehen und interpretiert und meist negativ bewertet wird, soll als Ausdruck „fast vollständig menschengemachter Materialität“ (ebd., S. 106) akzeptiert und begreifbar werden.<sup>56</sup>

### 3.2 DAS LEITBILD DER „NACHHALTIGEN STADT“

Das vorangehende Kapitel sollte aufzeigen, daß viele der Ideen, die heute noch zentraler Bestandteil aktueller Diskussionen sind, auch schon Teil früherer Leitbilder waren. Die Probleme, auf die das Leitbild der nachhaltigen Stadt eine Antwort zu geben sucht, sind über die letzten 200 Jahre gewachsen und haben sich - zwar quantitativ - in ihrer Struktur aber kaum verändert. Die Sichtweise auf sie hat sich allerdings gewandelt; zum einen wird Gesellschaft als zunehmend komplexer gesehen, und zum anderen ist die Wahrnehmung vor allem der ökologischen Dimension hinzugekommen.

Es stellt sich die Frage, wer ein Leitbild wie das der „nachhaltigen Stadt“ formuliert, das heißt, wo der Diskurs anzusiedeln ist. Weiters soll aufgezeigt werden, welche Bausteine diese Idee transportiert, bzw. als Antwort auf welche Probleme welche Lösungsansätze geboten werden. Da dieser Diskurs so umfassend ist, können dabei wieder nur einzelne Aspekte herausgegriffen und näher beleuchtet werden. Letztlich ist auch so vieles noch in Entwicklung und Ausarbeitung begriffen, bzw. kann gar nicht als konkrete Handlungsanleitung dargeboten werden, daß der Versuch einer solchen Darstellung in jedem Fall nur temporären Charakter haben kann. Die Entwicklung dieser Idee ist von so zahlreichen Rahmenbedingungen abhängig, daß erst die Zukunft zeigen wird, wie weit gesellschaftliche AkteurInnen sich darauf einlassen können.

#### 3.2.1 Top-Down vs. Bottom-Up oder: Wer sind die Akteurinnen und Akteure?

Im Gegensatz zu den Leitbildern, die ich im vorigen Kapitel dargestellt habe, ist das Leitbild der „nachhaltigen Stadt“ von einer enormen Vielzahl von AkteurInnen geprägt. Mag es zum Teil zu vereinfachend sein, die Ausprägung von historischen Leitbildern einzelnen Personen zuzuschreiben, so lassen sich doch einige besonders engagierte Persönlichkeiten als Hauptvertreter festmachen. Das Leitbild der „nachhaltigen Stadt“ - sofern der Singular überhaupt der Sache gerecht

<sup>56</sup> Am Beispiel der IBA Emscher Park (siehe auch weiter unten) zeigt Sieverts, „daß vor der ökonomisch-materiellen In-Wert-Setzung eine ökologische und eine künstlerische Besetzung und 'Umcodierung' stattfindet.“ (Sieverts, 1997, S. 128)



wird - zeichnet sich durch eine Pluralität der VertreterInnen aus, die nicht nur auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen agieren, sondern auch unterschiedliche Interessen mit der Propagierung eines solchen Leitbildes vertreten. Genau diese Pluralität an Interessen erfordert auch neue Herangehensweisen, die mittlerweile zumindest viel diskutiert, aber auch erprobt werden.

Theorie- und Handlungsansätze werden sowohl als „Top-Down-Strategien“ als auch „Bottom-Up“ formuliert. Es scheint Konsens darüber zu bestehen, daß Strategien aus beiden Richtungen notwendig sind. Das heißt, daß es sich hierbei nicht um eine Frage des entweder - oder handelt, sondern lediglich um den Ausgangspunkt, von dem aus eine Initiative startet. Das Ziel beider Richtungen ist letztendlich die Einbeziehung aller BürgerInnen, in welcher Funktion auch immer. Je weniger Raum zur Verfügung steht, bzw. je mehr Nutzungskonflikte auftreten, desto mehr Menschen sind betroffen, die ihr Recht an Mitsprache auch einfordern. Die zunehmende Zahl an Personen, die an der Gestaltung ihres Lebensraumes teilnehmen wollen oder sollen, führt natürlich auch dazu, daß die Aushandlungsprozesse komplexer werden. Deshalb ist ein wesentliches Element nachhaltiger (Stadt-)Entwicklung die Erprobung und das Experimentieren mit neuen Partizipationsformen, die eine grundsätzliche Umorientierung für die bisherige sektorale und hierarchische Planung bedeuten.

Zur Top-Down-Ebene sind in erster Linie jene Bemühungen zu zählen, die von Stadtregierungen und -verwaltungen ausgehen. Eine Vielzahl von Städten hat mittlerweile die Aalborg-Charta (siehe Kapitel 1) unterzeichnet, die ja nicht nur grundlegende Prinzipien formuliert, sondern mit der sich die Städte auch verpflichten, einen „Lokalen Agenda 21 Prozeß“ zu initiieren. Wien beispielsweise hat 1996 sowohl die „Umwelt-Charta der

Europäischen Union“ (Charta von Valencia) als auch die Aalborg-Charta unterschrieben, und damit die Absicht erklärt, das Konzept der Nachhaltigkeit umzusetzen. In der Folge wurde die „Wiener Internationale Zukunftskonferenz“ unter dem Vorsitz von Dennis Meadows abgehalten, die Ansätze zur Vernetzung von Verwaltung und Wissenschaft schuf. Es entstand ein „Zukunftsforum Magistrat“, das von der „Zukunftsstation“ moderiert wird und vorläufige Vorschläge für die Politik erarbeiten soll, die eine Basis für konkrete Maßnahmen darstellen. Die „Zukunftsstation Wien“ wurde beauftragt, eine Studie mit Vorschlägen für einen „Zukunftsplan Wien“ zu verfassen, die von Gottfried Pirhofer (Zukunftsstation) in Zusammenarbeit mit Robert Korab (Ökologieinstitut) und Dietmar Kanatschnig (Österreichisches Institut für Nachhaltigkeit) ausgearbeitet wurde.<sup>57</sup>

Das fertige Konzept harret immer noch der politischen Entscheidung, zu der sich die Stadtregierung noch nicht durchringen konnte. Obwohl Otto Frey, Oberbaurat der Gruppe Planung der Baudirektion Wien, attestiert, daß das „Wesentliche für einen lokalen Agenda 21 Prozeß (..) der Sprung in die breite Öffentlichkeit“ sei, sind die Schritte in diese Richtung noch äußerst vage. (vgl., Astleithner, 1997, S. 23f) Es besteht eine gewisse Zurückhaltung, das Thema offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen, da es dafür zum einen international noch kaum Vorbilder gibt, zum anderen noch so vieles offen ist, daß nicht mit Sicherheit baldige sichtbare Ergebnisse erwartet werden, mit denen alle Beteiligten zufrieden sein können. Dieses Problem ist aber dem Prozeß der Nachhaltigkeit als solchem inhärent. Am Beispiel Wien zeigt sich, wie schwierig es einer Stadtverwaltung fällt, Wege einzuschlagen, die über traditionelle Planungsstrategien hinausreichen. Vor allem mit der Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit sind sehr viele Unsicherheiten verbunden.

57 Der Vorschlag liefert Leitlinien für ein integratives Konzept zur Initiierung einer lokalen Agenda 21. Er basiert auf drei Säulen: Verwaltung, Öffentlichkeit und Wirtschaft. Zwei inhaltliche Schwerpunktbereiche wurden definiert, über die der Prozeß einer lokalen Agenda 21 lanciert werden soll, und zwar: Arbeit und Ausbildung, sowie Freizeit und Wohnen. Diese Schwerpunkte dienen als Aufhänger, in die andere Aspekte, die für einen Nachhaltigkeitsprozeß entscheidend sind, integriert werden können, wie beispielsweise das Thema Verkehr. Das Konzept sieht die Schaffung einer eigenen Organisationsstruktur vor, die zum einen aus einer Lenkungsgruppe als übergeordnete Ebene mit Vertretern aus allen drei Bereichen (Öffentlichkeit, Verwaltung und Wirtschaft) besteht, und zum anderen aus Fachforen, die auf einer gesamtstädtischen Ebene für die Schwerpunktbereiche zuständig sind. Diese Fachforen sollen eigens für drei Wiener Regionen (Wien-Nord, Wien-Mitte und Wien-Süd) gegründet werden. Die Ergebnisse aus den Fachforen würden in ein Stadtforum einfließen. Auf der operativen Ebene ist ein Agenda-Büro vorgesehen, das ebenso mit MitarbeiterInnen des Magistrats, wie auch mit externen Personen besetzt sein soll.

Als ersten Schritt in diese Richtung kann das Pilotprojekt eines Agenda-Büros in Wien Alsergrund bezeichnet werden, das von der Stadt Wien und vom Bezirk unterstützt und finanziert wird und in den Räumen der Volkshochschule Wien Nordwest ansässig ist. Das von der Psychologin Cornelia Ehmayer geleitete Projekt startete - nach einer halbjährigen Vorbereitungszeit - offiziell am 28. Jänner 1999.<sup>58</sup> Während und im Anschluß an die Eröffnungsveranstaltung wurden bereits Arbeitskreise gebildet, die sich mit der Zukunft des Bezirkes auseinandersetzen werden. Sollte dieses Projekt Schule machen, sind weitere Agenda-Büros auch in andern Wiener Bezirken geplant.

München, eine Stadt, an der sich Wien orientiert, ist einige Schritte weiter. Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungsplanes „Perspektive München“ befindet sich die Landeshauptstadt seit 1992 in einer intensiven fachlichen Leitbild- und Strategiediskussion über ihre Zukunft. Die daraus resultierenden Diskussionsgrundlagen wurden vom federführenden Planungsreferat in vier fachübergreifenden Themenheften<sup>59</sup> 1995 als Verwaltungsentwurf präsentiert und werden seither im Stadtrat und in der Öffentlichkeit diskutiert.<sup>60</sup> Im Sommer 1997 fand eine breit angelegte Kampagne statt, mit dem Ziel, möglichst viele BewohnerInnen Münchens anzusprechen und erste Aktionen zu starten, wie zum Beispiel das Projekt „21 Testhaushalte für die Agenda 21“, bei dem aus über 130 Bewerbungen 21 Münchner Haushalte ausgewählt wurden, die ein Jahr lang probeweise nach den Leitlinien der Agenda leben wollen. Das Ziel dieser Aktion sei es, „die möglichen Bausteine eines neuen, ‘nachhaltigen’ Lebensstils auf ihre Praxistauglichkeit hin zu prüfen“. Dabei sollen nicht nur die ökologischen Auswirkungen untersucht werden, sondern auch die sozialen Auswirkungen und die wirtschaftlichen Bedingungen. (Münchner Stadtgespräche 2/1997) Dieses Projekt ist Teil des Fachforums „Zukunftsfähige Lebensstile“, das neben den Fachforen „Eine Welt“, „Wohnen, Siedeln, Mobilität“ und „Arbeit und Wirtschaft“ zu den wichtigsten Einrichtungen der Münchner Agenda 21 zählt.

Daneben existiert seit März 1995 ein Forschungsverbund, an dem die Städte München, Leipzig

und Dresden beteiligt sind. Der Forschungsverbund untersucht am Beispiel der beteiligten Großstädte die Muster von Flächennutzung und die Möglichkeiten zur Lösung von Flächennutzungskonkurrenzen, mit dem Ziel, Entwürfe für eine ökologisch-ökonomische Gestaltung, Instrumentierung und Organisation urbaner Systeme zu erarbeiten. (Brake, Richter, 1996) Die aktuellen Ziele und Leitbilder bezüglich Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung der beteiligten Kernstädte bilden den Ausgangspunkt der Untersuchungen im Forschungsvorhaben.

*„Die immanenten Zielesysteme der beteiligten Städte bilden dabei die Grundlage. Sie sollen im Verlauf des Projektes vor dem Hintergrund der jeweiligen lokal-spezifischen Bedingungen und Eigenarten nach den Kriterien Konsistenz, Kompatibilität und Vollständigkeit, mit der Konzeption eines sustainable urban development sowie nach Zielerreichungsgrad, Instrumentenanwendung, Wirkungsmechanismen und Verfahreneffizienz analysiert und bewertet werden.“* (Heller, Richter, 1996, S. 83)

München sucht also bewußt die Auseinandersetzung sowohl mit der Bevölkerung, als auch mit wissenschaftlichen FachexpertInnen, die den Prozeß begleiten.

Strategien, die als Bottom-Up-Ansätze entstehen, sind gegenüber Top-Down-Strategien konkreter. Das Beispiel München ist in dem Versuch, möglichst viele gesellschaftliche Bereiche einzubeziehen, sehr fortschrittlich. Auf der Strategie- und Konzeptebene werden allerdings auch Lücken und Widersprüche deutlich, wie in der Untersuchung des Forschungsverbundes herausgekommen ist. In der Perspektive München werden zwar die wichtigsten stadtökologischen Prinzipien angesprochen, dennoch werden in allen vier Themenheften „nur andeutungsweise Vorschläge zur Umsetzung von Verwaltungsreform oder Qualifizierung zu ämterübergreifendem, projektorientiertem, partizipativem Verwaltungshandeln für die angestrebte „integrierte Planung in einem integrierenden Prozeß“ unterbreitet. Ebenso wenig existiert ein Kommunikationskonzept für die öffentliche Diskussion der „Perspektive München“, die dem selbstformulierten hohen Anspruch an Transparenz und Dialogbereitschaft gerecht würde“. (Heller, Richter, 1996, S. 89)

58 Nähere Informationen über die aktuelle Entwicklung und die Arbeit vor Ort finden sich auf der Home-Page des Agenda-Büros: <http://www.vhs.at/agenda21/>

59 Die Titel der Themenhefte lauten: „Wirtschaftsstandort München“, „Sozialraum Stadt“, „Räumliche Entwicklung“ und „Region“.

60 Eine Dokumentation der Diskussionen zu den Bereichen der Themenhefte wurde 1996 vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung unter dem Titel: „Perspektive München - Experten und Akteure diskutieren das neue Stadtentwicklungskonzept“ herausgegeben. (Landeshauptstadt München, 1996).

Generell zeichnen sich die Erklärungen, die auf dem Niveau von Stadtentwicklungsplänen oder auch einer internationalen Charta gemacht werden, dadurch aus, daß sie auf einer sehr abstrakten Ebene gehalten sind und meist als Absichtserklärungen formuliert werden, ohne konkret auf mögliche, umfassende Umsetzungsschritte einzugehen. (vgl., dazu die ausführlich zitierte Aalborg-Charta in Kapitel 1). Es findet sich auch generell meist keine trennscharfe Abgrenzung von Leitbildern/ Zielen und Umsetzungsstrategien und -konzepten, oft überwiegen die Zielvorstellungen auch dort, wo eigentlich von Maßnahmen und Instrumenten gesprochen wird oder werden sollte.

Den Wiener Stadtentwicklungsplan (STEP) kommentierte Helga Fassbinder (1993), Leiterin des Arbeitsbereichs Stadtbau/Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, in eben diese Richtung. Sie stellt fest, daß der Wiener STEP in vielen Punkten im europäischen Vergleich zwar eine Vorreiterrolle einnimmt, dennoch aber auch zentrale Fragen unbeantwortet läßt, und zwar insbesondere die der Durchsetzbarkeit des Planes, obwohl die Meinung vorherrscht, aus den Fehlern in der Vergangenheit gelernt zu haben. Die zweite zentrale Aufgabe, die ein Flächennutzungsplan zu lösen hat, lautet: Ist er sich der tiefgreifenden Veränderungen der sozialen und kulturellen Struktur der europäischen Städte bewußt, und bietet er Perspektiven, diesen Weg zu räumlichen Lösungen mit einer sozialkulturellen Integration zu verbinden, und damit zu einer gesellschaftlichen Stabilisierung beitragen zu können? Inwieweit werden wenigstens Umriss von Antworten deutlich, die eine Perspektive der Bewältigung dieser Problematik aufweisen?

Fassbinder fordert die Umsetzung folgender These:

*„Neben die Ausarbeitung von Leitvorstellungen und planerischen Maßnahmen muß gleichwertig die Ausarbeitung eines Konzeptes für eine strategische Vorgangsweise zur realitätsgerechten Umsetzung der Zielvorstellungen treten. Hierzu reicht die Angabe von Maßnahmen im konventionellen Sinn nicht aus. Das Konzept ist vielmehr neben seinen konkreten inhaltlichen Teilen gleichzeitig als ein offen methodisches zu denken. Eine so verstandene Planung stellt ihren Prozeßcharakter in den Mittelpunkt und macht sich selbst transparent als Unterhandlungsprozeß über Maßnahmen und Strategien zur Erreichung seines Leitbilds.“* (Fassbinder, 1993, S. 93)

Angesagt ist also das „Experimentieren in einem

offenen Suchprozeß.“ Es bedarf in einem neuen Sinn einer Politisierung der Planung, und zwar um eine breite Mitwirkung bei der Suche nach Lösungen in Gang zu setzen, mit der alle leben können, und auf deren Einhaltung sich alle verpflichten lassen. Dabei sei es wichtig, die Beteiligung nicht auf die zwei großen Gruppen - die der „Bürgervertreter“ und die der Fachvertreter - zu beschränken, sondern auf jeden Fall auch die Gruppe der Investoren in diesen Prozeß miteinzubeziehen.

Fassbinder resümiert:

*„Ein Stadtentwicklungsplan muß heute einen großen Wurf in die Zukunft wagen, eine Zukunft, die unter neuen Bedingungen abläuft. Weder in seinen Antworten noch in seiner Vorgehensweise kann er sich am Geländer der vergangenen Jahrzehnte fortbewegen. Die Gesellschaft ist mündiger, heterogener und dynamischer geworden, und die Formen und Spielregeln des heutigen gesellschaftlichen Verteilungskampfes um die Raumnutzung müssen zu einem guten Teil erst gefunden werden.“* (ebd., S. 96)

Der Vorteil von Bottom-Up-Strategien liegt in ihrem regionalen Bezug und in der Auseinandersetzung mit akuten Problemen gesellschaftlichen Wandels an einem konkreten Ort. Diesbezüglich möchte ich die These formulieren, daß engagierte Projekte „von unten“ am ehesten dort zustande kommen, wo der Problemdruck besonders groß bzw. von den Bürgerinnen und Bürgern der Region auch unmittelbar spürbar ist. Dies ist in Regionen der Fall, die wirtschaftlich und von ihrer Bevölkerungssituation her benachteiligt sind, die also im Entstehungsprozeß der „neuen Geographie von Zentralität und Marginalität“ (siehe Sassen weiter oben) zunehmend in die marginalisierten Räume abrutschen - zum Beispiel das Ruhrgebiet. Umgekehrt stellt sich das Problem, daß in Regionen oder Städten, die wirtschaftlich relativ prosperieren, anscheinend kein dringender Handlungsbedarf in Bezug auf Nachhaltigkeit besteht. In einer fast ausschließlich auf Konsum orientierten Gesellschaft gibt es vordergründig - solange die Kaufkraft hoch ist - keinen Grund, das heißt, keinen unmittelbaren Problemdruck oder, andersherum, keine Anreize, um das Verhalten zu ändern, beispielsweise in Richtung Reduktion der Material- und Stoffströme.

Auch Wachten (1996, S. 27) vertritt die These, daß vor allem die Altindustrieregionen als erste diesen „Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft“ spürten und spüren und daher im Versuch, Problemlösungsstrategien zu entwickeln, eine „Vorreiter-Funktion“ einnehmen.

Eines der herausragendsten Beispiele sehe ich in der Internationalen Bauausstellung Emscher Park<sup>61</sup> im Ruhrgebiet/ Nordrhein-Westfalen, die die ökologische und ökonomische Erneuerung einer alten Industrieregion zum Ziel hat. Das Projekt wurde 1989 initiiert und soll 1999 in eine Endpräsentation münden. Die treibende Kraft hinter dieser Initiative ist der geschäftsführende Direktor der Bauausstellung in Gelsenkirchen, Karl Ganser.

Die Industrialisierung des Ruhrgebietes begann schon sehr früh, noch im 18. Jahrhundert. Sie erreichte 1943 mit einer Förderung von 128 Millionen Tonnen Steinkohle ihren Höhepunkt und befindet sich seit den fünfziger Jahren zunehmend in einer Krise. Deshalb begann der Strukturwandel in dieser Region früh und ist im internationalen Vergleich relativ fortgeschritten. Die Region steht heute nicht nur vor dem Problem, mit den Industriebrachen - und den dadurch bedingten Umweltlasten - umgehen zu müssen, sondern ist auch mit einer weitgehend unkontrollierten Siedlungsentwicklung in diesem Raum konfrontiert. Die IBA Emscher Park ist bemüht, ausgehend von Konzepten unter dem Schlagwort „Nachhaltiges Wirtschaften“ Zeichen zu setzen, indem abstrakte Visionen mittels konkreter Projekte glaubhaft gemacht werden. Um dies zu bewerkstelligen, wurde ein neues Instrument mit folgender Organisationsstruktur geschaffen:

*„Die Basis bilden 17 Städte des Emscherraumes. Diese Städte, aber auch Unternehmen, private Organisationen und Bürgerinitiativen können nach dem Prinzip der Freiwilligkeit Projekte in die Internationale Bauausstellung hineinbringen. (...) Die ökologischen und kulturellen Qualitäten werden zusammen mit der Internationalen Bauausstellung definiert und über eine „Qualitätsvereinbarung“ im Verlauf der Realisierungsphase gesichert. Für die Entwicklung und die Sicherung dieser Qualitäten sowie für die Präsentation der Projekte insgesamt wurde eine „zentrale Organisation“, die IBA Emscher Park gegründet. Diese Gesellschaft ist im Eigentum des Landes. (...) Die Aufgaben beschränken sich auf Konzeption, Moderation und Präsentation. Ein mit Vertretern aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammengesetzter „Lenkungsausschuß“ entscheidet über die Aufnahme und Entlassung von Projekten. Er ist auch für die Entwicklung der Strategien und der Qualitätskriterien letztlich verantwortlich.“* (Ganser, 1995, S. 197)

Ziel dieses Projektes ist die stärkere ökologische und kulturelle „Qualifizierung“ der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeiten, wobei nicht mehr öffentliche und private Mittel aufgewendet werden sollen, als in der Region ohnehin in dem definierten Zeitraum ausgegeben worden wären. Es ist außerdem ein großes Programm für „Arbeit und Umwelt“, das heißt, daß gleichzeitig auch das Problem der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Angriff genommen wird. Zentral ist also die starke ökologische Ausrichtung der Grundthematik, wobei Landschaftsaufbau und Landschaftsgestaltung im Mittelpunkt stehen (daher auch der Name Emscher Park). Es handelt sich um einen integrierten regionalpolitischen Ansatz, der besonderen Wert auf die Prozeßorientierung legt. In der bisherigen Praxis haben sich drei Säulen für das ökologisch orientierte Handeln herausgebildet: 1) Der Schutz des Freiraumes und der Wiederaufbau von Landschaft; 2) das ökologische Planen und Bauen; und 3) die Transformation der Wirtschaftsstruktur in Richtung auf umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren.

Kunibert Wachten, der Deutsche Kommissar der VI. Internationalen Architekturausstellung der Biennale Venedig 1996, stellte ausgewählte Projekte der Internationalen Bauausstellung Emscher Park in den Mittelpunkt der Biennale, unter dem Titel „Wandel ohne Wachstum“. In dem gleichnamigen Ausstellungskatalog (1996) wird auf die Frage eingegangen, inwieweit ein solches Modell generalisierbar sei. Sowohl Strategie als auch Projekte der IBA Emscher Park seien in erster Linie auf die konkrete historische Situation im Emscherraum abgestellt. Insofern sei mit der Übertragbarkeit zurückhaltend umzugehen.

*„Jede regionale Gesellschaft muß sich selbst um die Lösung der Probleme kümmern, ohne zu glauben, man könne woanders eine bequeme Anleihe machen.“* (Ganser, in Wachten, 1996, S. 19)

Übertragbar seien allenfalls generelle Einsichten, beispielsweise, daß die Bemühungen, Wachstum aufrechtzuerhalten, die Standortbedingungen um so mehr zerstören, so daß Wachstum erst recht ausbleibt. Es müsse rückhaltlos auf Qualität gesetzt werden, vor allem auf ökologische Qualität. Zentral sei es, mit dem Flächenverschleiß aufzu-

61 Ein besonderer Bezug Wiens zu diesem Projekt besteht in der Person Prof. Kunibert Wachtens. Prof. Wachten ist Architekt und Stadtplaner und hat seit 1979 ein Planungsbüro in Dortmund, durch das er an konkreten Planungen in der Emscher-Region beteiligt ist und aktiv den dortigen Prozeß nachhaltiger Regional- und Stadtentwicklung mitgestaltet. Er ist außerdem seit 1994 O. Univ. Prof. für Städtebau und Raumplanung an der Technischen Universität Wien, wo er seine Ideen und Ansätze auch in die Lehre einbringt und in Auseinandersetzung mit den StudentInnen weiterentwickelt.

hören und zur Kreislaufwirtschaft in der Flächennutzung überzugehen. Möglicherweise könnten auch Teile des Steuerungsprinzips der IBA von allgemeinem Interesse sein, beispielsweise die Konzentration auf eine große Zahl von Projekten; die integrierte Projektentwicklung in dem Sinne, daß jedes Projekt gleichrangig einen ökologischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Nutzen abzuwerfen hat; oder die Finanzierungsstrategie durch eine effiziente Bündelung verschiedener öffentlicher und privater Mittel.

Wachten verweist auf die identitätsstiftende Wirkung auf lokaler, regionaler und historischer Ebene, die so geschaffene „Inseln“ der Nachhaltigkeit in einem „Meer“ der Austauschbarkeit traditioneller städtischer Strukturen schaffen können. So sei es möglich, „daß verstreute Projekte auf hohem Niveau neue Orientierungen geben und auf die Umgebung ausstrahlen“. (vgl. ebd., S. 27) Nichtsdestotrotz müßten aber diese punktuellen Interventionen durch Projekte in den Rahmen einer Leitvorstellung eingebettet sein, „in eine glaubwürdige, in sich schlüssige, nachhaltige Regionalstrategie zum notwendigen ökonomischen und ökologischen Umbau. Eine solche Strategie bedarf keines allgemeingültigen, regulativen Plans, keines starren Instruments, sondern muß flexibel vor Ort durch ihre Projekte bestehen.“ (ebd.)

Die Verschränkung von Leitvorstellungen und Prinzipien der Nachhaltigkeit mit dem Experimentieren in konkreten, möglichst kleinteiligen Projekten wird also von beiden Seiten (sowohl Top-Down als auch Bottom-Up) zumindest als notwendig erachtet. Wie weit sich das jeweils realisieren läßt, hängt nicht nur von der Offenheit der beteiligten AkteurInnen ab, sondern ist ein Prozeß und eine Frage, die erst in Ansätzen behandelt wird, die aber in jedem Fall nur in einem überschaubaren regionalen Kontext handhabbar ist.

Bottom-Up-Ansätze sind sehr an regionale Bedingungen gebunden. Im Regionalbezug wird besonders deutlich, daß es keine Rezepte für eine nachhaltige Entwicklung geben kann, sondern daß das Konzept eher einen „Analyse-, Handlungs- und Konfliktrahmen“ (vgl., Wehling, 1997 und Kapitel 1) aufspannt, innerhalb dessen nicht nur unterschiedliche Gesellschaften, sondern auch regionale „Einheiten“ jeweils eigene Entwicklungspfade definieren, einschlagen und erproben. Aus der Perspektive der Region wirft das natürlich auch gewisse Probleme auf:

Konfliktfelder treten in der unmittelbaren Umgebung auf und müssen in schwierigen Aushandlungsprozessen gelöst werden. Ausgehandelte Lösungen lassen sich nicht unmittelbar auf andere Regionen oder Themenbereiche übertragen. Das heißt, daß auch die sozialen Umsetzungsstrategien kleinteilig in Angriff genommen werden müssen. Zum Erfahrungstausch werden Vernetzungen angestrebt und es bilden sich auch neuartige Netzwerke.

Gleichzeitig besteht das Problem, bzw. die Herausforderung darin, auch größere Zusammenhänge im Auge zu behalten; d. h. über der Beschäftigung im regionalen oder lokalen Kontext nicht auch die Auswirkungen auf globalere Dimensionen außer Acht zu lassen. Damit eröffnet sich aber auch ein Dilemma, da ja nicht alle Auswirkungen immer bekannt oder abschätzbar sind. Wieder ist die Antwort das „Offenhalten“, mögliche Revidierbarkeit von Entscheidungen, Flexibilität und Kleinteiligkeit, um die Überschaubarkeit möglichst groß zu halten.

Wachten ist der Ansicht, daß die IBA Emscher Park in ihrer „Verknüpfung einzelner Projekte zu einer Strategie der dauerhaft tragfähigen Siedlungsentwicklung“ bisher einmalig ist. Der Vielzahl an innovativen Einzelprojekten - wie kommunale Klimaschutz-Initiativen, Konzepte der Nutzungsmischung, Modellprojekte für die „Stadt der kurzen Wege“, Konzepte für autofreie Siedlungen, qualitätsvolle Umbauten alter Fabrikgebäude mit einer hohen Flexibilität und besten Nutzungsbedingungen, faszinierende Solarbauten und konsequent ökologisch orientierte Bauten fehlt eben dieser Aspekt der Verknüpfung mit anderen Elementen bzw. die Einbindung in eine Regionalstrategie.

### 3.2.2 Ziele und Strategien

Das übergeordnete Ziel „nachhaltiger Stadtentwicklung“ besteht - wie schon im Brundtland-Bericht definiert - darin, die ökologischen, als auch die wirtschaftlichen und die sozialen Aspekte menschlicher Entwicklung so zu integrieren, daß „sowohl die Bedürfnisse der gegenwärtigen, als auch die zukünftiger Generationen befriedigt werden können.“ Diese recht unkonkrete Definition, die sehr viele Leute teilen können, gilt es in der städtebaulichen Planung und Praxis umzusetzen.

Die Zielkataloge sind lang. Sie ergeben sich zu einem Großteil aus der Kritik an den destruktiven Zügen bisheriger städtischer Entwicklung. In dieser Kritik wurde schon vor der Nachhaltigkeitsdiskussion eine Reihe von Konzepten für die Ableitung tragfähiger kommunaler Entwicklungsstrategien und Maßnahmen entwickelt. Dazu zählen beispielsweise - aus der praktizierten Stadtplanung - polyzentrale Entwicklung, Achsenkonzepte zur Freihaltung von Grünflächen, qualifizierte Dichte, Forcierung des öffentlichen Nahverkehrs, usw. Andererseits fließen Elemente des ökologischen Bauens - wie es seit den siebziger Jahren propagiert wird - in die Diskussion um nachhaltige Entwicklung ein. Dazu zählen Aspekte der Freiraumplanung, des Bodenschutzes, des Stadtklimas, sowie des Wasser-, Stoff- und Energiehaushalts und des Lärmschutzes (vgl. Raith, 1996).

Derartige Bausteine gibt es viele, von denen angenommen wird, daß sie einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten können. Bisher kann aber nicht geklärt werden, in wie weit solche Elemente und Bausteine tatsächlich eine Wirkung im Sinne der Nachhaltigkeit erzielen. Umgekehrt reichen solche Bausteine auch nicht aus.

Die oben genannten Beispiele beziehen sich ausschließlich auf räumliche Aspekte. Grob vereinfachend - und idealtypisch auseinandergelassen - umfaßt das Leitbild der nachhaltigen Stadt folgende zwei Ebenen: die *baulich-räumliche Gestaltung* unter Berücksichtigung energetischer und materieller Aspekte und die *gesellschaftliche Organisation der Umsetzung* bei der meist auf neue Formen der Demokratie und Mitbestimmung verwiesen wird. Dangschat (1997) unterscheidet in ähnlicher Weise zwei Typen der Stadt(teil-)entwicklungsplanung. Er spricht von einer stadtplanerischen Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in Form eines technokratisch-rationalen Ansatzes der Nachhaltigkeit und von einer diskursiven Umsetzung im Sinne eines kommunikativ-partizipatorischen Ansatzes. Ersteres bezieht sich auf die Notwendigkeit einer stärkeren Orientierung an der Zielsetzung einer ökologischen Stadtentwicklung, wozu er Prinzipien der Nachverdichtungen, der Funktionsmischung, der Verkehrsvermeidung, des ökologischen Bauens und die Notwendigkeit der Überarbeitung der Planwerke zählt. Das Ziel sei in diesem Sinne ein „neues Leitbild des „ökologischen Stadtumbaus“. Die Durchsetzung des Leitbildes einer „nachhaltigen

Stadtentwicklung“ erfordere aber „kommunikativ-partizipatorische Strategien“ und eine „zusätzliche Zahl an kreativen und kooperativen Akteuren“. (Dangschat, 1997, S.187)

*„Der Nachhaltigkeitsprozeß bedarf völlig neuer Dialogformen, Argumentationsstile und Optimierungsverfahren, die mit dem Begriff einer „neuen Planungskultur“ zwar bezeichnet, aber noch nicht aufgedröselt sind. Hier bedarf es jeweils lokaler Erfahrungen und mutiger Experimente, aber auch eines Austausches zwischen den Städten.“* (ebd., S.189)

Die Idee der Bürger-Beteiligung bestand schon vor dem Nachhaltigkeits-Diskurs und stellt oft die einzige Sensibilisierung für „das Soziale“ im Entwicklungs- und Umsetzungsprozeß der Nachhaltigkeit dar. Dabei geht es darum, neue Dialogformen einzuüben, wie zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Bürgergutachten, Planungszelle. Die große Bürgernähe ist auch der wesentliche Grund, warum Kommunen zum Träger des Umsetzens der globalen Agenda 21 gemacht wurden. Durch Verfahren der Bürgerbeteiligung wird zwar ein sozial integrativer Ansatz gewählt, aber auch hier stellt sich die Frage, inwieweit einzelne Projekte die Idee der Nachhaltigkeit befördern können, bzw. ob es mit dieser Strategie gelingt, die tradierten Entwicklungslinien aufzubrechen und eine Zukunft zu erarbeiten, die mit erheblich veränderten Wertvorstellungen verbunden sein müßte. Es bleibt die Frage, ob und wie Bruchstellen in den bestehenden Systemgrenzen gefunden und für Prozesse genutzt werden können, innerhalb derer die Zukunftsoptionen möglichst offen gehalten werden.

Um die Ziele und Strategien einer nachhaltigen Stadtentwicklung näher zu beschreiben, möchte ich ausführlicher auf Eckhart Hahns<sup>62</sup> Konzept eines „Ökologischen Stadtumbaus“ eingehen. Dieses Theorie- und Handlungskonzept bietet einen guten Überblick über zentrale Aspekte nachhaltiger Stadtentwicklung und erlaubt eine relativ kompakte Darstellung wichtiger Punkte, die auch in vielen anderen - stadtplanerischen - Zusammenhängen diskutiert werden. Obwohl im Titel die ökologische Dimension betont wird, versucht Hahn allerdings, sowohl den ökonomischen, als auch den sozialen Aspekt mit einzubeziehen. Dabei werden dennoch - professionsspezifische? - Grenzen deutlich, die ich im Anschluß diskutieren möchte.

62 Eckhart Hahn ist Architekt und Stadtökologe, der bereits 1982 den Begriff „Ökologischer Stadtumbau“ prägte. 1984 entwickelte er eine erste Handlungskonzeption zu diesem Thema. Von 1988 - 1991 leitete er die erste internationale Ost-West-Forschungskooperation zum Ökologischen Stadtumbau am Wissenschaftszentrum Berlin.

### 3.2.2.1 Das Konzept von Ekhart Hahn zum „Ökologischen Stadtumbau“ (1992)

Zielsetzung des Ökologischen Stadtumbaus<sup>63</sup> ist die Anpassung der städtischen Strukturen und der künftigen Stadtentwicklung an die Erfordernisse ökologischer Verträglichkeit auf industriegesellschaftlichem Niveau. Es stellt aber auch den Versuch einer integrierten Betrachtungsweise von gesellschaftlichem Mikro- und Makro-Bereich dar, das heißt, daß sein Konzept sich um die Synthese von Top-Down und Bottom-Up Ansatz bemüht. Zum anderen berücksichtigt er die sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Ursachen der heutigen Umweltprobleme, das heißt, er reduziert seine Sichtweise nicht auf die Entwicklung neuer umweltverträglicher Stadttechniken, sondern ist auch an der Veränderung der städtischen Lebensstile und an der Förderung verantwortungsbewußter ethischer Grundhaltungen interessiert. In diesem Sinne spricht er sich für ein Umdenken in allen Lebensbereichen und ein Umbauen in allen gesellschaftlichen Strukturen aus.

*„Diese Aufgabe kann nicht am Reißbrett oder in wissenschaftlichen Instituten, sondern nur in gesellschaftlicher Praxis gelöst werden.“* (Hahn, 1992, S. 13)

Aus diesem Grund hat Hahn seine Konzeption in Auseinandersetzung mit konkreten städtischen Fallbeispielen<sup>64</sup> erarbeitet.

Wichtigstes Ergebnis des Forschungsprojektes war die Herausarbeitung von vier Eckpunkten, an denen sich ein Ökologischer Stadtumbau orientieren kann: 1.) Die Strategie ökologische Quartiersentwicklung; 2.) das Modell Handlungsbereiche und Bausteine; 3.) das „Konzept Ökostationen“; und 4.) Ökologische Orientierungen. Diese vier Eckpunkte stelle ich als gekürzte Zusammenfassung von Hahns Text vorerst kurz dar.

Der Kern von Hahns Modell liegt in der Auseinandersetzung mit der Quartiers- oder Stadtteilebene (*Strategie ökologische Quartier-*

*sentwicklung*). Das Quartier/der Stadtteil bietet eine entscheidende Schnittstelle zwischen städtischem Mikro- und Makro-Bereich. Im Makro-Bereich geht es vor allem um die Gestaltung der übergeordneten technischen und sozialen Infrastrukturen (Energie, Wasser, Abfall, Verkehr, Bildungswesen, Gesundheit) sowie der rechtlichen, ökonomischen, sozial- und kulturpolitischen Rahmenbedingungen. Er ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Anonymität, durch geringen Betroffenenbezug und entsprechend reduzierte direkte Beteiligungsmöglichkeiten. Die relevanten Akteursebenen beginnen hier beim Stadtbezirk und reichen bis hin zur internationalen Ebene. (vgl. ebd., S. 68ff) Merkmale des städtischen Mikro-Bereichs hingegen sind größere Überschaubarkeit, direkte Sinneswahrnehmung und Betroffenheit, bzw. höherer Identifikationsgrad. Die relevanten Handlungsebenen reichen hier von der Wohnung oder dem Arbeitsplatz bis hin zur Nachbarschaft bzw. zum Quartier. Im Quartier bieten sich vielfältige Möglichkeiten zur Erprobung von technischen und sozialen Einzelmaßnahmen und ihrer Vernetzung zu integrierten stadtökologischen Gesamtkonzepten (vgl. S. 67f).

Hahn hat in dem Zusammenhang drei grundlegende Thesen formuliert (vgl. S. 109ff).

1.) Vernetzungsthese: Erst mit zunehmender Vernetzung sich gegenseitig ergänzender und fördernder Maßnahmen innerhalb und zwischen den genannten Handlungsbereichen und Bausteinen hat der Ökologische Stadtumbau eine wirkliche Implementationschance und es können die vier Implementationsfaktoren entscheidend verbessert werden, nämlich die ökologische Effektivität, die ökonomische Effizienz, die soziale Akzeptanz und damit dann auch die politische Durchsetzbarkeit.

2.) Quartiersthese bzw. Betroffenheitsthese: Stadtquartiere als Schnittstelle zwischen Mikro- und Makro-Bereich stellen die geeignetste Handlungsebene für vernetzte Strategien des

<sup>63</sup> Eine Kurzfassung dieses Konzepts von Udo E. Simonis, der ebenfalls Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin ist, findet sich in: Forum Wissenschaft 2/95, S. 28-33

<sup>64</sup> Hahns Forschung, die bereits in den Jahren 1985 - 1987 konzipiert und vorbereitet worden war, hatte zum Ziel, die Perspektiven stadtteilbezogener Umweltstrategien auf Basis eines internationalen Vergleichs zu untersuchen und den möglichen Beitrag einer ökologischen Umorientierung des Städtebaus zum Umweltschutz näher zu bestimmen. Zur empirischen Fundierung des Vorhabens wurden vergleichende Fallstudien in den Städten Bratislawa, Krakow und Berlin (West) durchgeführt. In der Makro-Analyse ging es um die ökologischen, historischen, sozio-ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Gesamtstadt. Bei der Analyse wurden fünf Bereiche unterschieden: Luft, Wasser, Boden, Lärm und die synergetischen Wirkungen zwischen den genannten Bereichen. Das Ziel war eine "gründliche Ursachenanalyse" der städtischen Umweltprobleme. In der Mikro-Analyse wurden dieselben Dimensionen auf Stadtteil und Quartiersebene untersucht und darüber hinaus exemplarisch lokale Projekte und Konzepte des Ökologischen Stadtumbaus beschrieben. Diese stellten auch den Schwerpunkt für die perspektivische Weiterentwicklung stadtökologischer Handlungsansätze dar.

Ökologischen Stadtumbaus dar, da gerade auf dieser Ebene die unmittelbare Betroffenheit zahlreicher AnsprechpartnerInnen eine Vielfalt von Ansätzen für kleinteilige Verbesserungen der lokalen Umweltverhältnisse bietet. Auf der Ebene des Quartiers werden Umweltprobleme und -belastungen greif- und spürbar, und dadurch auch behandelbar. Außerdem erfolgt eine Sensibilisierung über die Verursacher und Verursachungszusammenhänge. Wie auf keiner anderen Handlungsebene können hier die genannten Vernetzungsgewinne innerhalb der einzelnen Bausteine und zwischen ihnen nutzbar gemacht werden. Wichtig bleibt, einen orts- und situationsspezifischen, d.h. den lokalen Verhältnissen angepaßten Weg zu finden.

3.) Mobilisierungsthese: Auf der Quartiersebene konzentrieren sich in besonderer Weise bisher brachliegende oder ineffektiv genutzte materielle, finanzielle, als auch soziale Ressourcen, deren Mobilisierung entscheidend zum Erfolg des Ökologischen Stadtumbaus beitragen kann (beispielsweise Investitionen für Neubauten, Umbauten und Sanierungsvorhaben, für die Modernisierung von Produktionsbetrieben und Wohnungen - sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite; vorhandene Infrastrukturen und Einrichtungen - Schulen, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine, Kirchen, Umweltgruppen, Selbsthilfegruppen, usw.; oder internationale, nationale und kommunale Förderprogramme - im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“). Als soziale Mobilisierungsressourcen kann das Potential und die Kraft informeller gesellschaftlicher Aktivitäten betrachtet werden, die für Hahn eine Schlüsselrolle einnehmen.<sup>65</sup>

Das *Modell Handlungsbereiche und Bausteine* stellt eine „Denk- und Arbeitshilfe zum Umgang mit dem Widerspruch zwischen den weiterhin existierenden, sektoral ausgerichteten Fachplanungen und Verwaltungsressorts auf der einen Seite und der Notwendigkeit neuer, „integrierter“ Denk- und Handlungsweisen auf der anderen Seite dar“. (vgl. ebd., S. 73) Drei Handlungsbereiche haben

sich für den Ökologischen Stadtumbau als besonders wichtig herausgestellt (siehe Abbildung 5, S. 63): Stadttechnik und Stadtgestaltung; Umweltkommunikation und lokale Demokratie; Ökonomie und Ökologie.

Die Handlungsbereiche werden durch mehrere „Bausteine“ definiert und konkretisiert, die sich auf konkrete Planungs- und Fachplanungsbereiche, Politik- und Forschungsfelder beziehen, die für den ökologischen Stadtumbau von besonderer Bedeutung sind, und für die es direkte Ansprechpartner, Personen, Institutionen und Verbände gibt. Es können konkrete Aufgaben für die Weiterentwicklung bisheriger Planungs- und Handlungsweisen formuliert, die Hindernisse, die ihrer Realisierung entgegenstehen, benannt und Lösungen eingefordert werden. (vgl. ebd., S. 92) Jeder Baustein erhält seine eigentliche Tragfähigkeit erst im Zusammenwirken mit anderen. Es müssen aber bei der Planung und Durchführung konkreter Projekte nicht von vornherein alle Bausteine berücksichtigt werden. Das Bausteinmodell ist ein Orientierungsrahmen, um die geeigneten Handlungsansätze und Maßnahmen in der konkreten Situation eines Projektes erkennen und lokal gegebene Chancen in die Diskussion einbringen zu können.

Ziel des Bereiches Stadttechnik und Stadtgestaltung ist es, auf Basis der acht ökologischen Orientierungen (siehe weiter unten) zu einem „sozial-ökologischen Technikverständnis“ zu gelangen. Dieses zeichnet sich durch Problemvermeidung und das Verwenden von Vorsorgetechniken aus, wofür ein Denken in Kreisläufen nötig ist.<sup>66</sup> Es wird zunehmend erkennbar, daß „eine wirkliche Lösung der Umweltprobleme nur durch Einbeziehung ihrer sozialen und kulturellen Dimensionen möglich ist“, denn darin liege „das eigentliche Lösungspotential“. (ebd., S. 96) Das heißt, die Umwelt- und Sozialbeziehungen von Technik (wieder) erlebbar und erfahrbar zu machen, „die Anonymisierung und das auf das reine Angebot von „Betriebsstoff“ reduzierte Verständnis von Umweltressourcen“ zu überwinden.

65 Hahn schreibt diesen informellen „human-ökologischen Mobilisierungsressourcen“ einen hohen Stellenwert zu. Er denkt dabei anscheinend vorwiegend an selbstorganisierte Gruppen (Umwelt- und Selbsthilfegruppen), die im Gegensatz zu den „formellen Akteuren“ - die über große Bereiche der materiellen und finanziellen Ressourcen verfügen - „mit unkonventionellen Mitteln“ darauf Einfluß nehmen könnten, wie mit diesen Ressourcen umgegangen wird, womit sie über politische Einflußmöglichkeiten verfügten. Verlagerungen im individuellen und gesellschaftlichen Zeitbudget von formeller Arbeitszeit zu Freizeit bzw. informellen Tätigkeiten setzen Zeit und Arbeitskraft frei, die im Sinne des Ökologischen Umbaus genutzt werden könnte. Die beteiligten Personen verfügten durch ihre Paralleltätigkeit im formellen Berufsleben über ein breites Spektrum an Qualifikation und Professionalität, darüber hinaus sei ihr Engagement durch Motivation und Kreativität gekennzeichnet, wodurch sich informelle Akteure in selbstorganisierten Gruppen vielfach als flexibler und handlungsfähiger herausgestellt haben als sektoral gegliederte Verwaltungsinstitutionen (vgl. ebd., S. 122ff).

66 Hahn sieht im „Sozio-ökologischen Technikverständnis“ eine neue Innovationsstufe, die nach dem Setzen auf Maßnahmen unter dem „Prinzip der hohen Schornsteine“, und dann der „technischen Nachsorge“, nun „Vorsorgetechniken und Problemvermeidung“ zum Ziel hat, wobei es auch um die „Zurückgewinnung der sinnlichen Erfahrbarkeit der Beziehung zwischen Technikenstehung, Technikenutzung und natürliche Umwelt“ geht. (vgl. S. 94ff)



**Abbildung 5: Handlungsbereiche und Bausteine**

Quelle:Hahn, 1992, S. 91

*“Die Rolle des Menschen als verantwortlich Handelnden und diese Beziehung gestaltenden Partner der Natur muß wieder deutlich werden.“ (ebd., S. 97)*

Der Handlungsbereich „Umweltkommunikation und lokale Demokratie“ bezieht sich auf die Tatsache, daß der Ökologische Stadtumbau sinnvollerweise nicht von oben (Staat, nationale und internationale Institutionen und Wirtschaftsverbände) vorgegeben werden kann, sondern Gegenstand eines Prozesses ist, der sich nur in dem Maße durchsetzen wird, wie er „von der Motivation, der Kreativität und den Problemlösungspotentialen der in ihren konkreten Lebensbedingungen von Umweltproblemen betroffenen Menschen“ (ebd., S. 98) getragen

wird. Dieser ökologische Kommunikationsprozeß kann durch den Aufbau und die Vermittlung von Umweltwissen durch Information, Bildung und Beratung in Gang gebracht werden. Daneben geht es um die Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen und die Entwicklung eines neuen Politikstils, letztendlich um die „Weiterentwicklung der Demokratie“. Ansatzpunkte sieht Hahn in zwei zu beobachtenden Entwicklungen: der Ausbreitung basisgesellschaftlicher Umwelt- und Selbsthilfebewegungen; und dem Trend zu neuen Formen der Kooperation und Koproduktion zwischen formellen und informellen gesellschaftlichen Akteuren. Zu beiden führt Hahn Beispiele an. (vgl. ebd., S. 110f)

Der Handlungsbereich „Ökonomie und Ökologie“ bezieht sich auf die ökonomischen Gegebenheiten unserer Gesellschaft, in denen Denken und Handeln durch Kriterien wie wirtschaftliche Rentabilität und Kosten-Nutzen-Verhältnis bestimmt werden. Dieser Komponente des Handelns muß daher in den Handlungsstrategien des Ökologischen Stadtumbaus ein zentraler Stellenwert zukommen. In diesem Sinne sollten die ökonomischen Anreize (bzw. Sanktionen) als Antriebskräfte für „ökologisches Umorientieren und Umbauen“ gestaltet werden. Dabei geht es in erster Linie darum, die ökologischen Folgekosten der Produktion und des Konsums, die bisher externalisiert, das heißt volkswirtschaftlich umgelegt bzw. auf zukünftige Generationen verschoben werden, zu internalisieren, das heißt in die betriebliche Kostenrechnung einzubeziehen.

*„Gefordert wird daher die Anpassung der Rahmenbedingungen des ökonomischen Handelns an die „realen Bedingungen“ in einem ganzheitlichen und langfristigen Sinne.“* (ebd., S. 104)

Dazu müßten Steuern, Abgaben, Subventionen und Förderprogrammen, Haftungsprinzipien und rechtliche Rahmenbedingungen im allgemeinen so gestaltet werden, „daß die Innovationskraft von Menschen, Betrieben und Kommunen in eine Richtung gelenkt wird, die den Widerspruch aufhebt, der sich aus kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Vorteilen auf der einen Seite und der Umweltzerstörung und der Verlagerung ihrer Folgekosten auf die Allgemeinheit und die Zukunft auf der anderen Seite ergibt.“ (ebd.)

Die Mobilisierung bisher brachliegender Ressourcen ist abhängig von der Schaffung geeigneter quartiersbezogener Infrastrukturen. Mit dem *Konzept Ökostationen* soll eine solche Infrastruktur geschaffen werden. Ökostationen sind ökologisch orientierte Kommunikations-, Bildungs-, Beratungs-, Kultur-, Handels- und Dienstleistungszentren in gemeinnütziger Trägerschaft, die vor allem auf die ökologischen Umbauerfordernisse und Marktchancen im Quartier ausgerichtet sind. Sie sollen neben lokalen und quartiersbezogenen Aufgaben auch gesamtstädtische und überörtliche Funktionen erfüllen. Vorgeschlagen wird die Errichtung eines Netzes dezentraler Ökostationen, die auf nationaler und internationaler Ebene im Austausch stehen. Solche Netze würden zuerst sukzessive innerhalb der Städte aufgebaut und dann national und international über moderne Kommunikationstechnik miteinander verbunden werden. Netzwerkaufgabe wäre der lokale wie

überörtliche Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Unterstützung und die projekt- bzw. forschungsbezogene Kooperation.

*„Mit den Ökostationen sollen baulich-räumliche Situationen geschaffen werden, in denen sich Personen und Institutionen gegenseitig fördern können. Solche Ökostationen können zu neuen städtebaulichen Funktionselementen werden, die einerseits aus der Notwendigkeit solcher Infrastruktureinrichtungen für eine der zentralen Zukunftsaufgaben resultieren und andererseits zu einem städtebaulichen Symbol eben dieser Zukunftsaufgaben werden können.“* (ebd., S.125)

Die *acht ökologischen Orientierungen* wurden als „inhaltliche Leitlinien“ für ein sozial-ökologisches Technikverständnis postuliert. Hahn sieht sie „als ‚streitfähige‘ Diskussionsgrundlage für konkrete Projekte, Strategien und Einzelmaßnahmen“. Sie betonen den sozio-kulturellen Verursachungszusammenhang und Lösungspotentiale, die in diesem Zusammenhang bestehen. Es handelt sich um folgende Punkte: Humanethologische Orientierung; Beteiligungsorientierung und Demokratisierung; Kreislauf- und Vernetzungsorientierung; Natur- und Sinnesorientierung; Orientierung an Mischung und qualifizierter Dichte; Orientierung am „genius loci“; Ökologie und Ökonomie (Orientierung an ökologischen Kosten); Internationale Orientierung

Soweit zum Konzept von Eckhart Hahn, das sehr viele Aspekte, die entscheidend für eine nachhaltige (Stadt-)Entwicklung sind, integriert. Besonders bemerkenswert finde ich die Idee der Ökostationen, die auch einem grundsätzlichen Manko Rechnung tragen, nämlich der Tatsache, daß es bisher keine institutionellen Räume gibt, die speziell für den Prozeß der Nachhaltigkeit zuständig oder vorhanden wären. Solange „Nachhaltigkeit“ an die Umweltressorts delegiert wird, wird nicht genügend transparent, daß dieses Thema nur im Zusammenspiel möglichst vieler oder besser: aller gesellschaftlichen Subsysteme umsetzbar ist.

Nicht zuletzt könnten solche Ökostationen eine tragende symbolische Funktion übernehmen. Das Nicht-Vorhanden-Sein des Diskurses über Nachhaltigkeit in der breiten Öffentlichkeit, läßt sich unter anderem daran erkennen, daß es kein allgemein verständliches und unübersehbares Symbol für diesen Prozeß gibt. Ein solches Symbol betrachte ich nicht nur als äußerst notwendig für die Umsetzung von Nachhaltigkeit, sondern auch als Ausdruck eines Bewußtwerdungsprozesses.<sup>67</sup>

<sup>67</sup> Im Rahmen des Pilotprojektes „Agenda-Büro Wien - Alsergrund“ haben pinkfarbene mobile Straßenschilder diese Funktion, die im neunten Bezirk aufgestellt wurden.

Andererseits wird bei Hahn ein grundsätzliches Problem deutlich: es werden große Hoffnungen in die „Mobilisierungsmöglichkeiten sozialer Ressourcen“ gesetzt. Hahns Betonung des potentiellen Einflusses selbstorganisierter Gruppen wirkt allerdings zu idealisierend. Seine Annahme, daß „Verschiebungen im individuellen und gesellschaftlichen Zeitbudget“ (von formeller Arbeitszeit zu mehr Freizeit oder informellen Tätigkeiten) im Sinne des ökologischen Stadtumbaus investiert werden könnten, birgt eine Menge von Problemen, die hier nicht angerissen werden - ganz abgesehen von der Tatsache, daß diese Annahme per se in Frage gestellt werden kann.

Diese These setzt beispielsweise einen veränderten Stellenwert von Erwerbsarbeit überhaupt voraus. Aus der Tatsache, daß Arbeitslosigkeit in vielen Berufsgruppen zunimmt, kann aber nicht geschlossen werden, daß die dadurch zur Verfügung stehende Zeit automatisch im Sinne ökologischen Engagements genutzt wird. Einerseits liegt in der Erwerbsarbeit ein bedeutendes identitätsstiftendes Moment, für das erst Ersatz gefunden werden müßte; andererseits muß die dadurch zur Verfügung stehende Zeit z.B. für Fortbildungsmaßnahmen genutzt werden, um erneut Anschluß an den Arbeitsmarkt zu finden, da die Erwerbsarbeit ja immer noch für die Einkommenssicherung, und damit die Befriedigung elementarer Bedürfnisse, notwendig ist. Zudem werden die Erwerbsarbeitsverhältnisse selbst zunehmend prekärer und erfordern insgesamt mehr Flexibilität, was sich auch auf ein erheblich erschwertes Zeitmanagement niederschlägt.

Dies weist Eckart Hildebrandt als Ergebnis seiner Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitszeitmodelle (eines Modells "beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzung") bei der Firma VW in Wolfsburg nach. Er zeigt auf, daß "der mögliche Zeitwohlstand" durch die Nebenfolgen der neuen Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse weitgehend "aufgefressen" wird. In den vergangenen Jahrzehnten seien durch relativ lange Arbeitszeiten (Ganztagsarbeit, Mehrarbeit) und insbesondere durch die Zunahme von Schichtarbeit "die Dispositionsmöglichkeiten über die eigene Freizeit erheblich eingeschränkt" worden.

*„Ein qualitativ neuer Prozeß ist die massive Variierung und Flexibilisierung der Lage und Länge der Arbeitszeit innerhalb der Belegschaften und auch für die einzelnen Beschäftigten. Die entscheidende Auswirkung ist die Zerstörung eines gleichmäßigen und stabilen Rhythmus zugunsten einer anforderungsorientierten Flexibilisierung*

*Dies führt für die einzelnen Beschäftigten zu einer sinkenden Planbarkeit ihres Privatlebens (z.B. Absprachen in der Familie, regelmäßige Teilnahme an Veranstaltungen etc.) und zu sinkenden Möglichkeiten der Gemeinsamkeit, da die Arbeitszeitmuster sich z. B. innerhalb des Freundeskreise ausdifferenzieren (Fahrgemeinschaften, Fußballmannschaften).“ (Hildebrandt, 1998, S. 103)*

Arbeitszeitverkürzung kann also durchaus umgekehrte Effekte im Privatleben hervorrufen: Nämlich Zunahme an Organisationszeiten und Verschiebung von Tätigkeiten, z.B. Arztbesuche in die Freizeit, die vorher auch im Rahmen der Erwerbsarbeitszeit erledigt werden konnten, oder mussten (Öffnungszeiten). Die Situation der Volkswagen AG in Wolfsburg ist mit Sicherheit eine sehr spezielle, und die Ergebnisse sind wohl nicht bedenkenlos verallgemeinerbar. Sie zeigen aber ein Stück weit die Komplexität des Themas auf und verweisen auf die Einbettung von Fragen der Arbeitszeit in vielfältige Lebenszusammenhänge, die davon betroffen sind (z.B. Familie, Freundeskreis, usw.).

Arbeitszeitverkürzung wird im Sinne einer gerechteren Verteilung von Arbeit für alle diskutiert. Das damit aber automatisch Freizeit verlängert wird und auf vielfältigere Weise zur Verfügung steht, ist nicht garantiert. Dazu bedarf es nicht nur eines breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozesses, sondern auch konkreter politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (z.B. Grundeinkommen), die über den Horizont eines ökologischen Stadtumbaus hinaus in Angriff genommen werden müßten. Das heißt, daß auch breitere gesellschaftliche Themen integraler Bestandteil der Diskussion um Nachhaltigkeit sind, die umgekehrt die Grenzen einer städtischen Perspektive zur Problemlösung deutlich machen.

Hahns Ansatz in Bezug auf die Mobilisierung sozialer Ressourcen ist prinzipiell brauchbar, insofern als der Blick auf das Bestehende, das Vorhandene gerichtet wird; es ist aber auch nur ein weiterer Aspekt, der zum Prozeß der Nachhaltigkeit beitragen kann. Es ist zwar wichtig, Selbstorganisation zu fördern und ihr Raum zu geben, aber das globale gesellschaftliche Handeln verändert sich nicht einfach durch mehr Wissen oder durch ein vertieftes „sozial-ökologisches Technikverständnis“. Diese sind wichtige Bestandteile, aber die Wirkungen auf Natur und sozial-ökologische Zusammenhänge ergeben sich aus einem Zusammenspiel unterschiedlicher Systemdynamiken, die weitaus detaillierter analysiert und hinterfragt werden müßten.

Die Stadt ist mit widersprüchlichen Erwartungen und Hoffnungen der Menschen, die in ihr leben, konfrontiert: einerseits soll sie Heimat und Ort der Aneignung sein, andererseits Ort der Anonymität, der die Möglichkeit bietet, sozialer Kontrolle in kleineren Gemeinschaften zu entgehen, und nicht zuletzt schlicht eine funktionierende "Versorgungsmaschinerie". Jeder einzelne befindet sich zudem in einem „Spannungsverhältnis ambivalenter Bedürfnisse und konfligierender Interessen und Werte“, die sich nicht nur als „Produkte von historischen Prozessen“ stetig wandeln, sondern auch im Laufe eines Lebens und je nach Situation durchaus vielschichtig verändern können. (vgl., Siebel, Gestring und Mayer, 1992, S. 42)

Gegenwärtig lassen sich zwar „Veränderungen in Lebensstilen und Werthaltungen beobachten, die durchaus in Richtung auf eine ökologisch verträglichere Lebensweise deuten“ (ebd., S.43), darüber darf aber nicht übersehen werden, daß „die Lebensweise des städtischen Konsumentenhaushaltes“ (ebd., S. 35) hochattraktiv ist und für die überwiegende Mehrheit der Menschen das Bild einer erstrebenswerten Zukunft.

Da diese Lebensweise nicht universalisierbar ist, „verliert sie auch ihren humanen emanzipatorischen Gehalt und entpuppt sich als auf Herrschaft beruhendes Privileg“ meinen Siebel, Gestring und Mayer (ebd., S. 35); nichtsdestotrotz scheint diese Lebensweise emanzipatorische Hoffnungen zu realisieren, die von Anfang an mit der Stadt verknüpft waren.

*„Die Gründe für die Kluft zwischen Wissen und Handeln liegen - so unsere These - darin, daß der ökologische Umbau mit Verhaltenszumutungen verknüpft ist, die im Widerspruch zu zentralen Werten der Politik und zu Emanzipationshoffnungen geraten können, die sich mit der Lebensweise des städtischen Konsumentenhaushaltes verknüpft haben: im Widerspruch zum Ziel sozialer Gerechtigkeit, im Widerspruch zum Ziel individueller Autonomie, im Widerspruch zum Versprechen auf Entlastung von Arbeit.“ (ebd., S. 39)*

Der ökologische Stadtbau erfordert auch, die eigene Lebensweise zu ändern, und damit unter

anderem ein Mehr an Arbeit, Selbstdisziplin und Wissen, gewissermaßen also einen Verzicht auf Teile der Errungenschaften, die die technische und soziale Infrastruktur in der Stadt bieten (z.B. disziplinierte Handhabung eines Mülltrennsystems, Müllvermeidung oder den Verzicht auf Chemie im Haushalt).

Diese Widersprüchlichkeit gilt es wahrzunehmen, abzuwägen und zu verhandeln. Solange nur der Verzichtsaspekt hervorgehoben wird, oder ein Mehr an Arbeit (Haus-, Eigenarbeit, Ehrenamt, usw.), Auseinandersetzung und Konflikten, erscheint Nachhaltigkeit als ziemlich einseitiges Modell zur Beschränkung individueller Handlungsoptionen. Demgegenüber wäre es ein veränderter Zugang, zu untersuchen, was positive Anknüpfungspunkte wären, was gewonnen werden könnte.<sup>68</sup> Arbeitslosigkeit könnte in diesem Sinne als Erreichen eines Zieles interpretiert werden, das im Grunde durch die Rationalisierungen geleistet worden ist; und damit als Befreiung von den Zwängen einer Arbeitsgesellschaft. Dann stellt sich die Frage, ob und wie ein Pendant zum höchsten Wert und Gut westlicher Demokratien gefunden werden kann, und in welcher Form auf andere Art und Weise ein finanzielles Einkommen für alle gesichert werden könnte.

### 3.2.3 Umsetzungsschwierigkeiten

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung steht vor einer Reihe von Operationalisierungsschwierigkeiten, die auf unterschiedlichen Ebenen zu suchen sind. Dabei werden vielfach Kriterien diskutiert, wie z. B. Indikatoren für ökologische Nachhaltigkeit, bzw. Grenzen der Tragfähigkeit; wie die ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit (Gibt es ein qualitatives oder ökologisch modernisiertes Wachstum?); oder die Frage, in welche (Gerechtigkeits-) Dimensionen Sozialverträglichkeit zu übersetzen sei. (vgl. Brand, 1997, S. 23ff) Alle diese Problembereiche werden je nach gesellschaftlicher Position und Interessen behandelt, ohne daß ein Konsens in Aussicht wäre. Darüber hinaus weist die Entwicklungsdynamik in eine entgegengesetzte Richtung, wie ja auch in der Rio+5 Konferenz (siehe Kap. 1) erneut bestätigt wurde.

68 "Das Entscheidende bei der Erarbeitung einer neuen Utopie scheint mir jedoch, daß diese nicht bloß im Gewand eines moralinsauren Verzichtappells einer menschenverachtenden Regelungsdichte auf-treten darf. Es muß vielmehr darum gehen, aufzuzeigen, was wir an Qualitäten durch unsere heutige Lebensweise verlieren und durch eine andere (wieder-)gewinnen können. Es muß also darum gehen, die notwendigen Veränderungen unserer Lebensweise auch als wünschenswert und nachhaltig anzustrebend im Bewußtsein zu verankern." (Böhme, 1996, S. 89)

So wichtig die Diskussion um Kriterien ist, die Nachhaltigkeit konkreter - als Orientierungsrahmen - faßbar machen, wird dieser Weg alleine nicht ausreichen. Denn jede Art von Kriterium kann immer nur eine Zielvorstellung sein, die immer noch nichts über den Weg dahin aussagt. Und dieser Weg, das Umsetzen und Handeln sind das Entscheidende.

Darüber hinaus kann es keine „objektiven“ Kriterien geben. Nachhaltigkeit ist ein anthropozentrisches Konzept, das heißt, daß es sich um eine gesellschaftliche Perspektive handelt. Ob die Spezies „Mensch“ ihren Lebensraum auf der Erde zerstört, kann nur unser eigenes Interesse sein, nicht aber das der Natur. Deshalb ist die Frage, wie das menschliche Überleben im Rahmen des gegebenen Umweltraums gesichert werden kann; das „Überleben der Natur“ ist eigentlich nur aus dieser Perspektive für uns Menschen von Bedeutung. Insofern bedeutet Nachhaltigkeit in erster Linie ein Konzept zur Selbstbeobachtung menschlicher Gesellschaften.

Kriterien, was als nachhaltige oder tragfähige Lebensweisen bezeichnet oder akzeptiert wird, können auf Grund unterschiedlicher Interessen und eines immer nur begrenzten Wissensstandes nur für die Gegenwart verhandelt werden. Auf städtische Systeme bezogen sollten nach Biehler (1996) deshalb auch zwei Aspekte stärker in den Vordergrund treten: der Prozeßcharakter der Nachhaltigkeit; und der Umstand, daß Nachhaltigkeit immer neu definiert werden muß. Nachhaltigkeit könne demnach nicht als Zustand definiert werden, sondern es handle sich um einen Weg, der eingeschlagen wird. Dieser Weg müsse im Prinzip offen bleiben, das heißt, daß Nachhaltigkeit heute und mit dem derzeitigen Wissensstand etwas anderes bedeutet oder bedeuten kann, als in näherer und fernerer Zukunft, und daß es auch an unterschiedlichen Orten andere Bedeutung haben kann, je nach historischen und ökologischen Bedingungen.

*„Wir können nicht sagen: Wir haben nachgedacht, wir wissen, was nachhaltige Entwicklung in einer Großstadtregion ist, und das muß jetzt umgesetzt werden, das muß jetzt mit Leben gefüllt werden. Vielmehr müssen wir uns wahrscheinlich darauf beschränken, darüber nachzudenken, wie wir verhindern können, daß die Entwicklung in eine bestimmte Richtung nicht weitergeht, bzw. wie wir andererseits Hindernisse abbauen, so daß eine andere Entwicklung möglich wird.“* (Biehler, S. 96)

Die Operationalisierung des Begriffs der Nachhaltigkeit fordert eine weitgehende Umorientierung, was die gängigen Denk- und Handlungsmuster betrifft. Dieser Prozeß steckt erst in den Anfängen. Nachhaltigkeit bedarf eines grundsätzlichen Umdenkens in allen Bereichen; und eines Blickes auf längere Zeitspannen - dem widerspricht aber unsere auf immer kürzere Frequenzen ausgerichtete Lebensweise. Wenn es „schlicht und einfach um ein neues Gesellschaftsmodell geht“ (Dangschat, 1997, S. 173), dann reicht es auch nicht, Nachhaltigkeit „additiv an die bestehenden Trends“ anzuhängen (Biehler, 1996, S. 93) - eine Vorstellung, die weit verbreitet ist.

Das Konzept der Nachhaltigkeit kann zumindest so interpretiert werden, daß es einen Anstoß gibt, nach Alternativen zu suchen. Und es manifestiert sich in ihm ein Paradigmenwechsel - der sich insbesondere in den Naturwissenschaften abzeichnet -, von einem „mechanistisch-reduktionistische Weltbild“ hin zu einem Denken, das von Begriffen wie: Komplexität, Nichtlinearität, Unsicherheit, Irreversibilität und Selbstorganisation geprägt ist.

*„Dieser Paradigmenwechsel ist noch nicht verarbeitet, weder in den Wissenschaften noch in der politisch-administrativen Praxis. Was aus den neuen naturwissenschaftlichen Konzeptionen und Modellen für ökonomische, soziologische, verwaltungs- und rechtswissenschaftliche Fragestellungen fruchtbar gemacht werden kann, ist derzeit Kernpunkt einer interessanten wissenschaftstheoretischen Selbstverständnisse Debatte. Und wie Politik und Verwaltung mit komplexen Situationen unter Unsicherheitsbedingungen umgehen können, wird derzeit in mühevollen langwierigen Lernprozessen erprobt.“* (Ritter, 1995, S. 18)

Nachhaltigkeit kann nicht als Programm erfaßt werden. Bleibt man in der Logik des Konzepts, kann es auch keine übergeordnete Instanz geben, die dafür zuständig wäre. Dennoch bräuchte die Idee eine Verortung - vielleicht in Strukturen und Institutionen, die quer zu den bestehenden liegen, oder in einem neu in Besitz genommenen „multifunktionalen, öffentlichen Raum“. In diesem Zusammenhang spielen Vernetzungen eine bedeutende Rolle. Nachhaltigkeit weist in eine Richtung, in der einem Denken in Gegensätzen und Ausschließlichkeiten die Integration beispielsweise von sektoralen Planungs- und Politikbereichen entgegengesetzt wird.

Auch im Bereich der Wissenschaft wird nach neuen, integrativen Modellen gesucht, um die komplexen Zusammenhänge besser begreifbar zu machen. Ein Beispiel dafür ist Rolf Peter Sieferles Ansatz zur Darstellung des sozial-ökologischen Systems. Soziologie und Humanökologie sind zwei bisher relativ separiert nebeneinander stehende Perspektiven, die wechselseitig Defizite aufweisen.<sup>69</sup> Sieferle unternimmt den Versuch, ein systemtheoretisches Modell zu konstruieren, das einen Anschluß zwischen diesen beiden Perspektiven sucht. Dieses Modell bietet unter anderem einen Erklärungsansatz, warum die „Kommunikation“ zwischen einem ökologischen und einem sozialen System so schwierig ist, und damit das Selbstgefährdungspotential moderner Gesellschaft(en) kaum - zumindest nicht wirkungsvoll - realisiert, bzw. abgewendet wird.

Das sozial-ökologische System enthält sowohl soziale wie auch ökologische Teilsysteme, die über die physische menschliche Population - als Schnittstelle - in einem Wirkungszusammenhang stehen (siehe Abbildung 6).

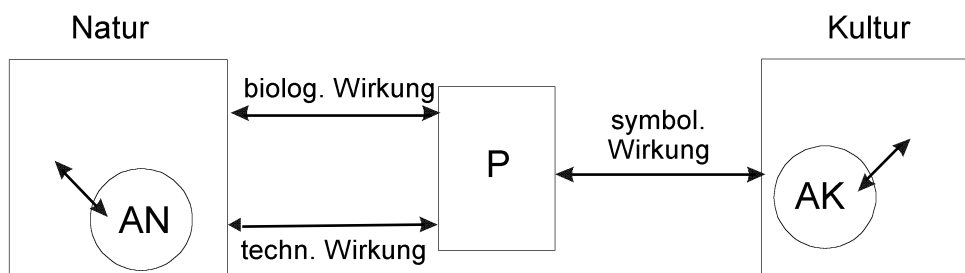
Sowohl Natur als auch Kultur besitzen Systemcharakter.<sup>70</sup> Die Kultur wird dabei als immaterielles System - aus zahlreichen Subsystemen bestehend - betrachtet, das nur über die Population physische Effekte auf die Natur hat. Die menschlichen Organismen stehen mit der Natur

in spezifischer Wechselwirkung: einerseits wirken sie auf das ökologische System, von dem sie andererseits Wirkungen empfangen, die kulturell weiterverarbeitet werden können.

*„Entscheidend ist nun, daß sich die durch die Arbeit vermittelten technischen Wirkungen innerhalb der Natur zu einem Komplex der ‚Artefakte‘ (in der Darstellung AN) auskristallisieren, die innerhalb der Kultur symbolisch als AK repräsentiert sind. Diese Welt der Artefakte kann belebte wie auch unbelebte Züge tragen: Zu den Artefakten gehören nicht nur die Baulichkeiten und Maschinen, die Straßen, Äcker und forstwirtschaftlichen Nutzflächen, sondern auch Tiere und Pflanzen, sofern sie unter Kontrolle der Menschen stehen und vielleicht gar genetisch verändert sind.“* (Sieferle, 1997a, S. 51)

Dieses Prinzip wird von Fischer-Kowalski als „Kolonisierung von Natur“ bezeichnet (vgl. Kap. 1). Die von menschlicher Arbeit geschaffenen neuen Ordnungszusammenhänge stehen nach wie vor in Wechselwirkung mit anderen Elementen oder Teilsystemen der Natur, „so daß sie aus deren Perspektive als „Störungen“ angesehen werden können, auf welche das naturale Restsystem mit Anpassungsprozessen reagieren muß“. Solche Anpassungsprozesse drücken sich im Klimawandel, der Bodenerosion, etc. aus und werden von der Population wiederum unter Umständen als unerwünschte Nebeneffekte oder Störungen wahrgenommen.

### Abbildung 6: Sozial-ökologischer Wirkungszusammenhang



Quelle: Rolf Peter Sieferle, 1997a, S. 51

69 Sieferles Modell ist ein Versuch, der Komplexität und dem eigenständigen Charakter sozialer wie auch natürlicher Systeme gerecht zu werden, ein Ansatz, dem bisher in einer soziologischen Umwelttheorie noch weitgehend die Basis fehlt. „Die paradigmatischen Grundlagen der Umweltwissenschaften liegen zwischen einer Umweltsoziologie, die sich vor allem mit der sozialen Verarbeitung von Umweltproblemen befaßt, und einer Humanökologie, die den Menschen in erster Linie als Naturwesen ansieht.“ (Sieferle, 1997a, S. 37) Beide Perspektiven stellen eine gewisse Verkürzung dar, weil im ersten Fall „die Natur“ lediglich als „unspezifische Umwelt“ betrachtet wird - sofern sie nicht in „ökologischen Kommunikationen“ auftaucht - und im zweiten Fall „der Mensch“ - idealtypisch konstruiert - als handelndes Subjekt aufgefaßt wird, dessen „soziale Institutionen im wesentlichen instrumentell-adaptiven Charakter besitzen oder besitzen sollen“, und dabei der Systemcharakter von Gesellschaft unterbelichtet bleibt.

70 „System“ kann man jede Menge von Elementen nennen, der es gelingt, in Abgrenzung zu einer Umwelt, die in Richtung Diffusion bzw. Entropie drängt, einen Ordnungszusammenhang aufzubauen und zu bewahren. (...) Systeme müssen auf der ihnen eigentümlichen Ordnungsebene beschrieben werden. (...) Dies gilt auch für soziale bzw. kulturelle und humanökologische Systeme, die nicht als Ausdruck von Eigenschaften „des Menschen“ beschrieben werden können, sondern einer eigenen Beschreibungsart bedürfen.“ (Sieferle, 1997, S. 43)

*„Da P nicht nur der Funktionsträger von K ist, sondern auch gewissermaßen deren einzige Sinnesorgane bildet, werden diese Störungen auf der symbolischen Ebene repräsentiert, und zwar auf die spezifische Weise des jeweiligen kulturellen Subsystems: als wissenschaftliche Erkenntnis, als sozialer Konflikt, als ökonomischer Preis, als kulturkritische Klage, als politische Kampagne, als ästhetische Innovation, als religiöses Sinndefizit, usw.“ (ebd., S. 51)*

Diese Repräsentation darf dabei nicht als exakte Abbildung verstanden werden, im Gegenteil, Wirkungen oder Störungen, die von der Natur ausgehen, richten in der Kultur zunächst nur Unordnung an, worauf in vielfältiger Weise reagiert werden kann; eine „kausale“ Reaktion, die sich auf den tatsächlichen Grund der Störung bezieht, ist dabei nicht einmal wahrscheinlich, denn „der symbolische Komplex bildet nicht etwa den materiellen Komplex einfach ab oder versucht es auch nur, sondern er konstruiert seine eigentümlichen Bedeutungs- und Sinnzusammenhänge.“

Die Wechselwirkungen von Natur mit dem Komplex der Artefakte einerseits und innerhalb der Kultur mit den Repräsentationen von Artefakten andererseits, gehorchen völlig unterschiedlichen Regeln.

*„Wenn wir ein einzelnes Artefakt daher als Knotenpunkt von Kräftefeldern ansehen, so sind dies in N völlig andere als in K. Die kulturelle Repräsentation findet daher vielleicht einen Namen für ein Objekt, doch ist sie niemals in der Lage, dieses vollkommen in der Weise zu verstehen, wie es im Kontext von N funktional (oder dysfunktional) eingebunden ist. (...) Der materielle Funktionszusammenhang zwischen N und AN wird ebensowenig vollständig in K repräsentiert, wie sich die (naturwissenschaftlichen, ökologischen, technologischen oder ökonomischen) Vorstellungen von AK vollständig in N materialisieren. Dies ist der prinzipielle Grund dafür, daß „Umweltprobleme“ auftauchen können und daß es sehr schwierig ist, mit ihnen umzugehen.“ (ebd., S. 52)*

Eine vollständig sachgerechte und kausale Verarbeitung der Störungen in der Natur müßte voraussetzen, daß die Struktur und die prozessuale Dynamik des gesamten sozial-ökologischen Systems in allen Einzelheiten bekannt wäre. Darüber hinaus müßte das kulturelle System, das ja auch die „Steuerungsimpulse im Sinne von motivierenden Normen und Zielbeschreibungen“ setzt, in der Lage sein, diese Steuerungsimpulse so zu lenken, daß keine schädlichen Wirkungen und Rückwirkungen auf die und von der Natur mehr zu erwarten wären.

Dazu ist Kultur aber nicht in der Lage, weil sie

einen systemischen Überbegriff einer Reihe von Subsystemen darstellt, die die Störungen, die von außen kommen, in die je eigene Symbolsprache übersetzen, wobei die jeweiligen Reaktionen der Subsysteme keineswegs in die gleiche Richtung gehen müssen. „K ist daher blind, wenn es um die vollständige Repräsentation seiner Wirkungen auf P und N geht. [...] K ist eben nicht, (wie es die Kulturökologie sieht) ein adaptives Instrument, das von P entwickelt und eingesetzt wird, um mit N zurecht zu kommen. Die Beziehung zwischen P und K ist viel schwieriger und zugleich fragiler.“ (ebd., S. 53) Eine Kultur kann allerdings nur solange aufrecht erhalten bleiben, solange die Existenz der sie tragenden Population nicht gefährdet ist.

Die prekäre gegenwärtige Situation liegt unter anderem darin begründet, daß sich die Pluralität der Kulturen auf dieser Erde tendenziell zugunsten einer einzigen aufgelöst hat. Solange eine Vielzahl von Kulturen nebeneinander existierte, konnte der Zusammenbruch einer Kultur zu einem im Verschwinden der sie tragenden Population bestehen, aber auch darin, daß sich diese Kultur in einer anderen auflöste. „Die Bildung eines „Gleichgewichts“ zwischen K, P und N war daher einem normalen evolutionären Vorgang anheimgestellt und nicht Resultat einer bewußten Thematisierung oder gar Planung.“ (ebd., S. 53) Da keine Ausweichmöglichkeiten mehr bestehen, mag dies bedeuten, „daß das alte evolutionäre Muster der Integration von K, P und N nicht mehr weiterwirken kann (bzw. soll)“.

### **3.2.4 Resümee mit Blick auf die sozialen Aspekte nachhaltiger Entwicklung**

Dieser Darstellung des sozial-ökologischen Systems mittels eines integrativen Ansatzes, könnten weitere Beispiele zur Seite gestellt werden, die zeigen, wie auf wissenschaftlicher Ebene unterschiedliche Herangehensweisen zu integrieren versucht werden, um einerseits das Problem der ökologischen Krise in seiner Komplexität und Wechselwirkung mit dem sozialen Wandel zu erfassen, und andererseits problemorientierte Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Das würde hier aber zu weit führen. Mit diesem Beispiel wird gewissermaßen ein Bogen zum Beginn dieser Arbeit gezogen, und noch einmal darauf verwiesen, daß die Idee und die Diskussion um nachhaltige Entwicklung - oder allgemeiner die Problemlösungsstrategien in Hinblick auf die ökologische Krise unter Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeitsaspekte - ganz generell zur Erarbeitung neuer Sichtweisen und zur Erprobung ungewohnter Handlungsweisen - in allen gesellschaftlichen Subsystemen - führt oder führen kann.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß sich das Thema nachhaltiger Entwicklung in Bezug auf Städte weitgehend auf die materiellen und energetischen Aspekte, bzw. die technischen Möglichkeiten zu deren Optimierung beziehen. Gerade die Diskussion über gegenwärtige Leitbilder in der Stadtentwicklung und die Denkweisen in den damit beschäftigten Disziplinen richten sich in erster Linie auf baulich-räumliche Aspekte der Planung und nur am Rande auf partizipative Möglichkeiten der Gestaltung von Planungsprozessen - das heißt auf die Einbeziehung möglichst vieler unterschiedlicher Interessen, auch jener von sozial benachteiligten Gruppen -, bzw. auf die Verschränkung mit sozialen Prozessen im allgemeinen.

Darin äußert sich ein noch immer vorherrschendes disziplinäres Spezialistentum und eine große Unsicherheit bezüglich der Kooperation zwischen unterschiedlichen Disziplinen, bzw. mit Bevölkerungsgruppen, die in der Regel bisher von Planungsprozessen weitgehend ausgeschlossen sind. Diese Unsicherheit kann unter Umständen auf eine fehlende "gemeinsame Sprache" bzw. auch auf sehr unterschiedliche Ausgangspunkte (Paradigmen) wissenschaftlicher Disziplinen bzw. der Alltagswahrnehmung zurückgeführt werden. Der Diskurs über nachhaltige Entwicklung könnte möglicherweise als Basis zur Entwicklung einer "gemeinsamen Sprache" dienen, da er durch seine Vagheit - wie beschrieben - hohe Anschlußfähigkeit nicht nur für divergierende wissenschaftliche Disziplinen, sondern auch für verschiedenste gesellschaftliche Subsysteme besitzt.

Läßt sich in den Naturwissenschaften und in der Technik also eine hohe Anschlußfähigkeit an die Auseinandersetzung mit ökologischen Problemen finden, so muß für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften festgestellt werden, daß deren Bezugspunkte zu dem Thema erst in Ansätzen hergestellt worden sind. Umgekehrt werden aber durch diese Bemühungen auch die Grenzen traditioneller wissenschaftlicher Herangehensweisen im allgemeinen aufgezeigt und es eröffnen sich neue Chancen inter- und transdisziplinärer Kooperation, durch die die notwendigen gesellschaftlichen Innovationen vielleicht überhaupt erst möglich werden.

Im Prinzip sind wir auch heute nicht sehr weit entfernt von der Vorstellung, daß sich Gesellschaftsentwicklung durch (Stadt-)Planung steuern läßt. Die Widersprüche zwischen den "Bedürfnis-

sen einer geformten Lebenswelt" auf der einen, den "über die Medien Geld und Macht mitgeteilten Imperativen" auf der anderen Seite, die die kapitalistische Modernisierung gerade auf dem Gebiet der Stadtplanung kennzeichnen (vgl. Zur Idee der Steuerung der Gesellschaft durch die Stadtplanung) stellen auch weiterhin eine zentrale Herausforderung für eine den Zeichen der Zeit folgende Stadtentwicklung dar. Darüber hinaus hat sich gerade in den Beispielen aus der Geschichte gezeigt, daß zwischen Intention und Realisation bzw. Wirkung zumeist gewaltige Gräben entstehen können.

Besonders anschaulich wird dies in der Arbeit von Andrea Gleiniger (1995), die am Beispiel der Frankfurter Nordweststadt - einem charakteristischen Großbauprojekt - sehr detailliert aufgezeigt hat, wie sich die Diskrepanz zwischen Idee/idealem Anspruch und gebauter Wirklichkeit entwickelt. In dieser Arbeit wird die Kontinuität von den sozialen und organisatorischen Ansprüchen der Moderne, auf die sich die Planer und Planungsbeamten auch und gerade der 50er und 60er Jahre beriefen, und die schließlich in die Großbauten der siebziger Jahre mündeten, in ihrer Komplexität nachgezeichnet. Deutlich wird dies unter anderem an den biographischen Verflechtungen sowohl des zuständigen Stadtbaurates (Hans Kampffmeyer) als auch des Architekten, der für das städtebauliche Grundkonzept verantwortlich zeichnete (Walter Schwagenscheidt). Kampffmeyer sah sich beispielsweise nicht nur der Tradition Ernst Mays als "Organisator" des Neuen Frankfurt verpflichtet, sondern brachte auch ein ganz persönliches Erbe mit, das er bewußt angetreten hatte: er stammte aus jener Familie, aus der die Initiatoren und Protagonisten der Deutschen Gartenstadtgesellschaft hervorgegangen waren. Diesen Verpflichtungen folgend war er allerdings auch mit den wirtschaftlichen, planungstechnischen und gesellschaftspolitischen Prämissen der 50er und 60er Jahre konfrontiert, die sich auf die Entstehungsgeschichte der Nordweststadt entscheidend auswirkten. (vgl. Gleiniger, 1995, S. 15f)

Neben der Kritik an solchen Großprojekten wird mittlerweile also auch nach deren Entwicklungsgeschichte gefragt, wobei sich der Blick wohlwollender, unvoreingenommener und ein Stück auch neugieriger auf die damaligen Bedingungs- und Motivationszusammenhänge richtet, wie Gleiniger meint (ebd. S. 12). Nicht zuletzt wird in Hinblick auf die weiterhin anstehenden Großbauvorhaben nach den Potentialen gesucht, die in derartigen Strukturen auch stecken können.



Die Kontinuität zu historischen Leitbildern ist damit in vielschichtiger Weise - in Überlegungen zur Anschlußfähigkeit als auch zu notwendigen Veränderungen - gegeben. Das Leitbild der nachhaltigen Stadt schließt aber nicht nur in gewisser Weise an die Geschichte an, sondern weitet meines Erachtens auch den Blick, indem sich die Problemwahrnehmung vergrößert hat. So werden beispielsweise Interessenskonflikte nicht nur zunehmend thematisiert, sondern es wird auch nach neuen Formen für Aushandlungsforen und -prozesse gesucht.

Um ganz generell eine andere Richtung einzuschlagen - deren Notwendigkeit außer Frage steht - ist es, wie ich zu Beginn dieses Kapitels ausgeführt habe, wichtig, die Dynamik gesellschaftlicher Modernisierung in ihrer Komplexität besser verstehen zu lernen. Die Diskussion um nachhaltige Entwicklung stellt meines Erachtens einen Begriff bereit, der diesem Bemühen in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und anderen gesellschaftlichen Subsystemen einen gemeinsamen Namen gibt. Städte stellen einen entscheidenden Untersuchungsrahmen in dieser Frage dar, weil sie die moderne Lebensweise prägen wie kaum ein anderer Ort. Das Plädoyer Hoffmann-Axthelms - die je spezifischen städtischen Eigenheiten in ihrer Entwicklungsgeschichte zu suchen und damit den Charakter von Städten herauszufinden - fügt sich ein in das Bild von Nachhaltigkeit, das darauf abstellt, auf die lokalen Bedürfnisse und Potentiale in ihrer historischen Gewachsenheit einzugehen und darauf aufzubauen.

Das schließt auch ein, die Stadt in Hinblick auf ihre "dunklen Seiten" zu untersuchen, das heißt jene Orte, die vordergründig keine Touristenattraktionen darstellen. Sie sind ja ebenfalls ein Erbe der Geschichte und können durchaus auch Potentiale enthalten. Solche Orte sind veränderungswürdig und gestaltbar - eine Qualität, die wohlgeformten Ergebnissen der Stadterneuerung oder -erweiterung weit weniger eigen ist. Als Indikator für solche Orte beschreibt die Künstlerin Bady Minck Graffiti:

*"Wenn ich jetzt an die Tatorte meiner Graffiti zurückdenke, dann fällt mir auf, daß es fast immer Orte waren, an denen sich städtebauliche Schwächen manifestierten. Wir haben mit der Spraydose die Wunden der Stadt aufgespürt und per Graffiti kommentiert. Dort, wo die Stadtlandschaft schon abgestorben schien, haben wir Wiederbelebungsversuche gewagt. Unsere besten Leinwände waren Parkgaragen, tote Giebel, Brückenpfeiler, abweisende Mauern, Abbruchhäuser, Stadtbahnbögen,*

*Baustellenverkleidungen, Fußgängerunterführungen, elend lange Fabrikfassaden, nicht zu vergessen schmerzlich dumme Werbeplakate. Denn dort, wo die Stadt pulsiert, sind Graffiti weniger nötig als dort, wo sie im Sterben liegt." (Minck, 1998, S. 40)*

Wenn Thomas Sieverts (1997) nach den Gestaltungsmöglichkeiten der "Zwischenstadt" fragt, dann verfolgt er eine ähnliche Strategie, die versucht, durch das "Experimentieren in einem offenen Suchprozeß" (Fassbinder, 1993) neue Möglichkeitsräume in der Stadt zu entdecken. Und auch die Anstrengungen in Richtung einer Lokalen Agenda 21 nehmen diesen Gedanken auf: sie setzen an gegebenen/gewachsenen Stadtteilen an und versuchen, mit der dort wohnenden und arbeitenden Bevölkerung Verbesserungen zu erarbeiten. Die Veränderungsabsichten zielen dabei nicht nur auf baulich-räumliche Optimierungen. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht die Förderung der Kommunikations- und sozialen Austauschprozesse, die zur Schaffung bzw. Erhaltung eines lebendigen Stadtraumes führen. Dazu zählt auch die Stärkung funktionierender kleinteiliger Strukturen, wie z.B. der Nahversorgung oder der vermehrten Nutzung bzw. Nutzbarmachung öffentlicher Räume.

Der umfassende Anspruch des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung verweist neben dieser lokal ausgerichteten Perspektive aber immer auch auf den globalen Kontext. Die Befriedigung lokaler Bedürfnisse sollte demnach den Bezug zu weiträumigeren Bedingungen und den Bedürfnissen anderer Gebiete und den in ihnen lebenden Menschen nicht verlieren. Um diesen Anspruch zu gewährleisten, werden Vernetzungen auf internationaler Ebene mit dem Ziel angestrebt, von den "Best Practices" aus anderen Regionen zu lernen und Erfahrungen auszutauschen.

"Nachhaltigkeit und Dezentralisierung" stellt einen alternativen Zukunftspfad zur gegenwärtigen Entwicklung dar, die mit "Konkurrenz und Globalisierung" (Bossel, 1998, S. 52) bezeichnet werden kann. Welche Beschreibung auch immer für die industrielle Entwicklung bis zur Gegenwart gefunden wird, der Befund ist einhellig: Die Errungenschaften der Moderne haben mit ihren Nebenfolgen Risiken produziert, die die menschliche Spezies bedrohen (in der Sprache Beck's formuliert). Der Begriff der Nachhaltigkeit steht für das Bemühen, nicht nur diese Entwicklungsdynamik besser verstehen zu lernen, sondern ihr auch alternative Entwicklungsoptionen gegenüber zu stellen.

#### 4 ZUSAMMENFASSUNG

Der Diskurs über nachhaltige Entwicklung wird vorwiegend auf internationaler politischer und wissenschaftlicher Ebene geführt, mit dem Ziel, die Zukunft so zu gestalten, daß das ökologische Gleichgewicht, wirtschaftlicher Wohlstand und sozialer Frieden auf der ganzen Welt jetzt und in Zukunft gesichert sind.

Städte in frühindustrialisierten Ländern spielen in dieser Diskussion eine entscheidende Rolle: in ihnen wird ein großer Teil der Umweltprobleme verursacht, und es kommt ihnen im Zuge der Globalisierung im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf eine immer größere Bedeutung zu. Da heute schon 60-80% der Bevölkerung in Städten leben, verschärfen sich hier die sozialen Konfliktfelder. Auf der anderen Seite findet sich in Städten ein hohes innovatives Potential, das für zukünftige Entwicklung genutzt werden kann und muß.

Probleme, die im Zuge der Industrialisierung in Städten entstanden sind, wurden schon früh im 19. Jahrhundert thematisiert und in Form von Kritik an Großstädten im Allgemeinen angeprangert. In Idealstadtmodellen und Stadtutopien wurde nach Antworten gesucht, die sich in der Annahme niederschlugen, daß Stadtplanung ein geeignetes Instrument sei, um gesellschaftliche Entwicklung zu steuern. Der historische Rückblick zeigt, daß die Entwicklungsdynamik, deren risikoreiche Nebenfolgen zur globalen Bedrohung geworden sind, nicht umgelenkt werden konnte, sondern, im Gegenteil, auch durch moderne städtebauliche Leitbilder ideologisch gestützt wurde.

Im Leitbild der nachhaltigen Stadt wird deutlich, daß es keine Rezepte für zukünftige Entwicklung geben kann. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit und die Wahrnehmung des sich zunehmend

beschleunigenden gesellschaftlichen Wandels zwingen förmlich dazu, nach neuen Entwicklungswegen zu suchen. Theorie- und Handlungsansätze werden sowohl als Top-Down-Strategien - also von politischen und wissenschaftlichen Institutionen - als auch „Bottom-Up“ - von Einzelpersonen, BürgerInneninitiativen, NGOs, usw. - formuliert. Bottom-Up-Strategien erweisen sich als konkreter und handlungsbezogener. Sie richten sich in erster Linie auf die lokale Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit (Stichwort: Lokale Agenda 21 Prozesse). Deutlich wird, daß von beiden Seiten Operationalisierungsschwierigkeiten bestehen.

Die Realisierung fordert eine weitgehende Umorientierung gängiger Denk- und Handlungsmuster. Sie kann nur prozeßorientiert verlaufen. Es kann auch keine allgemeingültigen Kriterien geben, was als nachhaltige oder tragfähige Lebensweise bezeichnet oder akzeptiert wird. Die Komplexität moderner Gesellschaft(en), unterschiedliche Interessen individueller AkteurInnen und ein zu jeder Zeit nur begrenzter Wissensstand führen dazu, daß Nachhaltigkeit immer neu definiert werden muß. Aushandlungsprozessen kommt in dieser Hinsicht wachsende Bedeutung zu. Die prinzipielle Offenheit zukünftiger Entwicklung im Kontext eines steigenden Selbstgefährdungspotentials der menschlichen Spezies und wachsender Kontingenz der Handlungsoptionen macht die Erprobung neuer Kommunikations- und Handlungsmuster zu einer zentralen Aufgabe.

Die Auseinandersetzungen um die Frage nachhaltiger Entwicklung, insbesondere nachhaltiger Stadtentwicklung, stellen eine Herausforderung für interdisziplinäre Forschung dar. Für die Soziologie bedeutet das, den Blick über das kulturelle System hinaus auch auf die materiellen Aspekte des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses zu erweitern.

#### KURZBIOGRAPHIE

Florentina Astleithner, geb. 1969 in Wien, studierte Soziologie, Feministische Forschung und Spanisch. Mit der vorliegenden Arbeit beendete sie ihr Studium im Juli 1998 im Fachbereich "Umweltsoziologie". Seit Oktober 1998 ist sie Scholarin am Institut für Höhere Studien (Wien). Im Rahmen ihrer Dissertation arbeitet sie derzeit an der Frage, wie das Leitbild "Nachhaltige Stadt" in drei Wiener Bezirken von unterschiedlichen Initiativen in Handlungsstrategien übersetzt wird.

Kontaktadresse: [astleith@ihs.ac.at](mailto:astleith@ihs.ac.at)

## 5 LITERATURVERZEICHNIS

**Agenda 21 - Broschüre** (o.J.): Strategien zur nachhaltigen Entwicklung Österreichs. Zusammengestellt und herausgegeben von der Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen (Okobüro) Wien

**Astleithner, F.** (1997): Lokale Agenda 21 für Wien. In: stadtplaene 4/97, Wien: edition dumreicher, S. 23-24

**Baumeister, R.** (1876): Stadterweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung Berlin

**Beck, U.** (1996): Kapitalismus ohne Arbeit. Über Mythen der Politik, Globale Wirtschaft und die Zukunft der Demokratie. Nachdruck aus Spiegel 20, 1996. In: Wachten (1996), S. 187-197

**Benevolo, L.** (1983): Die Geschichte der Stadt. Frankfurt/Main: Zweitausendeins

**Bericht der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung** (o.J.): Agenda 21, Rio Deklaration und Walderklärung; Rio de Janeiro, 3.-14. Juni 1992; A/CONF. 151/26; 12. August 1992; Vorläufige Fassung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, Wien

**Berndt, H.** (1968): Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. Stuttgart/Bern: Karl Krämer

**Berndt, H., Lorenzer, A., Horn, K.** (1968): Architektur als Ideologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

**Biehler, H.** (1996): Wie läßt sich eine nachhaltige Stadtentwicklung operationalisieren? In: Brake, Richter (1996), S. 93-96

**Böhme, H.** (1996): „Stadtutopien“ und „Stadtwirklichkeit“ - Über die Ambivalenz von idealem Stadtentwurf und totalitärer Gesellschaftsteuerung. In: Die alte Stadt 1/1996, S. 68-91

**Bossel, H.** (1998): Selbstorganisation, Leitwerte, Leitbilder und nachhaltige Entwicklung. In: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (Hg.) (1998): Theorien und Modelle. Forschungsschwerpunkt Kulturlandschaft. Wien. S. 50 - 61

**Brake, K., Richter, U.** (Hg.) (1996): Sustainable Urban Development. Ausgangsüberlegungen zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Dokumentation der 1. Projektwerkstatt. Referat für Stadtplanung und Bauordnung München 29.

und 30. Juni 1995. Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg. Auch im Internet unter: <http://www.bis.uni-oldenburg.de/bisverlag/brasus96/brasus96.html>

**Brand, K.-W.** (Hg.) (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske+Budrich

**Bund, Misereor** (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser

**Bundforschungsanstalt für Landeskunde und Raumplanung** (Hg.) (1996): Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebau. Städtebaulicher Bericht, Bonn

**Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie** (Hg.) (1996): Materialflußrechnung Österreich. Gesellschaftlicher Stoffwechsel und nachhaltige Entwicklung. Schriftenreihe des BMUJF Band 1/96, Wien

**Dangschat, J.** (1997): Sustainable City - Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: Brand, Karl-Werner (Hg.) (1997), S. 169-191

**Diekmann, A., Jaeger, C.C.** (Hg.) (1996): Umweltsoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 36. Opladen: Westdeutscher Verlag

**Dumreicher, H.** (1995): Nachhaltige Stadt. Bericht und Materialien von der „European Conference on Sustainable Cities and Towns“ vom 24.-27. Mai 1994 in Aalborg, Dänemark. Stadtplanung Wien: Werkstattberichte Nr. 10. Im Auftrag der MA18.

**Dumreicher, H.** (1995): Ökosystem Großstadt. Der Wiener und sein Welt-Verbrauch. In: stadtplaene, 3/95, Wien: edition dumreicher, S. 34-36

**Durth, W., Gutschow, N.** (1988): Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1945 - 1950. Band 1: Konzepte. Band 2: Städte. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg

**Fassbinder, H.** (1993): Aus einem Podiumsgespräch zur Frage: Wie antwortet die Stadtplanung auf neue Herausforderungen? In: Wagner (1993), S. 91-96

- Feder, G.** (1939): Die neue Stadt. Versuch einer Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur einer Bevölkerung. Berlin: Springer
- Feldtkeller, A.** (1994): Die zweckentfremdete Stadt: Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Fischer-Kowalski, M., Haberl, H., Hüttler, W., Payer, H., Schandl, H., Winiwater, V., Zangerl-Weisz, H.** (1997): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie. Amsterdam: Fakultas
- Frey, O.** (1996): Habitat II: UN-Konferenz über menschliches Siedlungswesen vom 3. - 14. Juni 1996. Was hat sie aus der Sicht der Stadtplanung gebracht? In: Perspektiven 8/9/1996, S. 68-71
- Frey, O.** (1997): Ein Urban-Best-Practice-Zentrum für Wien? Verwendung neuer Kommunikationstechnologien als ein Umsetzungsinstrument der globalen Ansprüche einer nachhaltigen Entwicklung durch lokale Maßnahmen. In: Perspektiven 2/1997, S. 37-39
- Friedrichs, J.** (1983): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. 1. Aufl. 1977 (Rowohlt-Verlag); Opladen: Westdeutscher Verlag
- Ganser, K.** (1995): Ökologische Erneuerung als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung von morgen: eine regionale Perspektive. In: Ritter (1995), S. 193-206
- Gerhold, S.** (1994): Problemorientierte Umweltindikatoren - Diskussion eines Konzepts. In: Statistische Nachrichten 7/1994; Wien, S. 376-393
- Gleininger, A.** (1995): Die Frankfurter Nordweststadt. Geschichte einer Großsiedlung. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Göderitz, J., Rainer, R., Hoffmann, H.** (1957): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen: Ernst Wasmuth
- Grundmann, S.** (1995): Moderne, Postmoderne und nun Barock? Entwicklungslinien der Architektur des 20. Jahrhunderts. Stuttgart: Edition Axel Menges
- Habermas, J.** (1985): Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habermas, J.** (1996): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. Unveränd. Nachdruck, 5. Aufl.; Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Hahn, E.** (1992): Ökologischer Stadtumbau: Konzeptionelle Grundlegung (Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung 13) Frankfurt/Main, Bern, New York, Paris: Peter Lang
- Hamm, B., Neumann, I.** (1996): Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Opladen: Leske+Budrich
- Harborth, H.-J.** (1991): Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des „Sustainable Development“. Berlin: Edition Sigma
- Hauff, V.** (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Eggenkamp: Greven
- Häusermann, H., Siebel, W.** (1987): Neue Urbanität. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Heller, G., Richter, U.** (1996): Ziele der Städte auf dem Weg in die nachhaltige Entwicklung - das Beispiel München. In: Brake, Richter (1996), S. 83-90
- Hildebrandt, E.** (1998): Nachhaltigkeit und Arbeit - Leitbilder, Handlungskonstellationen und Entwicklungsdynamiken. In: Littig, Beate (Hg.) (1998): Ökologie und soziale Krise. Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Wien: Verband Wiener Volksbildung
- Hilpert, T.** (1978): Die funktionelle Stadt. Le Corbusiers Stadtvisionen. Bedingungen, Motive, Hintergründe. Braunschweig
- Hilpert, T.** (1984): Der Historismus und die Ästhetik der Moderne. Eine Einführung. In: Le Corbusier (1984), S. 9-79
- Hoffmann-Axthelm, D.** (1993): Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrages. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Hoffmann-Axthelm, D.** (1995): Hundert Jahre Stadterweiterung. In: StadtBauwelt 126, 1995, Heft 24, S. 1396-1403
- Hoffmann-Axthelm, D.** (1996): Anleitung zum Stadtumbau. Frankfurt/Main, New York: Campus

- Horn, K.** (1968): Zweckrationalität in der modernen Architektur. Zur Ideologiekritik des Funktionalismus. In: Berndt, Heide; Alfred Lorenzer; Klaus Horn (1968): Architektur als Ideologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 105-141
- Howard, E.** (1968): Gartenstädte von morgen. Das Buch und seine Geschichte; Hg: Julius Posener; Bauwelt Fundamente Nr. 21; Berlin, Frankfurt/Main, Wien: Ullstein
- Huber, J.** (1995): Nachhaltige Entwicklung: Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin: Ed. Sigma
- Hüttler, W., Payer, H., Schandl, H.** (1997): Der Material-Stoffwechsel. In: Fischer-Kowalski (1997), S. 67-79
- Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)/ Milieudefensie (Friends of the Earth Netherlands)** (1994): Sustainable Netherlands: Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, Frankfurt/Main
- Korte, H.** (1996): Das Himmelreich auf Erden? Über die Chancen und Risiken gesellschaftlicher Utopien. In: Die Alte Stadt 1/96, S. 92-101
- Kosz, M.** (Hg.) (1994): Action Plan „Sustainable Austria“. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Österreich. Eine Untersuchung im Auftrag von Friends of the Earth (FOE) Österreich. Wien
- Landeshauptstadt München - Referat für Stadtplanung und Bauordnung** (Hg.) (1996): Perspektive München. Experten und Akteure diskutieren das neue Stadtentwicklungskonzept. Dokumentation Band 1. München: schlicht nilshon
- Le Corbusier** (1964): Feststellungen zu Architektur und Städtebau. Hg: Ulrich Conrads; 1. Aufl. 1929; Bauwelt Fundamente 12; Berlin/Frankfurt/Wien: Ullstein
- Le Corbusier** (1984): „Charta von Athen“, Texte und Dokumente. Kritische Neuausgabe. Hg: Thilo Hilpert, Bauwelt Fundamente 56. Braunschweig: Vieweg
- Meadows, D., Meadows, D., Randers, J.** (1995): Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt
- Mies, M., Shiva, V.** (1995): Ökofeminismus: Beiträge zur Praxis und Theorie. Zürich: Rotpunktverlag
- Minck, B.** (1998): Kopulierende Affen. In: stadtlaene 3/98, Wien: edition dumreicher, S. 36 - 43
- Müller-Raemisch, H.-R.** (1990): Leitbilder und Mythen der Stadtplanung 1945 - 1985. Frankfurt-/Main: Kramer
- Münchner Stadtgespräche zur Münchner Agenda 21.** Zeitschrift Nr. 2/ Juni 1997. Hg: Umweltinstitut München e.V. - Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung
- Nationaler Umweltplan** (1996): Herausgegeben von der Österreichischen Bundesregierung. Bundesministerium für Umwelt
- Neddens, M. C.** (1986): Ökologisch orientierte Stadt- und Raumentwicklung: Genius Loci - Leitbilder - Systemansatz - Planung. Eine integrierte Gesamtdarstellung. Wiesbaden, Berlin: Bauverlag
- Nowotny, H.** (1996): Umwelt, Zeit, Komplexität: Auf dem Weg zur Endosoziologie. In: Diekmann, A.; C. C. Jaeger (1996), S. 148-163
- Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts** (1964): zusammengestellt und kommentiert von Ulrich Conrads. Bauwelt Fundamente 1. Berlin, Frankfurt, Wien: Ullstein
- Raith, E.** (1996): Ökologische Aspekte der städtebaulichen Planung. Materialien zum Städtebau. Skriptum des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung der TU-Wien
- Reichow, H. B.** (1948): Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft. Braunschweig, Berlin, Hamburg: Westermann
- Reichow, H. B.** (1959): Die autogerechte Stadt. Ravensburg: Otto Maier
- Reinborn, D.** (1996): Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer
- Reisz-Schmidt, S., Zwoch, F.** (1990): Befreiung von der Moderne. Wir brauchen eine Kultur des Städtebaus. In: Stadtbauwelt 108, 1990, Heft 48, S. 2406-2413
- Riehl, M.** (1992): Vers une architecture: Das moderne Bauprogramm des Le Corbusiers. München: scaneg
- Ritter, E.-H.** (Hg.) (1995): Stadtökologie. Konzeptionen, Erfahrungen, Probleme, Lösungswege. Sonderheft 6 der Zeitschrift für angewandte Umweltforschung. Berlin: Analytica

- Rodriguez-Lores, J.** (1987): Lust auf Urbanität, Lust auf Erneuerung. Bemerkungen zu den Grenzen der Stadterhaltungsplanung. In: Walter Prigge (Hg.) (1987): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel, Boston: Birkhäuser, S. 231-240
- Rogers, R.** (1995): Die Reith-Lectures. Städte für einen kleinen Planeten. In: Arch+ Nr. 127; Juni 1995; S. 25-81
- Sassen, S.** (1996): Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der global cities. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Schmidt, J. A.** (1990): Städtebau und evolutiver Struktur- und Gestaltwandel. Überlegungen zur Modellierung von Veränderungsprozessen in der gebauten Umwelt. Frankfurt/Main, u.a.: Peter Lang
- Schubert, D.** (1990): Leitbild Großstadt oder Leitbild Land? Gegenwärtige Tendenzen neuer 'Großstadtfeindschaft' bei stadtplanerischen Leitbildern. In: Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner e.V. (SRL) (Hg.) (1990): Planungsgeschichte und Planungspolitik Kontinuität und Wechsel. Berichte über die Halbjahrestagung 1987 in Trier. SRL Schriftenreihe 25. Bochum, S. 30-38
- Selle, K.** (1996): An der Entwicklung der Stadt mitwirken. Oder: Vom Hang und Zwang zur Kooperation. In: Wentz (Hg.) (1996): S. 21-31
- Siebel, W., Gestring, N., Mayer, H.-N.** (1995): Was ist sozial an der Ökologie? In: Ritter (1995); S. 33-46
- Sieferle, R. P.** (1982): Der unterirdische Wald. Energiekrise und Industrielle Revolution. München: C. H. Beck
- Sieferle, R. P.** (1997): Rückblick auf die Natur: Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München: Luchterhand
- Sieferle, R. P.** (1997a): Kulturelle Evolution des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses. In: Marina Fischer-Kowalski, et al., 1997, S. 37-53
- Sieverts, T.** (1997): Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg
- Simonis, U. E.** (1995): Ökologischer Stadtbau. Neue Arrangements für den Umbau der Industriegesellschaft. In: Forum Wissenschaft 2/95; S. 28-33
- Sitte, C.** (1965): Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. 1. Aufl. 1889; Wien: Georg Prachner
- Spehr, C.** (1996): Die Ökofalle: Nachhaltigkeit und Krise. Wien: Promedia
- SUSTAIN** (Verein zur Koordination von Forschung über Nachhaltigkeit), **ÖVAF** (Österreichische Vereinigung für agrarwissenschaftliche Forschung) (1997): Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Österreich. Bericht an die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1997; erstellt im Auftrag von BMUJF, BMAA, BKA
- Vogt, A. M.** (1996): Le Corbusier, der edle Wilde: Zur Archäologie der Moderne. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg
- Wachten, K.** (Hg.) (1996): Wandel ohne Wachstum: Stadt - Bau - Kultur im 21. Jahrhundert. Ausstellungskatalog zur Biennale Venedig
- Wackernagel, M.** (1997): Unser ökologischer Fußabdruck: wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser
- Wagner, M.** (1993): Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Dokumentation einer internationalen Tagung zum Wiener Stadtentwicklungsplan am 13. und 14. Mai 1993. Im Auftrag der MA 18: Stadtplanung; Wien: Synthesis -IS
- Wallner, H. P., Narodoslowsky, M., Moser, F.** (1996): Islands of sustainability: a bottom-up approach towards sustainable development. In: Environment and Planning 1996, Vol. 28, p. 1763-1778
- Wehling, P.** (1997): Sustainable development - Eine Provokation für die Soziologie? In: Brand (Hg.) (1997), S. 35-50
- Wentz, M.** (Hg.) (1996): Stadtentwicklung. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Band 9. Hg.: Dezernat Planung der Stadt Frankfurt/Main. Frankfurt/Main, New York: Campus